

Innenminister Dobrindt verlängert mal wieder die Grenzkontrollen. Wir fragen uns: Was soll das?

2

Wenn man schon keine Drohnen stoppen kann

Völlig von der Grenzkontrolle: Staus durch wie hier in Frankfurt (Oder) sind ein fester Bestandteil der Harter-Hund-Show von Alexander Dobrindt Foto: Patrick Pleul/dpa/

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Viele Deutschen schlafen zu wenig. Vor allem unter der Woche kommen sie nicht zur Ruhe, berichtet das Robert-Koch-Institut. Doch für alle mit Einschlafproblemen gibt es Hoffnung:

Markus Lanz ist aus der Sommerpause zurück.

Kommentar von Daniel Bax zu Dobrindts Verlängerung der Grenzkontrollen

Rechter Stimmenfang auf Kosten aller

Mit der Zeit gewöhnt man sich an alles. Auch an die Polizeikontrollen an den Landgrenzen zu den neun deutschen Nachbarstaaten, die Innenminister Dobrindt um ein weiteres Mal bis März 2027 verlängern will. Der Massenansturm auf die spanische Exklave Ceuta von Anfang August dient ihm als Vorwand, um diese Maßnahme zu begründen. Eingeführt wurden die Grenzkontrollen vor zwei Jahren von seiner Amtsvorgängerin Nancy Faeser (SPD), die damit dem dauernden Druck von rechts nachgab. Doch Dobrindt ließ die Kontrollen verschärfen, um sich als „Deutschlands schwarzer Sheriff“ (Jens Spahn) zu profilieren und verfügte, Schutzsuchende an den Grenzen zurückzuweisen. Dass er sich dabei über Recht und Gesetz hinwegsetzt, wie mehrere Gerichte festgestellt haben, ist ihm egal: Es geht ihm allein um die Wirkung. Die Grenzkontrollen sind ein Symbol für die angeb-

liche „Migrationswende“, die sich die Merz-Regierung auf die Fahnen geschrieben hat. Deswegen hält Dobrindt so stur an ihnen fest. Als die Grenzkontrollen eingeführt wurden, war die Kritik groß: Polen und andere Nachbarstaaten waren verstimmt, und die Gewerkschaft der Polizei bemängelte, der Aufwand sei völlig unverhältnismäßig. Doch inzwischen hat sich die Empörung gelegt, die Kritik ist verstummt. Eigentlich sollten Grenzkontrollen in der Europäischen Union eine Ausnahme sein und nur in absoluten Notfällen gerechtfertigt. Doch mittlerweile haben mehrere Länder im Schengenraum vorübergehend wieder feste oder stichprobenartige Binnengrenzkontrollen eingeführt. Zwanzig Jahre, nachdem das Schengener Abkommen in Kraft getreten ist, zerfällt Europa wieder in lauter Kleinstaaten. Der Nationalismus ist überall auf dem Vormarsch. Das schadet vielen Unternehmen und der Wirt-

schaft in Europa, aber diese Einbußen nehmen Populisten wie Dobrindt billigend in Kauf. Am stärksten trifft die schleichende Rücknahme der EU-Freizügigkeit alle Menschen, die regelmäßig über die Grenze müssen: Bewohner grenznaher Städte, Arbeitspendler, Geschäftsreisende, Touristen oder Studierende. Besonders betroffen sind aber auch Menschen mit dunkler Hautfarbe oder sichtbarem Migrationshintergrund, die von der Polizei besonders häufig kontrolliert werden. Denn Grenzkontrollen sind ein Einfallstor für Racial Profiling, also polizeilichen Maßnahmen aufgrund von äußeren Merkmalen. Friedrich Merz wiegelte einmal ab, an den Grenzen würde die Polizei ohnehin nur „komische Autos“ mit „irgendwelchen komischen Figuren drin“ herausfiltern, keine normalen Urlaubsrückkehrer. Auch so kann man Rassismus bagatellisieren.

Kurve bekommen
Wie Renaturierungen Flüsse widerstandsfähiger machen

3



Foto: Julien Warrand/dpa

Auf dem brennenden Boden der Tatsachen
Das Moor in Belgien brennt weiter, die Klimadebatte startet erst

4-5

Dazwischenfunken
Wie die subkulturelle Szene sich gegen Rechte in Halle (Saale) behauptet

16

Die CDU hat nun auch blaue Kassen
Ein Bürgermeister aus Stendal spendet 10.000 Euro an die AfD

6



Foto: Gustavo Amador/epa/dpa

Sssssssssssssss
Sssssssssssssss
Invasive Mosquitoarten breiten sich in Deutschland aus

18

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Deutschland schottet sich noch länger ab

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt will die Kontrollen an den Grenzen bis März 2027 verlängern. Kritik kommt von IHK und Pro Asyl

Von Gareth Joswig

Überstunden bei der Bundespolizei statt Schengen: Die europäische Freizügigkeit ist an der deutsch-polnischen Grenze ausgesetzt Foto: Patrick Pleul/dpa

Alexander Dobrindt pfeift auch weiter auf Gerichtsurteile und Schengen: Kommende Woche will der CSU-Bundesinnenminister ein Gesuch an die EU-Kommission schicken, um die deutschen Grenzen weiter kontrollieren zu können. Dobrindt kündigte den Schritt stilecht in der *Bild*-Zeitung an. Zur Begründung macht er angebliche „außergewöhnliche Umstände“ geltend und verwies auf „Entwicklungen an den europäischen Außengrenzen“.

Dobrindt hatte die Verlängerung bereits Ende Juli angekündigt, als zahlreiche Schutzsuchende schwimmend in die spanische Exklave Ceuta in Nordafrika flohen, wobei über 100 von ihnen starben. Fast alle, die es nach Ceuta geschafft hatten, mussten die Exklave wieder verlassen, das europäische Festland dürfte wohl kaum jemand erreicht haben.

Dennoch nutzt Dobrindt die Grauzone im EU-Recht, um damit eine Verlängerung der Kontrollen

zu rechtfertigen. Eigentlich sollten die Kontrollen mit der im Juni in Kraft getretenen Geas-Reform enden – der in EU gemeinsam beschlossenen verstärkten Abschottung an den Außengrenzen. Doch mit dem Gesuch an Brüssel würden sie sich noch einmal um Monate bis zum März 2027 verlängern, wenn die EU-Kommission nicht widerspricht.

Die Linke kritisierte den fortgesetzten Bruch des Schengener Abkommens, der schon unter Dobrindts Vorgängerin Nancy Faeser (SPD) begann. Die Abgeordnete Clara Büniger kritisierte: „Mehrere Gerichte haben festgestellt, dass von einer solchen Notlage keine Rede sein kann – nicht zuletzt angesichts der seit Jahren massiv rückläufigen Zahl unerlaubter Einreisen nach Deutschland.“

An dieser Sachlage ändern auch die Vorgänge in Ceuta nichts.“ Zudem verhinderten die „rechtswidrigen Grenzkontrollen“ auch keine unerlaubten Einreisen. Allerdings sorgten sie für

Racial Profiling, Staus, Störungen im Lieferverkehr und Millionen von Mehrkosten und Überstunden bei der Bundespolizei, kritisiert Büniger.

Dobrindt verstärkte mit den Maßnahmen die Erzählungen der AfD: „Es werden Gefühle der Bedrohung erzeugt und hart klingende Gegenmaßnahmen gefordert, egal, was das Recht sagt.“

Racial Profiling in Zusammenhang mit Grenzkontrollen kritisierte auch der Polizeibeauftragte des Bundes Uli Grötsch in seinem Tätigkeitsbericht. Darin hieß es, es müsse sichergestellt werden, dass Menschen nicht allein wegen ihres Äußeren kontrolliert werden. Bei der Vorstellung des Berichts forderte Grötsch, Kontrollsituationen häufiger zu evaluieren und Polizist:innen stärker für das Thema zu sensibilisieren. Grenzkontrollen seien zudem für Polizeibeamt:innen eine hohe Belastung, unter anderem führten sie zu einer Vielzahl an Überstunden. Angesichts rückläufiger

Zahlen bei unerlaubten Einreisen und bei Asylanträgen stellte Grötsch die Verhältnismäßigkeit der Grenzkontrollen in der jetzigen Form infrage.

Auch Karl Kopp, Geschäftsführer von Pro Asyl, kritisierte die Verlängerung der Kontrollen. „Die Fortsetzung dieser Kontrollen ist rechtswidrig und politisch töricht“, sagte er der taz. „Sie beschädigt eine der größten europäischen Errungenschaften – offene Binnengrenzen – und stärkt ausgerechnet EU-Feinde und völkische Kräfte.“

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) nannte die Kontrollen am Donnerstag eine große Belastung für die Logistikbranche. Fahrzeiten über die Grenze und in der Grenzregion seien durch Grenzstaus nicht kalkulierbar und mit erheblichen Mehrkosten für Fahrer und Fahrzeuge verbunden, sagte der Leiter Regionalpolitik bei der IHK Ostbrandenburg, Robert Radzimanowski, der dpa.

Mitreisende erstarrten

Jedes Mal, wenn ich über die Stadtbrücke in Frankfurt/Oder gehe, um einige Stunden im polnischen Stubice zu verbringen, ist das für mich ein besonders emotionaler Moment. Dann erinnere ich mich daran, wie ich 1981 wenige Tage vor Weihnachten mit meinem Vater mit einem Kleinbus an dieser Grenze stand, um Hilfsgüter in das Nachbarland zu bringen. Bei klirrender Kälte warteten wir einige Stunden, bis wir durchgewunken wurden – bis dahin war es absolut dunkel. Wenige Tage zuvor hatte Polens Machthaber Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht verhängt.

Damals hätte ich mir nicht vorstellen können, dass es diese Grenzkontrollen eines Tages nicht mehr geben könnte. Als sie dann doch abgeschafft wurden – 2007 trat Polen dem Schengenraum bei –, fühlte sich das bei meinen ersten Übertritten immer noch etwas unwirklich an, wurde jedoch bald zur Gewohnheit. Wenngleich auch Dekaden nach der Wende in diesem Teil Europas nicht wirklich viel zusam-

men gewachsen ist – von Kurzbesuchen vor allem Deutscher zwecks Jagd auf Schnäppchen einmal abgesehen.

Doch seit einer Weile gibt es wieder Grenzkontrollen. Vor zwei Monaten saßen 50 größtenteils komplett übermüdete Menschen, darunter auch ich, in einem Bus. Dieser hatte Warschau knapp sechs Stunden zuvor gegen Mitternacht verlassen und sollte gegen 8.30 Uhr in Berlin ankommen. In Frankfurt/Oder am Ende der Stadtbrücke war erst einmal Schluss, der Bus musste an die Seite fahren. Zwei Bundespolizist*innen stiegen zu, sichtlich um Freundlich- und Höflichkeit bemüht. Doch viele Mitreisende, vor allem Ukrainer*innen, erstarrten, als ihre Ausweispapiere akribisch kontrolliert wurden sowie die eine oder andere Frage beantwortet werden musste. Nach circa 20 Minuten war der Spuk vorbei, bis Ruhe und Entspannung eintraten, dauerte es etwas länger. Bei mir wurden wieder alte Erinnerungen wach, allerdings keine guten. Wer zum Teufel braucht so etwas?

Barbara Oertel

Wut im Stau

Nach 5 Minuten werde ich wütend. Wir stehen im Stau. Wut im Stau ist nicht ungewöhnlich, vor allem bei Baustellen. Die Wut ist meist ungerichtet, hat keinen einzelnen Empfänger. Meine Wut aber hat einen. Nein, zwei. Alexander Dobrindt und Friedrich Merz.

Weil wir gerade von Köln nach Brüssel ziehen, sitzen mein Mann und ich häufig im Auto. Während der Weg nach Belgien in rund 2 Stunden zu schaffen ist und man die Einfahrt in die Niederlande vor allem am plötzlich wechselnden Autobahnbelag und Tempolimit 100 merkt, dauert der Weg zurück nach Köln gerne 30 bis 45 Minuten länger. Denn kurz vor der Grenze staut es sich. Montags am frühen Nachmittag, Sonntagabend, fast immer.

Nach 20 Minuten werden aus drei Fahrspuren zwei. Ich versuche der Wut mit Nachdenken zu begegnen. Wollen Innenminister und Kanzler Menschen davon abhalten, illegal nach Deutschland zu kommen? Das wäre absurd. Die können von Kerkrade nach Herzogenrath laufen oder mit

dem Auto über einen der anderen Grenzübergänge links und rechts der Autobahn fahren, die nicht kontrolliert werden. Geht es um Drogen? Bargeld? Illegale Tiertransporte? Nein. Ich stehe im Stau, weil Merz und Dobrindt Symbolpolitik betreiben.

Nach 30 Minuten Stau gibt es nur noch eine Fahrspur. Der Wutlevel sinkt kurz: Ich darf das Fenster öffnen und fünfmal an der Vape ziehen. Die anderen Autofahrer scheinen auch wütend zu sein, viele wohnen im Grenzgebiet, verraten ihre Nummernschilder. Pendeln vielleicht täglich zur Arbeit. Sie drängen sich in kleine Lücken, überholen auf dem Standstreifen.

Nach 40 Minuten fahren wir im Schrittempo an zwei Bundespolizisten vorbei, die gelangweilt ihre Maschinengewehre halten und mit müden Augen in die Autos blicken.

Eine Woche später fahren wir staulos Richtung Brüssel. Ich denke: Wie schön Europa doch sein könnte, wenn da nicht Dobrindt und Merz wären.

Paul Wrusch

Nur Weiße im Bus

„Es nervt krass“, sagt mein Sohn, wenn er über die Grenzkontrollen in Europa spricht. Gerade ist der 20-Jährige per Bus aus Wien zurückgekommen. An der tschechisch-deutschen Grenze fuhr der Bus in eine überdachte Halle. „Wir mussten etwa zwanzig Minuten warten“, vergleichsweise eher wenig. „sonntagabends nach acht ist da wohl eher nicht so viel los“, erzählt er. Dann seien vier deutsche Beamte in den Bus gekommen, „voll unangenehm, die schauen einen an, als ob man seinen Ausweis gefälscht hat“. Gedauert habe das Prozedere dann vielleicht 15 Minuten, „aber es waren auch nur Weiße im Bus, und die ziehen ja nur solche raus, die nicht deutsch aussehen“, sagt er.

Mein Sohn hat in seinem jungen Leben schon die meisten europäischen Staaten besucht, in der Regel per Bahn. Wir waren in Schweden und Dänemark, in Polen und Tschechien, in Österreich, Ungarn, Belgien und Frankreich. Die wenigen Passkontrollen seines Lebens waren die bei Flug-

reisen nach Griechenland und bei der Einreise nach Russland.

Nur einmal wurde es kritisch, und das nicht mal an einer Grenze: In der Ukraine wollten sie beim Einsteigen in den Nachtzug neben unseren Pässen auch die Geburtsurkunde des Kindes sehen. Um sicherzustellen, dass er wirklich zu mir gehört. Nur energisches Eingreifen der Mitreisenden – „Was sollen Ausländer über unser Land denken? Lassen Sie die Frau mit dem Kind jetzt einsteigen!“ – verhinderte, dass wir in Lviv auf dem Bahnsteig stehen blieben. Aber da war er noch klein und schlief auf meinem Arm.

Dass jetzt plötzlich überall kontrolliert wird, ist für ihn völlig neu. „Im Juni bin ich aus der Schweiz eingereist. Da gehen die durch den Zug und schauen sich ein bisschen um. Und solche, die so aussehen wie ich, fragen die nicht mal nach dem Pass.“ Wer wirklich illegal nach Deutschland einreisen will, der finde Wege jenseits der Grenzübergänge. Da ist sich der Zwanzigjährige ganz sicher.

Gaby Coldewey

Aus Havelberg **Maike Rademaker**

Naturschutzgebiete haben einen Nachteil. Als Mensch kommt man ihnen oft nicht so richtig nah. Wann gibt es schon mal eine Straße quer durch ein solches Gebiet? An der Unteren Havel, kurz vor der 6.000 Einwohner großen Stadt Havelberg in Sachsen-Anhalt, ist das anders. Wer dort auf der Landstraße auf das beschauliche Städtchen zufährt, bekommt direkt neben der Straße ein seltenes Panorama zu sehen: weite Wasserflächen, durchbrochen von kleinen Inseln mit Bäumen. Jetzt sind schon die ersten Wildgänse da, auf dem Wasser dümpeln Enten und Schwäne, Flusseeeschwalben und Seeadler kreuzen durch den Himmel. Fast ist der Fluss in dem vielen Wasser nicht zu erkennen, aber es ist einer – die Havel. Hier befindet das größte Renaturierungsprojekt eines Flusses in Europa.

Seit dem Spatenstich im Jahr 2010 arbeitet der Naturschutzbund Nabu mit Partnern wie der Wasserstraßenverwaltung daran, aus der Unteren Havel wieder das zu machen, was sie mal war, bevor sie in ein enges Korsett als Wasserstraße gezwängt wurde: ein weit mäandrendes Gewässer mit Kurven, Schlingen, Inseln und Altarmen. Hunderte von Maßnahmen wurden dafür durchgeführt – Ufer entsiegelt, Deiche zurückgebaut, Auwälder angelegt.

Die ehemalige Wasserstraße schützt dadurch heute über rund 100 Kilometer, bevor sie in die Elbe mündet, heute nicht nur vor Hochwasser, sie ist auch ein Naturparadies und Tourismusgebiet. Über 60 Millionen Euro sind bisher dafür geflossen. Hunderte Tier- und Pflanzenarten sind über die vergangenen Jahre zurückgekehrt. Der Güterverkehr nach Hamburg wurde auf Autobahn und Züge verlagert.

Ist das die Lösung für die trockenfallenden Flüsse in Deutschland – Renaturierung? Die Havel sei dadurch „sicher besser durch die Trockenheit gekommen“, ist Konstantin Kreiser, der Leiter des Fachbereichs Naturschutz beim Nabu, überzeugt. Das gehe teilweise auch bei anderen Flüssen. „Das Prinzip der Renaturierung ist übertragbar, aber nicht jede Maßnahme. Wo kein Altarm ist, kann auch keiner angeschlossen werden, und für eine Wiederbelebung der Auen braucht es Flächen, die als Auen noch vorhanden oder wieder entwickelbar sind. Welche Instrumente man anwenden kann, ist deshalb bei jedem Fluss an-



Nicht nur klimafreundlich, sondern auch sehr schön: die Untere Havelniederung bei Nitzow in Sachsen-Anhalt
Foto: Jürgen Ritter/Imago

Die ersten Wildgänse sind schon da

Das ganze Land ächzt unter Hitze, Dürre und Niedrigwasser. Ist das Renaturieren von Flüssen die große Lösung? Ein Besuch an der Havel

ders“, sagt Kreiser. An der Unteren Havel waren die Bedingungen ideal: wenig Siedlungen, Altarme, alte Auen, viel Hochwasser.

Renaturiert wird aber nicht nur hier. Beim Bundesamt für Naturschutz ist eine lange, 12-seitige Liste einsehbar, wo überall Deiche zurückgesetzt und Auen renaturiert werden. Donau, Rhein, Elbe und Oder gehören dazu, aber auch kleinere Flüsse wie Mulde, Peene und Hase. Und die Liste ist nicht einmal vollständig.

„Es gibt sehr viele Projekte an kleineren Gewässern, weit mehr, als das Bundesamt auführt. Da hat die Wasserrahmenrichtlinie geholfen, die wir seit 25 Jahren haben. Das geht zwar alles viel zu schleppend, aber es ist dennoch sehr viel

passiert, vor allem lokal“, sagt Daniel Hering, Biologe und Professor an der Universität Duisburg Essen. Hering koordiniert das europäische Forschungsprojekt Merlin zur großflächigen Renaturierung von Flüssen, Seen, Mooren und Feuchtgebieten.

Wie Renaturierung funktioniert, könnte sich auch Bundeskanzler Friedrich Merz bei sich zu Hause in Arnsberg anschauen. Dort muss man nur mal spazieren gehen, sagt Hering: „Da wurde das Flussbett geweitet, sodass sich große Kiesbänke bilden konnten und Strömungsvielfalt geschaffen wurde – mitten in der Stadt.“ Schließlich steht die Regierung bei der Renaturierung auch unter Druck: Bis 2030 sollen europaweit 25.000 Flusskilometer

wieder in frei fließenden Zustand versetzt werden. So fordert es die 2024 beschlossene Wiederherstellungsverordnung (WVO) der EU. Es ist kein besonders ambitioniertes Programm, denn je nach Zählweise, was ein Fluss ist und was ein Bach, gibt es in Europa 600.000 bis 1,6 Millionen Flusskilometer.

Immerhin ist es ein Programm, das Umweltschützer als wichtigen Schritt begrüßen – während vor allem Land- und Forstwirtschaft die WVO seit Monaten torpedieren und versuchen, sie über die unionsgeführten Bundesländer und Agrarminister zu Fall zu bringen. Auch am Rhein, vor allem am Oberrhein, wird renaturiert. „Diese Projekte sollen aber oft eher vor Hochwasser schützen, wie der geplante Retentions-

raum in Köln-Worringen, wo bei hohem Abfluss Wasser hereinfließen wird“, sagt Hering. Er warnt zudem vor falschen Hoffnungen: „Man sollte bei einem so großen Fluss nicht der Illusion verfallen, dass man mit Renaturierungsmaßnahmen in der Flussaue dem Niedrigwasser während einer Dürre vorbeugen kann. Das ist am Rhein kaum möglich, schon durch das Platzproblem, mit Siedlungen und unterirdischen Versorgungsleitungen wie für Strom. Die sind der Tod jeder Renaturierung.“

Für Hering liegt die Aufgabe der Zukunft auch nur zum Teil an den Flüssen. „Es gibt in Deutschland das wasserwirtschaftliche Grundprinzip: Alles Wasser muss schnell aus der Landschaft raus. Überall lie-

gen Drainagen. Das fällt uns jetzt auf die Füße.“ Aber da bestehe auch ein Riesenpotenzial. „Denn es geht nicht nur darum, gewässernah Wasser zu halten, wir brauchen eine Wiedervernässung in der Fläche.“ Auch da gebe es Fortschritt mit dem Moorprogramm. „Aber es gibt auch viel Widerstand, vor allem aus landwirtschaftlichen Verbänden.“

An der Unteren Havel sind sie mit der Renaturierung noch lange nicht fertig. Bis 2033 läuft das Projekt derzeit noch, es sollen weitere Altarme angeschlossen und Auwiesen gepflanzt werden. Wer nicht mit dem Rad fährt, kann auch eine Schifftour beim Nabu buchen, um die Vielfalt zu sehen. Theoretisch zumindest – denn sie ist stets ausgebucht.

Badespaß für Menschen, Lebensgefahr für Fische

Die Pegel von Zürichsee und Limmat sinken. Ein besonderes Phänomen beschleunigt die Erwärmung der Gewässer noch

Aus Zürich **Gereon Asmuth**

Wäre das Zentrum der Bank- und Finanzwirtschaft nicht schon als Stadt des Geldes gebrandmarkt, läge ein neues Werbelabel auf der Hand: das Badeparadies Zürich. Es liegt nicht nur am über 40 Kilometer langen Zürichsee, an dessen Nordufer die Schweizer Stadt liegt, sondern vor allem an den zahlreichen Badis, den Flussbadeanstalten, die seit mehr als 100 Jahren das Stadtbild schmücken.

Keine 400 Meter vom Hauptbahnhof entfernt springen Leute in die Limmat, die vom See aus durch die Stadt fließt. Von dort kann man sich 400 Meter bis zum flussabwärts liegenden Badi Oberer Letten treiben lassen, dessen Sonnenliegen den Sommer über oft überfüllt sind. Das gleiche Bild ein Stück weiter bei den

schönen Holzbauten des Bades Unterer Letten. Ebenso auf der Werdinsel ein paar Kilometer flussabwärts.

Kein Wunder in diesem extrem heißen Sommer, in dem ständig Temperaturen über 30 Grad gemessen werden. Einziges Problem im Badeparadies: Das Wasser der Limmat ist nicht mehr so mitreißend, wie man das von früher kennt, weil Wasser fehlt. Und damit auch die Strömung. Das hat denselben Grund wie die Hitze: den Klimawandel. „Es geht um Leben und Tod“, sagte der Gewässerforscher Jakob Pernthaler von der Universität Zürich dem Stadtmagazin *Tsü ri*. Denn dem Zürichsee und damit auch der Limmat fehlt aufgrund lang anhaltender Trockenheit in der Schweiz schlichtweg das Wasser.

Der Wasserspiegel des Sees ist so niedrig wie seit 1951 nicht mehr. Den-

noch werde bewusst mehr Wasser aus dem See in den Fluss geleitet, weil dessen Ökosystem noch sensibler ist. Trocknen die Ufer aus, sterben dort lebende Kleintiere, die das Futter für die Fische bilden.

Die Fische leiden zudem unter den extremen Temperaturen des flachen Wassers. Seit Anfang August ist das Wasser der Limmat im Tagesmittel beständig wärmer als 25 Grad. An mehr als 30 Tagen wurde diese Schwelle in diesem Sommer überschritten. In den Vorjahren war das im Schnitt nur sechsmal der Fall.

Die Kurve der Seewassertemperaturen ähnelt der der Ozeane. In diesem Sommer war der Zürichsee teils über 4 Grad wärmer als im langjährigen Mittel. Und seit Beginn der 1970er-Jahre ist die Wassertemperatur auch im langjäh-

rigen Mittel um mehr als 2 Grad gestiegen.

Das Alpenland ist – ähnlich wie Deutschland – besonders stark vom Klimawandel betroffen. Weltweit liegen die Temperaturen aktuell rund 1,5 Grad höher als im Vergleichszeitraum. In der Schweiz lag der Anstieg laut Meteorologie und Klimatologie, schon 2024 bei 2,9 Grad.

Ein Grund dafür ist unter anderem der sogenannte Albedo-Effekt. Der bemisst die Rückstrahlung von Sonnenlicht je nach Art des Bodens. So hat Neuschnee eine Albedo von 75 bis 90 Prozent. Das heißt, dass nahezu die gesamte Wärme der Sonne reflektiert und in den Kosmos zurückgegeben wird. Scheint die Sonne auf schneefreie Wiesen, spiegeln diese nur 12 bis 30 Prozent der Wärme

zurück. Anders ausgedrückt: Wo Schnee liegt, bleibt es kalt. Wo kein Schnee liegt, heizt es sich umso schneller auf.

Die Folge ist so klar wie dramatisch: Wenn in dem Alpenland aufgrund des Klimawandels weniger und für kürzere Zeit Schnee liegt, steigen die Temperaturen umso schneller. Eine Temperaturspirale wird in Gang gesetzt.

Da bleibt fast nur noch die Flucht ins kühle Nass. Während das Wasser heute wärmer ist, ist es etwas nicht ganz Neues, dass die Züricher baden: Zum 60. Mal fand am vergangenen Samstag das traditionelle Limmatschwimmen statt. 4.500 Menschen schwammen gemeinsam zwei Kilometer den Fluss hinunter. „Bei der Hitze war das Bad in der Limmat für viele eine willkommene Abkühlung“, schrieben die Veranstalter.



Der Boden brennt: das Moor im Hohen Venn Foto: Bruno Fahy/Belga/dpa

Großeinsatz im Grenzgebiet

Seit fast einer Woche brennt das Hochmoor an der belgisch-deutschen Grenze. Die Lage stabilisiert sich – die Diskussion um Klimapolitik beginnt erst

Aus Sourbrodt, Küchelscheid und Leykaul **Tobias Müller**

Blaulicht, überall ist Blaulicht. Von Feuerwehrfahrzeugen, Löschzügen und Polizeibussen flackert es, am Rand der leeren Straßen, hinter den Kehren, in den steilen Anstiegen und lang gestreckten Waldstücken. Blaulicht schwenkt über die Bäume, die Brachen, durch den Rauch, den der Wind hinüberträgt, wenn er wieder einmal gedreht hat. Durch den Nebel, mit dem der Rauch sich vermischt, durch die Dörfer und winzigen Weiler des Hohen Venns, einer Hochfläche in der Grenzregion von Belgien und Deutschland. Selbst wenn man die Augen schließt, meint man noch, Blaulicht zu sehen.

Es ist Dienstag, der fünfte Tag, seit in dem Naturgebiet an der deutschen Grenze das größte Feuer der jüngeren belgischen Geschichte ausbrach. Mehr als 3.000 seiner insgesamt 72.000 Hektar sind inzwischen betroffen, Heide, Wald, Hochmoor, und fünfhundert Rettungskräfte weiterhin damit beschäftigt, den Brand einzudämmen. Unter Kontrolle ist er zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht. Seit dem frühen Morgen regnet es. Luftaufnahmen zeigen riesige Rauchwolken, die über den dichten Wäldern wabern.

In Sourbrodt, wo nicht einmal 1.000 Menschen auf 600 Höhenmetern leben, laufen die Fäden des Großeinsatzes zusammen. Rund um die Wendelins-Kirche ist der „Poste de Commandement Opérationnel“ eingerichtet. Zivilschutz-, Polizei- und viele Feuerwehrfahrzeuge parken dort, unter Zelt-dächern sind Bänke und Tische aufgebaut, unter einem anderen liegen Teile von Löschschläuchen bereit. Das Gemeinschaftshaus hinter der Kirche ist zum Aufenthaltsraum der Einsatzkräfte umfunktioniert worden, drinnen gibt es Snacks und Getränke, draußen stapeln sich meterweise eingeschweißte Getränkeflaschen.

Neue Löschgruppen treffen ein, um die anderen abzulösen. Gerade biegt eine Gruppe Feuerwehrleute aus der südlichen Provinz Hainaut (deutsch: Hennegau) um die Ecke, manche von ihnen mit Gepäcktaschen, manche mit Rollkoffern, alle den

Helm in der Hand. „Nach einem Einsatz von acht Stunden fährt eine Gruppe zurück in ihre Kaserne“, erklärt Niels Bouwens. Er ist Feuerwehr-Koordinator der Region Flandern, 20 sogenannte Unter-Zonen in der nördlichen Landeshälfte fallen in seine Zuständigkeit.

Seitdem der Brand am Freitag ausbrach, ist er hier mit Unterbrechungen im Einsatz. Nach und nach schickten die anderen belgischen Provinzen Rettungskräfte ins Venn, alle spezialisiert auf Naturbrände. „Normale Feuerwehrleute sind dafür nicht trainiert.“

Es ist früher Nachmittag. Kurz zuvor war Bouwens noch im Brandgebiet, das ein paar Kilometer entfernt beginnt. Die Situation dort ist noch immer brenzlich – nicht nur wegen der enormen Ausmaße der Flammen. Am Boden kommen Löschfahrzeuge manchmal kaum an das Feuer heran, und auch für die Rettungskräfte ist das Terrain, auf dem es oft nur Pfade statt richtiger Wege gibt, besonders

schwer zugänglich. „Es gibt Löcher im Boden, man knickt schnell um, und wir haben schwere Rauchentwicklung.“

Zwei Kollegen mussten deswegen schon ins Krankenhaus. Das liege am Regen, erklärt Bouwens: „Der ist natürlich ein großer Vorteil, aber auch ein Nachteil. Wegen des Rauchs können wir heute bislang nicht aus der Luft löschen. Eben ließen wir probeweise eine Drohne aufsteigen. Die Sicht war so schlecht, dass die Hubschrauber und Flugzeuge nicht starten können.“

Stattdessen, berichtet Bouwens, versuchen die Einsatzkräfte das Feuer einzukreisen und im Zaum zu halten. Einen Graben von 20 Metern habe man angelegt, dort die Bäume gerodet, um, wie er das nennt, vor allem „die Nordostflanke zu halten, das ist ein Sorgenkind“. Worte, die den Einsatz nach einer Schlacht klingen lassen – und das ist es auch. „Manchmal steckt die Glut Meter tief im Boden. Der Torf ist wie ein trockener Schwamm, der sich

damit vollgesaugt hat. So ein Schmelbrand ist am schwierigsten zu bekämpfen. In Kanada gab es mal einen, der ein Jahr anhielt. Ich hoffe, das wird hier nicht so sein.“

Nicht nur Rettungskräfte aus ganz Belgien sind nun im Einsatz, sondern auch aus Deutschland, dazu kommen Hubschrauber aus den Niederlanden und spezielle Löschflugzeuge aus Schweden. Ab und an läuft einer der schwedischen Piloten durch das Koordinationszentrum an der Kirche. Eigentlich haben die Luft-Einsatzkräfte ihre eigene Koordinationsstelle auf dem Flugplatz von Spa. Noch hofft man, dass später die Sicht gut genug wird, um zu fliegen. Die Lage bleibt angespannt, der Wind braust immer wieder kräftig auf. Laut Vorhersage soll er an diesem Tag wieder aus Westen kommen und den Rauch damit in Richtung der deutschen Grenze blasen.

In Sourbrodt sind unterdessen einige Hundert Anwohner*innen in ihre Häuser zurückgekehrt. Am Vorabend hat die zuständige Kommune Bütgenbach dafür grünes Licht gegeben. Die junge Familie von Christine und John, beide in den Dreißigern, mit ihren beiden kleinen Töchtern ist damit wieder vereint. Am Samstag, dem zweiten Tag des Brandes, fuhr Christine mit den Kindern zu ihrer Schwester, John blieb.

„Er ist Unternehmer und wollte noch ein paar Gegenstände in Sicherheit bringen“, sagt seine Frau. „Außerdem wurde am Abend in der Nähe schon eingebrochen. Die Kommune hatte auf Facebook bekannt gemacht, welche Straßen evakuiert waren. Das war wie eine Einladung zum Einbrechen“, ergänzt er, die kleine Tochter auf dem Arm.

Der Abschied verlief dramatisch. „Wir hatten am Sonntag Taufe, zusammen mit zwei anderen Familien aus Sourbrodt, die noch näher am Venn wohnen“, sagt Christine. „In der Whatsapp-Gruppe zur Taufe tauchten nachmittags Berichte auf, dass die Kommune uns aufgefordert habe, die Koffer zu packen. Die Kinder waren gestresst von dem Brandgeruch, die Kleine hatte es sofort gemerkt, als der Wind drehte. Alles war voller Qualm.“



Schlachtplan gegen das Feuer: Feuerwehrleute im Hohen Venn Foto: Bruno Fahy/picture alliance



Mit allen Mitteln: Landwirte befüllen nahe Sourbrodt ihre Traktoranhänger mit Löschwasser Foto: Valentin Bianchi/AP/dpa

Um vier waren einige Straßen dann schon evakuiert, erzählt Christine. „Alle mit Kindern gingen. Wir fuhrten zu meiner Schwester, die weiter vom Feuer weg wohnt. Ich hatte sehr große Angst, die jüngste weinte die ganze Zeit. Am nächsten Tag fuhrten wir zu meiner anderen Schwester. Dann, gestern Abend, kam die Nachricht, dass wir zurückkehren konnten.“

Während für die Menschen vor Ort im Hohen Venn die entscheidende Frage „Bleiben oder gehen?“ lautet, beginnt in der belgischen Öffentlichkeit die Debatte über die Ursachen des Brandes. Die Tageszeitung *De Standaard*, eine der größten des Landes, analysiert, die sieben für Klima zuständigen Minister auf den verschiedenen Ebenen des komplexen belgischen Systems sprächen zwar übereinstimmend von einer „Klima-Katastrophe“. Eine effektive Politik mit einheitlichen, vorbeugenden Klima-Maßnahmen scheitere jedoch eben gerade an dieser Zersplitterung.

Unabhängig von der politischen Zuständigkeit, um die in Belgien mit seinen komplexen Strukturen so oft gestritten wird, ist offensichtlich: Der Brand im Hohen Venn fiel nicht vom Himmel. Die Zahl der kritischen Tage, an denen hitzebedingt leichter ein Brand entstehe, liegt laut der flämischen Umweltbehörde „Natuur en Bos“ nun knapp ein Drittel höher als 1979. Schon Ende des Frühjahrs, das warm und sonnig war, ertönten Warnungen aus Naturgebieten und -parks: Niederschlagsmangel und niedrige Pegelstände begünstigten Brände, ebenso wie die Vegetation, die mit den Jahren immer trockener geworden sei.

Das Centrum voor Risicoanalyse van Klimaatverandering (CERAC) prognostizierte bereits 2025 in einem Report, Naturbrände würden in Belgien „in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren schwerer, häufiger und womöglich an mehreren Orten zugleich“ stattfinden. Luc Bas, der Direktor, klagt in diesen Tagen in belgischen Medien, man habe die CERAC-Warnungen als „Panikmache“ abgetan. Die Situation im Hohen Venn nennt er einen „Weckruf für alles, was auf uns zukommt“, Naturbrände und ihre Bekämpfung sollten nun eine politische Priorität werden.

Auch das Belgian Wildfire Network, 2025 gegründet, das rund 2.500 Naturbrände in den vergangenen 35 Jahren analysierte, stellte fest, „dass die totale Zahl an Bränden stark zugenommen hat“. Dasselbe Netzwerk, eine Initiative der Universitäten in Liège und Gent, legte außerdem schon im Frühjahr einen Bericht vor, der die kritischen Punkte der Naturbrand-Bekämpfung in Belgien auflistete: fehlende einheitliche Strategie und Erfahrung sowie eingeschränkte Kapazitäten zum Löschen aus der Luft. Die Situation im Hohen Venn unterstreicht diesen Befund, denn ohne internationale Unterstützung aus der Luft wäre man aufgeschmissen.

Im internationalem Kontext reiht sich der Brand im Hohen Venn ein in das, was Cathelijne Stoof den „Summer of Fire“ nennt. Die Pyrogeo-

grafie-Expertin von der niederländischen Universität Wageningen beschäftigt sich seit 20 Jahren mit Naturbränden und fordert schon lange, Wissen über „Feuer-Management“, wie sie es nennt, aus dem mediterranen ins klimatisch gemäßigte Europa zu bringen. Diese Notwendigkeit sieht sie nun bestätigt.

Dass dieser Sommer in Bezug auf Feuer ein besonders schwerer würde, war ihr und ihren Forschungskollegin*innen klar. „Schon früh gab es viele simultane Naturbrände in verschiedenen Ländern. In Südeuropa waren diese eine besondere Herausforderung, weil das Feuer sich verhielt wie sonst nur später in der Saison. In den Niederlanden hatten wir schon im April, Mai große Feuer. Dazu kommen nun Deutschland, Belgien, und nicht zu vergessen England!“

Auch Stoof betont, dass das Feuer im Venn eine besondere Herausforderung ist – wegen der weichen Böden, die für Löschfahrzeuge teils nicht befahrbar sind, den Schmelbränden an und unter der Oberfläche und den extremen Ausmaßen. Sie setzt nun darauf, dass dieser Sommer endlich ein Umdenken in Gang setzt. „In der Vergangenheit legte sich die Aufmerksamkeit aber, sobald es wieder zu regnen begann. Ich hoffe, das sich das nun ändern wird. Und Klimapolitik ist dafür essenziell.“

Fürs Erste bleibt die Priorität – egal ob in Eifel oder Sauerland, den britischen West Midlands oder an der französischen Atlantikküste – die Bekämpfung der Brände. Im Fall des Hohen Venns beginnt diese in Eupen, der winzigen Hauptstadt der deutschsprachigen Gemeinschaft ganz im Osten Belgiens. Dort, unten in der Talsenke am Ufer des Flüsschens Weser, liegt das Kabelwerk. Zu Wochenbeginn kamen hier mehrere Hundert Tank-Lkw und Traktoren mit Güllefüßern, die von der werks-eigenen Pumpeinrichtung Gebrauch machten und das Wasser zum Einsatzgebiet transportierten.

„Gestern waren es 400“, sagt Hermann-Josef Bernrath, der Generalsekretär des Kabelwerks. „Lauter Freiwillige, Unternehmer und Landwirte, eine tolle Zusammenarbeit. Bei der Überschwemmung der Unterstadt vor fünf Jahren war das auch schon so.“ Dank der Weser, die übers Werks-gelände fließt, und einer eigenen Betriebsfeuerwehr habe man nach Ausbruch des Feuers direkt handeln können. „Um ein Uhr mittags brach das Feuer am Freitag aus. Gegen vier hatte unsere Feuerwehr eine Entnahmestelle aufgebaut, um fünf kamen die ersten Lkw und Traktoren.“

Bernrath führt über das Werks-gelände zur Weser. Am Ufer ist ein Pumpenwagen aufgebaut, der die Tank-Lkw beladen kann. Auch an diesem Tag wird er reichlich benutzt, wenn auch etwas weniger als am Vortag. Für die Traktoren gibt es eine eigene Entnahmestelle auf dem Personalpark-platz. „Fünf, sechs Minuten dauert eine Lkw-Bepumpung. Nach einer kanppen Viertelstunde können sie wieder hoch zum Brandgebiet fahren, das etwa 20 Minuten entfernt liegt“, erläutert Bernrath.

„Oben füllen sie es dann in Sammelbecken, aus denen sich die Löschfahrzeuge bedienen.“

An diesem Tag macht das Löschen freilich keinen entscheidenden Fortschritt. Der Rauch bleibt dicht über Wald und Moor hängen. Am späten Nachmittag wird entschieden, dass die Hubschrauber und Flugzeuge, die ihr Wasser meist aus den umliegenden Talsperren beziehen, am Boden bleiben müssen. Die Sicht bleibt so schlecht, dass an einen Luftsinsatz nicht zu denken ist. In Sourbrodt, das südlich vom Brandgebiet liegt, ist die Lage dennoch relativ entspannt. Wer evakuiert war, ist zurückgekehrt, die Luft erträglich.

„Wir hatten am Sonntag Taufe. In der Whatsapp-Gruppe dafür tauchten nachmittags Berichte auf, dass die Kommune uns aufgefordert habe, die Koffer zu packen.“

Anwohnerin von Sourbrodt

Anders sieht das in Küchelscheid aus, fünf-zehn Kilometer weiter nordöstlich, gleich an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Je mehr es auf den Abend zugeht, desto stärker wird der Brandgeruch, den der Westwind herüberträgt. Die knapp hundert Menschen, die hier wohnen, bekommen davon allerdings nichts mit. Am Samstag wurden sie, genau wie die Einwohner*innen des Nachbar-orts Leykaul, aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen. Anders als in Sourbrodt gab es bislang keine Entwarnung. Und so liegen die Eigenheime verwaist im Abendrauch. Nichts regt sich auf den beiden Straßen, in den meisten Häuser sind die Roll-läden heruntergelassen, und das Auffälligste: Alle Autos sind aus den Einfahrten verschwunden. Küchelscheid ist vorübergehend zum Spukdorf ge-worden.

Nur ein schmaler Bach trennt Küchelscheid von Kalterherberg, der ersten deutschen Ortschaft. Zu Beginn des Feuers wurden auch hier die Bewohne-r*innen vorsorglich evakuiert, zurückgekehrt sind sie bislang nicht. Der Rauch liegt schwer über dem Dorf, das zum Eifelstädtchen Monschau gehört. Das Schild, das Besucher*innen „Willkommen im Luftkurort Monschau“ heißt, könnte deplatziert nicht wirken. Die Straße schlängelt sich den

Berg hoch, am rechten Rand liegt ein dicker gelber Schlauch, für alle Fälle. Oben, auf einer Wiese, ist ein kleiner Feuerwehr-Standort mit Löschzug. „Wir passen auf die Ortslage auf“, sagt einer der Männer. Für Entwarnung ist es auch hier zu früh.

Einen Tag später folgt dann ein Durchbruch: Die Löschflugzeuge und -helikopter können wie-der aufsteigen, während es am Boden gelingt, das Feuer vollständig einzukreisen und drumherum eine befahrbare Schneise anzulegen. Die Bewohne-r*innen von Küchelscheid und Leykaul können in ihre Häuser zurückkehren, ebenso ihre Nach-barn jenseits der Grenze in Kalterherberg. Die Lage ist nun stabilisiert, und auch die Luft, in der in den ersten Tagen des Feuers in der Region Wallonie Feinstaub-Rekordwerte gemessen wurden, deut-lich besser.

Der ökologische Schaden an dem in Mitteleuropa einzigartigen Gebiet, an der charakteristischen Ve-getation und Biodiversität, wird sich erst später nach und nach zeigen. Deutlich ist jedoch, dass die Worte von König Philippe, der das Venn „ein belgi-sches Juwel“ nannte, als er zu Wochenbeginn Soub-rodts besuchte, eher im Bereich des Wunschdenkens liegen. „Ich hoffe, dass sich die Natur regeneriert“, sprach der Monarch mit bewegter Stimme.

Der Wald-Ökologe Kris Verheyen von der Uni-versität Gent ließ im TV-Sender VRT von dieser Hoffnung wenig übrig: „Der Wiederaufbau dies-es Moors kann Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte dauern.“ Moore wachsen etwa einen Millimeter pro Jahr – also einen Meter in tausend Jahren. Um die geschätzten 550.000 Tonnen CO₂ zu kompensieren, die durch den Brand in die Atmosphäre ge-langt seien, müssten in den nächsten Jahren über 3.500 Hektar Wald angepflanzt werden. Das aller-dings sei im dicht besiedelten Belgien außeror-dentlich schwierig.

Vorläufig werden im Hohen Venn die Löschar-beiten weitergehen –wochen-, womöglich auch noch monatelang, denn die Glutnester im Boden können lange nachschwelen. Das Blaulicht flackert also weiter über Bäume, die Anhöhen, die Senken. Unterdessen warnt die Umweltbehörde der Haupt-stadtregion Brüssel, die Situation im dortigen Wald Forêt de Soignes sei trotz der jüngsten Nieder-schläge „sehr besorgniserregend“. Über Spezial-fahrzeuge, die für Waldbrände geeignet seien, ver-füge die Feuerwehr in Brüssel nicht.



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V. taz.de/auslandsrecherche



die
geschichten
der woche

rein
gehen

Sophie Fichtner und Stefan Hunglinger stellen euch die bewegendsten Geschichten aus der wochentaz vor – und die Kolleg:innen dahinter. **Wöchentlich neue Folgen. Von Politik bis Popkultur.**

Jetzt Reinhören auf taz.de/podcasts

Die blaue Verführung

Die AfD wirbt für offene Bildungsformen. Die Optionen widerlaufen humanistische Intentionen

Von **Andreas Speit**

Die schulpolitische Offerte der AfD könnte Kritiker:innen der staatlichen Schulpolitik ansprechen. Denn: Welche Eltern sorgen sich nicht um die schulische Bildung ihrer Kinder? Die selbsternannte Alternative für Deutschland hofft in Sachsen-Anhalt mit ihren Forderungen auch das alternative Milieu mit anzusprechen.

In ihrem bereits vor der Wahl aufgestellten „Regierungsprogramm“ verspricht die Partei um Spitzenkandidat Ulrich Siegmund nichts weniger als die Aufwendung der Schulpflicht. Ihr Credo: „Bildungspflicht statt Schulzwang“. Würde dieses Vorhaben umgesetzt, wäre allerdings der Sozialisationsort Schule gefährdet und ein inklusiver, selbstbestimmter Bildungsweg weiter behindert, sagt Tilmann Kern, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Alternativschulen e. V. (BFAS) der taz.

Der Verband, in dem 127 Schulen organisiert sind, hat bei einer Kanzlei, nämlich der dka Rechtsanwälte Fachanwälte, ein Gutachten zu den „politischen Einflussmöglichkeiten der AfD auf den Bildungsbereich“ nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erstellen lassen. Bei der Wahl am 6. September könnte die AfD über 42 Prozent erreichen und gegebenenfalls allein regieren. „Das Gutachten sollte abklopfen, welche der Vorhaben aus rechtlicher Sicht haltbar und umsetzbar erscheinen“, so Kern.

Der Geschäftsführer geht davon aus, dass auch an Freien Alternativen Schulen Eltern die AfD wählen. Mit dem Gutachten, so Kern, wollte der BFAS denn auch „deutlich machen, dass zentrale Elemente der Prinzipien Freier Alternativschulen den Forderungen der AfD zu-

Für die AfD sind Schulen Orte vermeintlich links-grüner „Umerziehung“

widerlaufen“. Die Rechtsanwält:innen von dka zitieren in ihrem Gutachten aus dem AfD-Programm: „Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche des Staates, sich in die Erziehung der Kinder einzumischen.“

Die Schulen würden „immer weniger Bildung vermitteln“, sondern „immer stärker versuchen, die Kinder politisch zu erziehen oder ihnen fragwürdige Lebensansichten zu vermitteln“, so die AfD. Welche politischen Ansichten genau verschwinden sollen, wird durch die Forderung nach Beendigung der inklusiven Beschulung sowie der Einführung von „Sonderklassen“ für Kinder von Geflüchteten deutlich.

Die Forderungen seien „vor dem Hintergrund des Völker- und Europarechts sowie dem Grundgesetz kaum zulässig“ und auch verfassungsrechtlich unzulässig, so der BFAS. Sie widersprechen den Prinzipien des BFAS. „Wir wollen allen Schüler*innen – egal welcher Herkunft oder persönlicher Bedingung – einen inklusiven, selbstbestimmten Bildungsweg ermöglichen“, sagt Kern. Und das gelänge „nur in einer weltoffenen, menschenrechtsorientierten und wissenschaftsbasierten Umgebung“.

Die Forderung der AfD nach einer „Wahlfreiheit zwischen Schul- und Hausunterricht“ sei unter bestimmten Rahmenbedingungen zulässig. Die Anwält:innen zweifeln aber an, „ob dem Recht der Kinder und Jugendlichen auf schulische Bildung durch die Ermöglichung von ‚Homeschooling‘ ausreichend Rechnung getragen würde“, da „sehr hohen Standards“ einzuhalten seien.

Die Anwält:innen zeigen auf, dass ein AfD-Bildungsministerium „durch die staatliche Schulaufsicht“ auch über „Schulen in freier Trägerschaft“ Einfluss ausüben kann. Trotz der „Privatschulfreiheit“ könnten „Fakten geschaffen“ werden, „denen nur in langwierigen Verfahren begegnet werden könnte“. Ein AfD-Ministerium könnte über die Schulaufsicht „Verfügungen gegen Lehrkräfte“ an Freien Schulen erlassen und „somit erheblich in deren Personalhoheit eingreifen“. Die AfD könnte zudem durch „strengere Regelungen“ die finanziellen Zuschüsse erschweren.

Die Studie der dka skizziert, dass die AfD ihre Programmatik zwar kurzfristig nicht realisieren kann, langfristig aber ihre Optionen forcieren könnte. „Wir wollten uns auch vorbereiten, um gegebenenfalls beraten zu können“, sagt Kern. Die AfD, das legt das Gutachten nahe, will keine demokratische Mitbestimmung an Schulen. Schulen sind für sie Orte vermeintlich links-grüner „Umerziehung“.

CDU-Politiker wünscht AfD-Regierung herbei

Ein Stendaler CDULer spendete 10.000 Euro an die AfD. Er wettet gegen die eigene Partei – und hofft auf eine absolute Mehrheit für die Rechtsextremen

Von **Michael Bartsch**

Zweieinhalb Wochen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt fällt ein CDU-Kommunalpolitiker seiner Partei mit einer Spende an die AfD in den Rücken. Der Ortsbürgermeister Bernd Prange aus der Gemeinde Altmärkische Höhe im Landkreis Stendal, dort zugleich für die CDU Mitglied des Kreistages, spendete zweimal 5.000 Euro an den AfD-Landesverband.

Die Bundes-AfD bestätigte auf der Plattform X den Eingang und veröffentlichte zugleich einen „Offenen Brandbrief“ Pranges an die CDU Sachsen-Anhalt und die Öffentlichkeit. Der solle nach seinen Worten die Union und die Gesellschaft „wachrütteln“ und zu einer Kursänderung gegenüber den Linken und der AfD veranlassen.

„Es war ein bewusster, nach reiflicher Überlegung gefasster Schritt aus tiefer Sorge um unser Land“, begründet der Ortsbürgermeister eingangs Brief und Spende. Er unterstellt der CDU einen Trend nach links, während sie die Brandmauer zur AfD im-

mer höher ziehe. Deshalb wolle er ein „klares Stoppzeichen“ setzen.

„Ich wünsche mir, dass die AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt so stark wird, dass sie alleine regieren kann“, schreibt Bernd Prange. Er wolle am 6. September selbst sein Kreuz bei der AfD machen und hoffe, dass es ihm viele gleich-

Im Kreistag konstatiert der 59-jährige Fuhrunternehmer, der seit 1992 der CDU angehört, eine „gute und konstruktive Kooperation“ mit der AfD. Gemeinsam habe man angeblichen Schaden durch linke Initiativen abwenden können. Der CDU-Rebell fordert zugleich eine Absetzung von Bundeskanzler Friedrich Merz, der den konservativen Kern der Union preisgebe.

Der Chef des CDU-Arbeitnehmerflügels Dennis Radtke forderte gegenüber dem *Handelsblatt*, der Spender solle konsequenterweise aus der CDU austreten, wenn er zur Wahl der AfD aufrufe. Einen Austritt kündigte dieser allerdings nicht an. Auf eine entsprechende Frage

antwortete Prange dem Magazin *Focus*: „Ich will, dass sie mich rausschmeißen.“

Für den CDU-Landesverband bezeichnete am Mittwoch dessen Generalsekretär Mario Karschunke Spende und Brief als einen „sehr schwerwiegenden parteirechtlichen Vorgang“. „Niemand ist gezwungen, Mitglied unserer Partei zu bleiben, wenn er ihre politischen Grundüberzeugungen nicht mehr teilt“, heißt es in seinem Statement.

Über das weitere Vorgehen kündigte er lediglich eine Abstimmung mit dem CDU-Kreisverband Stendal und seinem Vorsitzenden Chris Schulenburg an. Für ein Parteiausschlussverfahren sei der Kreisvorstand zuständig, der sich bei seiner nächsten Sitzung damit befassen werde. Schulenburg war am Donnerstag auf taz-Anfrage zunächst nicht erreichbar.

Bereits vor vier Wochen hatte der AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund im Wahlkampf triumphierend den anonymen Eingang einer Spende von 5.000 Euro aus CDU-Kreisen bekanntgegeben. „Das sagt mehr über

den Zustand der CDU aus, als es Merz lieb sein kann“, schreibt die Bundespartei nun auf X. „Wir sagen Danke und freuen uns auf die Alleinregierung!“

Die nunmehr bestätigte Spende an die AfD und ihre schriftliche Begründung kommt für den Ministerpräsidenten und CDU-Spitzenkandidaten Sven Schulze zur unpassendsten Zeit und dürfte das Wahlkampffinale zusätzlich anheizen. Hartnäckig hält Schulze in allen öffentlichen Äußerungen am Unvereinbarkeitsbeschluss der Bundes-CDU gegenüber der AfD und der Linken fest. Auf Spekulationen über eine parteiübergreifende Zusammenarbeit nach der Wahl lässt er sich nicht ein. Wahlumfragen sehen die Union im Bundesland nur knapp über der 20-Prozent-Marke und damit etwa 20 Punkte hinter der AfD.

Zugleich lenkt die Affäre erneut den Blick auf den inneren Zustand des CDU-Landesverbandes und seine drohende Spaltung. Er gilt seit Langem als einer der konservativsten, manchmal reaktionärsten in Deutschland. Das wurde beispielsweise im Streit um Rundfunkgebühren und den Rundfunkstaatsvertrag deutlich. Über das reale Kräfteverhältnis zwischen liberalem und ultrakonservativem Flügel gibt es keine verlässlichen Angaben. Die Stendaler Altmark, der Nordharz oder der Burgenland- und Saalekreis stehen im Ruf gefühlter AfD-Nähe.

Das Dilemma nicht nur der Landes-CDU hinsichtlich einer Aufweichung des Unvereinbarkeitsbeschlusses nach der Wahl hatte Anfang Juni der Vorsitzende der Landtagsfraktion Guido Heuer beschrieben: „Bei einer Koalition mit der Linken droht eine Austrittswelle aus der CDU, speziell der Älteren mit DDR-Erfahrung. Bei einer Zusammenarbeit mit der AfD würde die andere Hälfte austreten“, hatte Heuer vorausgesagt.

Plakatschlacht: Rechtsextremist über Ministerpräsident Foto: Kay Nietfeld/dpa



Jungnazi soll Jungen zu Mord angestiftet haben

Ein Jugendlicher aus Rheinland-Pfalz soll Kinder zu schwersten Gewalttaten angestachelt haben, bis hin zum Mord. Nun ermittelt die Bundesanwaltschaft

Von **Konrad Litschko**

Irgendwann gab es offenbar keine Grenzen mehr. Immer weiter soll der Rheinland-Pfälzer Kai M., 19 Jahre alt, mit seiner Onlinegruppe Jugendliche zu Straftaten angestachelt haben. Jungen in den USA und Schweden zu Brandstiftungen an Fahrzeugen. Ein Mädchen zu sexuellen Handlungen an sich mit einem Messer, bei dem sie schwer verletzt wurde. Und einen Minderjährigen in Russland zu einem Mord eines Kindes an einer Schule mit einem Messer. Und von all dem soll er Videos ins Internet gestellt haben.

Am 17. März dann stoppte die Polizei die grausame Serie. Sie nahm Kai M. im Raum Trier fest – damals noch im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz. Die gab die Festnahme damals nicht bekannt, wegen der Persönlichkeitsrechte des jungen Beschuldigten und der laufenden Ermittlungen.

Nun aber teilte am Donnerstag die Bundesanwaltschaft mit, dass sie den Fall von Kai M. übernommen hat. Der Vorwurf: Rädelsführerschaft in einer

terroristischen Gruppe. Dazu kommen Anstiftung zum Mord, zu mehrfachen Brandstiftung, zu sexuellem Missbrauch eines Kindes oder die Verbreitung von Darstellungen von Kindesmissbrauch.

Damit übernimmt die oberste Ermittlungsbehörde der Bundesrepublik erstmals einen Fall aus dem Feld der sogenannten COM-Szene. Diese steht für ein internationales Onlinenetzwerk, in dem Gewalt und Sadismus gefeiert werden – und gezielt nach Kindern und Jugendlichen als Opfern gesucht wird. Diese werden in Chats mit Drohungen zu Straftaten oder Erniedrigungen und Selbstverletzungen bis hin zu Suiziden gedrängt. Die Szene an sich ist nicht zwingend politisch. Im Fall der Gruppe von Kai M. aber inszenierte diese sich auch als rechtsextrem – weshalb nun die Bundesanwaltschaft den Fall übernahm.

Kai M. soll sich bereits seit gut zwei Jahren in dieser Szene bewegt haben. Laut Bundesanwaltschaft gründete er Ende März 2024 zusammen mit anderen eine Onlinegruppe, die rechts-

extreme Parolen verbreitete und schwerste Straftaten bis hin zu Morden ankündigte. Anders als bei anderen COM-Gruppen sei deren Ziel mit den Gewalttaten auch der Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung gewesen. Mit den Videos der Taten sollte Werbung für die Gruppe und weitere Anschläge gemacht werden.

Ende 2024 soll sich Kai M. dann einer weiteren Onlinegruppe angeschlossen haben und dort ebenfalls zum Anführer geworden sein. Und der Rheinland-Pfälzer soll in beiden Gruppen maßgeblich an der Vorbereitung und Ausführung der Gewalttaten beteiligt gewesen sein.

Das BKA hatte bereits im Juni 2025 vor der COM-Szene gewarnt. Die Täter agierten „perfidie und manipulativ“, meist allein um Macht auszuüben und um Anerkennung in der Community zu erlangen, erklärte die Behörde damals. Für Aufmerksamkeit sorgte zuletzt der Fall eines 21-jährigen Hamburgers, der unter dem Pseudonym „White Tiger“ mit seiner Gruppe Kinder im Internet zu Selbstverletzungen und in einem Fall sogar in den Tod ge-

trieben haben soll. Mehr als 200 Straftaten werden ihm zur Last gelegt, darunter 35 Gewaltdelikte. Gegen ihn läuft derzeit ein Prozess in Hamburg.

Der Thinktank Cemas hat die Szene schon länger im Blick. Auch die Aktivitäten der Gruppe von Kai M. habe man verfolgt, erklärte Mitarbeiter Thilo Manemann. „Durch die für sich reklamierten Taten hat die Gruppe in der Community einen hohen Status gemessen.“ Die Gruppe habe sich „mit besonderer Grausamkeit hervorgetan“.

Cemas ordnet die Szene als „Nihilistic Violent Extremism“ ein, deren Ziel eine gesellschaftliche Zerstörung sei sowie Anerkennung in der Community durch extreme Gewalt. Vor allem auf Telegram sei diese „hochaktiv“, hieß es zuletzt in einem Report. Einige Gruppen würden sich auch explizit als Terrorgruppen inszenieren. Cemas ordnete auch eine Brandstiftungsserie in Deutschland und Österreich im April dieses Jahres einer Gruppe dieser Szene zu. Der Thinktank warnte vor einem transnationalen Phänomen, „das auch die kommenden Jahre bestehen bleiben könnte“.



„KI-erzeugte Schriftsätze, die zu nichts führen“



taz  **forum**

**AUSGEBUCHT!
SCHAUEN SIE
IM STREAM
VORBEI.**

Sachsen-Anhalt Wetten, dass ... die Demokratie gewinnt?!

Bei der Wahl am 6. September in Sachsen-Anhalt könnte die rechtsextreme AfD laut Umfragen die absolute Mehrheit erreichen. Es steht also viel auf dem Spiel.

Die taz diskutiert bei einer Veranstaltung in Magdeburg mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und den Spitzenkandidat:innen der demokratischen Parteien.

Infos & Anmeldung unter: taz.de/talk

Live und im Stream

25. August 2026, ab 18:30 Uhr
 Moritzhof, Moritzplatz 1, **39124 Magdeburg**
 Eintritt frei

Foto: picture alliance/dpa | Danny Gohlke

taz 

reisen

in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



TÜRKEI PER BUS

KAPPADOKIEN – DIYARBAKIR – KONYA u.a.

Eine Busreise von Istanbul bis in die Kurdenregion Anatoliens nach Diyarbakir und zum Ilisu-Staudamm am Tigris; auf dem Rückweg besuchen wir u.a. Göbekli Tepe, die ältesten Tempel der Menschheit bei Urfa, sowie Konya.

17. bis 27. Oktober 2026, ab 2.170 €

Deutschlands Abhängigkeit vom Erdgas

Gaskraftwerke liefern einen so großen Teil des deutschen Stroms wie nie zuvor – obwohl Erneuerbare wachsen. So bestimmen sie oft auch den Strompreis

Von **Bernward Janzing**

Die deutschen Erdgasspeicher sind nur etwa zur Hälfte gefüllt. Dabei treffen die niedrigen Füllstände auf eine Stromwirtschaft, die immer stärker vom Erdgas abhängig ist. Rund 17 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms kamen im Jahr 2025 laut Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen aus Erdgaskraftwerken – ein historischer Höchstwert. In den 1990er Jahren hatte der Anteil des Erdgases an der Stromerzeugung noch im einstelligen Prozentbereich gelegen, erstmals 2003 überschritt er die Marke von zehn Prozent. Der Trend hielt bis zuletzt an, und so startete das Jahr 2026 abermals mit einem Rekordwert: Im ersten Quartal wurde in Deutschland so viel Strom aus Erdgas erzeugt wie nie zuvor im Vergleichszeitraum.

Zwar lag der Wert im zweiten Quartal nicht mehr ganz auf Rekordniveau, weil Photovoltaikanlagen über Wochen hinweg üppig Strom lieferten. Gleichwohl erreichte die Gasverstromung den höchsten Wert seit 2021. Hintergrund der hohen Gasverstromung ist nicht nur der deutsche Atomausstieg, sondern auch die Abschaltung zahlreicher Kohlekraftwerke. Die Stromerzeugung aus fossilen Energien ist zwar insgesamt durch den Ausbau der Erneuerbaren in den letzten Jahren deutlich gesunken, die Abhängigkeit vom Erdgas zugleich aber gestiegen.

Den Betriebszeiten der Gaskraftwerke kommt dabei nicht nur der Kohleausstieg zugute. Es steigt auch der Bedarf an hochflexibler Stromerzeugung, weil die sogenannten fluktuierenden Quellen Photovoltaik und Windkraft bedeutender werden, die schwankende Energiemengen liefern. Somit geht in Deutschland ohne die Gaskraftwerke aktuell gar nichts. Bis zu 17,5 Gigawatt speisten die Kraftwerke der öffentlichen Versorgung in diesem Jahr zeitweise ins deutsche Netz. Im Vorjahr waren es bis zu 17,7 Gigawatt.

Unterdessen wirbt die Biogasbranche, die unter den Erneuerbaren am meisten steuerbare Leistung bieten kann: Sie könne theoretisch mehr als 30 Gigawatt liefern, wenn die Anlagen „überbaut“, also mit lokalen Biogasspeichern und leistungsstärkeren Kraftwerksaggregaten ausgestattet würden. Nach einer Studie der Universität Erlangen-Nürnberg könnten Biogasanlagen bis 2040 rund die Hälfte der Residuallast bereitstellen. Das ist der Bedarf an Leistung, der nicht durch Wind und Sonne gedeckt werden kann.

Der zeitweise hohe Anteil von Erdgas an der deutschen Stromerzeugung hat auch Auswirkungen auf die Strompreise. In jenen Stunden des Jahres, in denen die erneuerbaren Energien und die verbliebenen Kohlekraftwerke nicht ausreichen und Gaskraftwerke zugeschaltet werden müssen, definieren sie mit ihren hohen Erzeugungskosten den Strompreis im Großhandel. Das ergibt sich aus der Logik des Marktes: Der Preis orientiert sich daran, welche Kosten für die Erzeugung der letzten benötigten Kilowattstunde anfallen – das Standardmodell des Börsenhandels, das auch beim Aktienhandel oder dem Handel mit Rohstoffen praktiziert wird.

In den meisten EU-Märkten setzen Erdgaskraftwerke den Preis für wenige Hundert bis 1.500 Stunden pro Jahr, heißt es in einer Analyse des US-amerikanischen Institute for Energy Economics and Financial Analysis. In diesen Stunden bestimmt folglich auch der Gaspreis den Strompreis. Doch die Situation der Länder ist unterschiedlich: In Italien und Deutschland korrelierten Gas- und Strompreise aufgrund der Struktur der Kraftwerkparks viel stärker als in Frankreich oder Spanien, schreibt das Institut.

In Deutschland verlaufen die Kurven der Erdgasverstromung und der Börsenpreis am Spotmarkt, der kurzfristig Strommengen handelt, oft ziemlich gleichförmig. Zum Zeitpunkt der höchsten Gasverstromung in diesem Jahr zum Beispiel lag der Börsenpreis bei gut 18 Cent je Kilowattstunde. Somit können Stromkunden, die möglichst wenig fossile Energie nutzen wollen – etwa an Ladesäulen mit dynamischen Tarifen oder an der heimischen Wallbox – sich an einem groben Richtwert orientieren: Wenn der Strom billig ist, ist der Anteil erneuerbarer Energien im Netz hoch.

Zahl des Tages

0,5 Millionen

Dass die Antriebswende im motorisierten Individualverkehr derzeit auf Hochtouren läuft, hat sich bereits überall herumgesprochen. Schließlich machen neue, günstigere und bessere Modelle sowie die Preise an der Zapfsäule E-Autos immer attraktiver. Doch schon gewusst, dass der Elektroantrieb auch jenseits des Pkw auf der Überholspur ist? Rund um den Globus wurden nämlich **im Jahr 2025 rund 0,5 Millionen Elektro-Lkw und -Busse verkauft**. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Wachstumsrate von 86 Prozent, der Absatz hat sich also nahezu verdoppelt. Die Nase vorn hatte dabei mal wieder China. Knapp 90 Prozent dieser großen E-Fahrzeuge gingen dort über die Ladentheke.

Eine Textilarbeiterin näht Kleidung in einer Fabrik in Bangladesch
Foto: Habibur Rahman/aal. photo/imagio



Lieferkettengesetz wird sabotiert

Personalmangel, Weisungen von oben: Die Behörde, die die Achtung der Menschenrechte in der Lieferkette sichern soll, arbeitet offenbar eingeschränkt – unter anderem wegen des Wirtschaftsministeriums

Von **Leila van Rinsum**

Den großen Wirtschaftsverbänden war es von Anfang an ein Dorn im Auge: das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Es verpflichtet deutsche Unternehmen seit Anfang 2023 dazu, sicherzustellen, dass Menschenrechte entlang der Lieferkette geachtet werden. Die Bundesregierung versprach bereits im Koalitionsvertrag 2025, das Gesetz abzuschaffen. Und sie arbeitet fleißig daran, die Rechtslage zur Umsetzung der erfolgreich verwässerten europäischen Lieferkettengerichtlinie weiter zu schwächen.

Eine Recherche des ZDF zeigt nun, dass das Wirtschaftsministerium unter Katherina Reiche (CDU) die Kontrollbehörde des Gesetzes offenbar stark blockiert. „Insider, die mit der Überwachung des Gesetzes vertraut sind“, berichten im Beitrag vom „Druck, Verfahren abzuschließen und keine neuen anzufangen“.

Zuständig für die Kontrolle des Gesetzes ist die Abteilung 7 des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) am Standort Borna, Leipzig. Erst Ende Juli erklärte die Bundes-

Trumps Rekordschulden

Der US-Schuldenberg ist auf 40 Billionen Dollar gestiegen. Geht es so weiter, könnte er in wenigen Jahren sogar die 50-Billionen-Marke überschreiten

Die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten ist zum ersten Mal auf mehr als 40 Billionen Dollar gestiegen. Wie aus Daten des US-Finanzministeriums hervorgeht, lag die Verschuldung zuletzt am Dienstag bei 40.047.425.768.420,22 Dollar – umgerechnet entspricht dieser Wert etwa 34,3 Billionen Euro. Zum Vergleich: Vor einem Jahr betrug der Schuldenstand demnach noch rund 37,2 Billionen Dollar – also fast drei Billionen weniger.

„Die Vereinigten Staaten graben sich in ein immer tieferes Schuldenloch“, schrieb der US-Sender CNN dazu. Es handle sich um einen unheilvollen Meilenstein, der noch jahrelange Folgen für die Bürger*innen der Vereinigten Staaten sowie Unternehmen und die Regierung haben werde.

Der Finanzexperte Michael Peterson schätzte im Gespräch mit dem Sender, dass die Staatsverschuldung beim derzeitigen Kurs in nur sechs Jahren bereits bei 50 Billionen Dollar liegen werde. „Wir gefährden damit unsere Wirtschaft und die Zukunft unseres Landes“, warnte er.

In der *New York Times* sagte der Experte Marc Goldwein mit Blick auf die wachsende Zinslast dieser Schulden: „Das Erschreckendste daran ist, was wir beobachten, dass die Schuldenspirale in Gang kommt.“

Dass die USA wie andere Staaten einen hohen Schuldenstand aufweisen, ist nichts Neues. Mehrere Entwicklungen haben den Trend jedoch verschärft, darunter die besagte steigende Zinslast sowie wachsende Sozial- und Ge-

sundheitskosten, die mit der alternden Bevölkerung zusammenhängen.

Der US-Kongress in Washington hat zudem in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Milliardenpakete verabschiedet, die Steuern gesenkt und die Staatsausgaben weiter in die Höhe getrieben, zuletzt im Jahr 2025 etwa den „One Big Beautiful Bill Act“ von US-Präsident Donald Trump.

Die *New York Times* nannte auch die hohen Kosten des Irakkriegs und die Zollpolitik von US-Präsident Trump als Gründe für den schnellen Schuldenanstieg. Die 40-Billionen-Marke erreichen die Schulden nun nach CNN-Angaben gut zwei Jahre früher, als es das Haushaltsamt des US-Kongresses noch im Mai 2023 prognostiziert hatte. (*dpa*)

Einige Unternehmen beschäftigten sich zum ersten Mal mit möglichen Risiken in ihren Lieferketten, andere waren erstmals bereit, mit Gewerkschaften zu sprechen. Die Supermarktkette Aldi zahlte zum Beispiel erstmals Entschädigungen an Arbeiter*innen eines Bananenlieferanten in Costa Rica, die sich wegen zu niedriger Lohnzahlungen und gesundheitsschädigender Praktiken beschwert hatten.

Gleichzeitig stieg die Sorge unter den Organisationen, dass das politische Klima unter der schwarz-roten Bundesregierung, welche die neuen Verpflichtungen nun weitreichend als bürokratisch abtat, die Erfolge wettmachen und die Umsetzung des Gesetzes beeinträchtigen würde.

Tatsächlich erwies sich für viele Beschwerdeführende der Umgang mit dem Bafa als schwierig. Die Menschenrechtsorganisationen ECCHR und Femnet etwa erstritten mühsam, überhaupt Informationen zu ihrer ersten Beschwerde nach dem Lieferkettengesetz gegen den Möbelkonzern Ikea und Onlineverkäufer Amazon zu erhalten. Erst mit der Akteneinsicht im September 2025 erfuhren sie, dass ihr Verfahren bereits im November des Vorjahres eingestellt worden war.

Lisa Pitz, Juristin beim ECCHR sagt nun, die Lage werde immer schlimmer. „Es wird immer schwieriger, die aktuell zuständigen Personen ausfindig zu machen und zu erreichen. Beschwerdeführer*innen erleben außerdem überlange Verfahrensdauern: In einem Fall wurde nach eineinhalb Jahren noch immer nicht über die Zulässigkeit der Beschwerde entschieden.“ Unklar bleibt auch, welche Maßnahmen das Bafa von den Unternehmen fordert oder welche Verbesserungen diese angeblich erbracht haben. Einige Menschenrechtler*innen berichten von dem Gefühl, das Bafa nicke die Stellungnahmen der Unternehmen ab, ohne diese hinreichend zu prüfen.

Auch Brown Matloko, der im November 2025 Beschwerde gegen den Chemiekonzern BASF beim Bafa einlegte, erfuhr dies. Er wirft dem Bergbaukonzern und BASF-Zulieferer Sibanye-Stillwater schwere Sicherheitsmängel beim Platinabbau vor, die die Gesundheit der Bewohner*innen und der Umwelt schaden. Auf Nachfrage im März erklärte das Bafa, es könne keine Angaben machen und verwies darauf, dass Deutsch die offizielle Kommunikationssprache der Behörde sei.

schloss die Koalition im Kabinett, dass Unternehmen fortan nicht mehr über ihre Umsetzung des Lieferkettengesetzes berichten müssen und dass Sanktionen und Bußgelder ausgesetzt werden. In einer internen Weisung, die auch der taz vorliegt, ordnete das Wirtschaftsministerium das Bafa an, dem Folge zu leisten. Kurz danach gibt die Behörde tatsächlich öffentlich bekannt, dem Beschluss Folge zu leisten. Bis heute hat der Bundestag der Gesetzesänderung aber noch gar nicht zugestimmt. Im Januar 2026 ging der Entwurf in die erste Lesung.

Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums bezeichnet diesen Vorgang auf Anfrage der taz als legitim. Mit der Weisung wurden „die vorhandenen untergesetzlichen Spielräume ausgeschöpft“, damit das Bafa bereits jetzt seine Prüfpraxis an den anstehenden Änderungen ausrichten kann. „Das schafft schnelle Entlastung und maßgebliche Planungssicherheit für unsere Wirtschaft.“

Menschenrechtsorganisationen haben derweil vielfach betont, dass das Lieferkettengesetz zu Anfang ein Erfolg war, um Menschenrechte zu stärken.



Peking eskaliert im Streit um Mediamarkt

Nachdem Brüssel eine Untersuchung gegen den Onlinehändler JD.com einleitet, reagiert Peking scharf. Der Fall offenbart die geopolitischen Spannungen

Aus Seoul **Fabian Kretschmer**

Die EU und China ringen auf dem ökonomischen Schlachtfeld längst mit offenem Visier. Am Dienstag hat das chinesische Justizministerium in Peking klargemacht, dass es in Handelsfragen keine Gegenwehr duldet.

So hat das Ministerium chinesischen Unternehmen und Individuen kategorisch verboten, bei einer derzeit laufenden Untersuchung der Europäischen Union zu kooperieren. Zum zweiten Mal überhaupt haben die chinesischen Autoritäten eine solch drastische Maßnahme erlassen. Hintergrund ist die Prüfung der EU zur geplanten Übernahme von Ceconomy, dem Mutterkonzern von Mediamarkt und Saturn, durch den chinesischen Onlinehändler JD.com.

„Die Maßnahmen der EU stellen eine unzulässige extraterritoriale Ausübung ihrer Rechtshoheit dar“, kritisierte ein Sprecher des chinesischen Justizministeriums. Gleichzeitig hat Peking mit Vergeltung gedroht: Sollte die EU an ihrem Vorgehen festhalten, werde man entschlossen reagieren, teilte das Ministerium mit. Welche Maßnahmen drohen würden, ließ man offen.

Ein Rückblick: Bereits im Frühjahr schien es beschlossene Sache, dass JD.com – eine Art chinesisches Pendant zu Amazon – den Düsseldorfer Konzern Ceconomy für 2,2 Milliarden Euro kaufen würde. Dann schritt Brüssel mit einem gut begründeten Ausgangsverdacht ein, den Deal auf Wettbewerbsfairness zu prüfen. Die eingeleitete Untersuchung basiert auf einem rechtlichen Mechanismus, der gezielt für den Umgang gegenüber China auf den Weg gebracht wurde.

Die EU stand bereits seit Längerem unter Druck: Es ist hinlänglich dokumentiert, dass Chinas Industriepolitik seine führenden Unternehmen mit massiven Staatshilfen unterstützt, um weltweit Marktanteile zu sichern. Dabei handelt es sich um Subventionen, die gegen die Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO) verstoßen.

Laut einer aktuellen Studie der Industriestaatenorganisation OECD erhalten chinesische Unternehmen das bis zu Achtfache an staatlichen Hilfen

im Vergleich zu Firmen westlicher Industrienationen. Das beinhaltet nicht nur direkte Zahlungen, sondern vor allem auch günstige Kredite, Steuererleichterungen, Energielieferungen und günstige Grundstückspreise.

Seit Jahren schlagen Ökonomen Alarm, doch mittlerweile ist das Thema auch bei Kanzler Friedrich Merz angekommen: Der sogenannte China-Schock 2.0 droht, Europa eine regelrechte Deindustrialisierung zu bescheren. Laut einer Studie des Hautcommissariat à la Stratégie et au Plan, einer dem französischen Premiermi-

nister zugeordneten Strategiebehörde, sind in Deutschland mittelfristig 70 Prozent der Industrieproduktion bedroht – das ist der höchste Wert in Europa. Dass die EU sich gegen die Folgen wettbewerbsverzerrender Subventionen aus China zur Wehr setzt, gilt unter Ökonomen als dringend notwendig.

Doch Chinas Behörden argumentieren, dass Brüssel im Zuge seiner Untersuchung unnötige und zu weitreichende Daten erheben möchte. Ein Sprecher des chinesischen Justizministeriums bezeichnete das Vorgehen der EU am Mittwoch als „schwerwiegenden Verstoß gegen die internationale Rechtsstaatlichkeit“.

Der Konflikt spiegelt vor allem die zunehmenden Handelsspannungen zwischen den zwei Wirtschaftsräumen wider. Und er macht deutlich, dass China keineswegs bereit ist, in dem Streit Kompromisse einzugehen.

Gleichzeitig wirft Peking Brüssel jene Maßnahmen vor, die es bereits seit Jahren anwendet und mittlerweile perfektioniert hat. Kaum ein anderer

Staat der Welt schützt seine strategischen Wirtschaftssektoren stärker als die Volksrepublik China.

Die aktuellen Exportkontrollen auf Seltene Erden sind nur eins von vielen Beispielen: Um weiterhin jene Rohstoffe kaufen zu können, auf deren Weiterverarbeitung chinesische Staatsbetriebe de facto ein Monopol haben, müssen europäische Unternehmen weitreichende Konzerndaten an die chinesischen Behörden weitergeben. Diese erhalten dadurch einen tiefen Einblick in Geschäftsgeheimnisse und Lieferketten.

Doch dass die EU ihre Untersuchungen transparent und rechtsstaatlich umsetzt, und damit inhaltlich die besseren Argumente auf ihrer Seite hat, nützt ihr letztlich wenig. Im Umgang mit der Volksrepublik China zählt einzig das machtpolitische Kalkül, welche Seite stärker ist, die eigenen Interessen durchzusetzen.

Dass Pekings Justizministerium nun auf Eskalation setzt, basiert auf der Annahme, man habe schlicht die besseren Trümpfe im Ärmel. Chinas Staatsführung tritt selbstbewusst auf, weil es das eigene autoritäre System für krisenresistenter hält: Während sich die EU an demokratische Checks and Balances halten muss und zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten teils zutiefst zerstritten ist, tritt der chinesische Einparteiensstaat mit geeinter Stimme auf.

Ein Sprecher des Ministeriums sagte, die EU „missbrauche“ ihren Untersuchungsmechanismus für Auslandssubventionen und warnte, dass Peking „entschlossen gemäß dem Gesetz zurückschlagen“ könne, falls die EU fortbesteht.

Die Erklärung ist das jüngste Anzeichen für Pekings Verärgerung über das zunehmend angespannte Verhältnis zu Brüssel. Europäische Regulierungsbehörden und Behörden haben eine Reihe chinesischer E-Commerce-Plattformen im Rahmen des Digital Services Act untersucht und mit Antidumpingkampagnen alles von Stahl bis Peking-Ente ins Visier genommen. Zudem arbeitet die EU-Kommission an einem neuen Gesetz, das Unternehmen verpflichtet, ihre Lieferketten von China hinaus zu diversifizieren.

Eine MediaMarkt-Filiale in Bremen: Es soll verhindert werden, dass sie einen chinesischen Eigentümer bekommt
Foto: Schöning/imago



Sabine Nuss
Klassenfahrt

Brief an Herrn Meier. Oder: Riskante Geschäfte

Sehr geehrter Herr Meier,

haben Sie Dank für Ihren Leserbrief zu meinem Buch*. Ihre Einwände gegen meine Argumentation sind geradezu repräsentativ. Es lohnt sich also, mit Verlaub, meine Antwort öffentlich zu machen.

Sie drücken Ihr Unbehagen damit aus, wie ich die Entstehung von Unternehmerrfolg erkläre. Sehr kurz: Menschen, die ihre Arbeitskraft an Unternehmenseigentümer verkaufen, schaffen durch ihre Arbeit etwas Neues – etwas von neuem Wert. Dafür erhalten sie einen Lohn. Dieser Lohn aber repräsentiert nur einen Teil des neu geschaffenen Werts. Den anderen Teil eignet sich das Unternehmen an, und zwar unbezahlt. Diese unbezahlte Arbeit ist die Quelle des Gewinns.

So weit, so gut, sagen Sie. Immerhin. Im Gegensatz zu vielen anderen, die auch das bestreiten würden. Eine verbreitete Lesart ist nämlich, dass das investierte Kapital Gewinne abwirft, wie der Birnenbaum die Birne, quasi aus sich heraus. Abrakadabra. Aber Sie, Herr Meyer, gehen mit mir mit: Gewinn kommt von der unbezahlten Arbeit der Beschäftigten. Allerdings – und hier beginnt Ihr Unwohlsein – finden Sie das gar nicht schlimm. Sondern legitim: Der unternehmerische Einsatz von Kapital berge schließlich das Risiko, jederzeit pleite zu gehen und dieses Risiko müsse kompensiert werden. Gewinn als Belohnung für ein Wagnis. Außerdem – führen Sie weiter aus – stünde es doch jedem frei, dieses Wagnis einzugehen, als Unternehmer am Marktgeschehen teilzunehmen. Dazu müsse man nur einen Kredit aufnehmen. Wo also, fragen Sie sich, ist das Problem?

Eigentümer von Produktionsmitteln können ab einem bestimmten Vermögen ihre Schäfchen selbst bei einem Konkurs noch ins Trockene bringen, während die Beschäftigten in der Regel wenig Schäfchen im Trockenen haben. Sie sitzen auf der Straße, erhalten vielleicht Arbeitslosengeld, und je nach Alter oder Qualifikation erreichen sie vielleicht nie wieder das Einkommen, das sie mal hatten. Das Risiko einer Pleite tragen auch sie.

Und würde wirklich jeder mit einer tollen Geschäftsidee einen Kredit bekommen? Und wenn ja: Könnten alle ein Unternehmen gründen und dann Gewinne machen? Soziale Ungleichheit wird hier auf eine individuell unterschiedliche Risikobereitschaft zurück-

geführt. Man übersieht: Aufstiegshürden von Menschen mit Migrationsgeschichte. Fehlender Bildungshintergrund. Soziale Herkunft. Die gläserne Decke. Netzwerke, Vitamin B und die feinen Unterschiede, die es den einen leicht machen, sich unter Reichen zu bewegen wie der Fisch im Wasser, während die anderen wie erstarrt vor drei Reihen Besteck sitzen.

Ohnehin: Chancengleichheit im Wettbewerb führt nicht dazu, dass es allen gut geht, sondern lediglich dazu, dass die Chancen, in der Konkurrenz zu verlieren oder zu gewinnen, etwas gleichmäßiger verteilt werden.

Dass die Lohnarbeiter*innen mehr Wert schaffen, als sie erhalten, bedeutet, dass sie über das hinaus arbeiten, was sie für ihr eigenes Leben bekommen. Das ist aber in jeder arbeitsteiligen Gesellschaft der Fall. Warum? Weil in jeder Gesellschaft Menschen leben, die nicht arbeiten können, die aber mitversorgt werden müssen: Kinder, Kranke, Alte. Das heißt, Menschen, die arbeitsfähig sind, arbeiten mehr, als sie selbst individuell benötigen.

Diese Mehrarbeit war historisch höchst unterschiedlich organisiert. Im Kapitalismus landet ein großer Teil der Mehrarbeit in Form von Gewinnen in den Händen jener wenigen, denen die Produktionsmittel gehören. Wenn alle Unternehmer wären, gäbe es keine Lohnabhängigen mehr. Wer würde dann die Gewinne erarbeiten? „Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich“ brachte Brecht die strukturelle Ungleichheit auf den Punkt.

Woraus die gesellschaftliche Mehrarbeit besteht und unter welchen Bedingungen sie entsteht – das sind Fragen, die jeder demokratischen Entscheidung entzogen sind. Arbeit im Kapitalismus ist stattdessen einer bestimmten Logik untergeordnet: der Konkurrenz zwischen Unternehmen. Diese bewirkt nicht nur, dass Unternehmen pleitegehen, sie treibt zu einem end- und maßlosen Wachstum mit zerstörerischen Folgen für Mensch und Natur. Jene, die Vermögen haben, können sich davor schützen. Wer also, sehr geehrter Herr Meier, trägt das Risiko einer solchen Produktionsweise? Und: Ist sie wirklich eine Belohnung wert?

Mit Grüßen,
Sabine Nuss

„Wessen Freiheit, welche Gleichheit. Das Versprechen einer anderen Vergesellschaftung“. Dietz Berlin, 2024.

Sabine Nuss lebt als freie Autorin, Publizistin und Podcast-Host in Berlin. In ihrer Kolumne führt sie uns regelmäßig durch die Nebelregion des Kapitalismus. Sie lüftet den Schleier der Verhältnisse, in denen es scheint, als seien wir alle frei und gleich.



Die Welt verstehen.
Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.
taz.de/newsletter



Schüler wappnen sich für den Ernstfall

In Thailand verordnet die Regierung Schulen nach einem tödlichen Amoklauf Sicherheitskonzepte und Übungen gegen Anschläge mit Schusswaffen

Von **Sven Hansen**

Eine verummte Person, die Kapuze eines schwarzen Hoodies über den Kopf gezogen und ein Sturmgewehr im Anschlag steigt eine Treppe in Bangkoks Surasamontree-Schule hinauf. Offenbar sucht der Bewaffnete Opfer. Später zeigen Fotos und ein Video der Nachrichtenagentur Reuters, wie der Vermummte einen Schulflur entlanggeht, dabei gegen Klassentüren tritt und Schüsse abgibt.

Andere Bilder zeigen Kinder, die kreischend aus dem Gebäude fliehen, Schülerinnen, die unter ihren Pulten Schutz und Deckung suchen oder mit Schultischen verbarrikadierte Klassenräume. Nachdem er in ein leeres Klassenzimmer eingedrungen ist, tritt der Vermummte wütend einen Tisch um.

Eine weitere Szene zeigt, wie sich nach dem Betreten eines Klassenraums ein halbes Dutzend Kinder in Schuluniformen auf den überraschten Bewaffneten stürzt und ihn zu Boden ringt. Sie hatten ihm hinter der Klassentür aufgelaert.

Zum Glück sind diese Szenen nur eine Übung und der vermeintliche Attentäter ist ein verkleideter Polizist. Sein M-16-Sturmgewehr ist zwar echt, aber enthält nur Platzpatronen. Für die Schule, ihren Direktor und die beteiligte Polizeidirektion ist die Übung auch ein PR-Stunt. „Wir tun was“, lautet die medial verbreitete Botschaft des als „Fliehen, verstecken und kämpfen“ charakterisierten Notfalltrainings, das potenziell Betroffene auf verschiedene Optionen vorbereiten soll. Das Ziel ist, das Bewusstsein an der Schule zu schärfen und so die Panik im Krisenfall zu reduzieren.

Nachdem am 7. August ein 14-Jähriger in Nonthaburi bei Bangkok zunächst seine Großeltern erschossen hatte, an seiner Schule fünf Lehrer und eine Schülerin und schließlich sich selbst tötete, hat das Bildungsministerium Schulen aufgefordert, Besuchsregeln zu verschärfen, Notfallpläne aufzustellen und Gefahrenabwehr zu üben. Denn das Schulmassaker vom 7. August war nicht das erste in Thailand.

Jetzt werden an thailändischen Bildungseinrichtungen vor dem Betreten Schultaschen durchsucht oder mit Metalldetektoren überprüft, oftmals durch die Lehrer. Dabei entdecken sie auch Stichwaffen oder andere gefährliche Gegenstände.

Direkt nach dem Massaker in Nonthaburi hatte die Regierung die Ausstellung neuer Waffenscheine ausgesetzt. Diesen symbolischen Schritt hatte sie schon nach früheren Schusswaffenzwischenfällen gemacht, ohne damit etwas zu erreichen.

Das soll jetzt anders werden. Die Regierung wolle Wege finden, Schusswaffen so weit wie möglich aus dem Alltag der Menschen zu entfernen und die Gesellschaft sicherer zu machen, erklärte eine Regierungssprecherin. Ministerpräsident Anutin Charnvirakul ordnete bereits eine Überprüfung der Waffengesetze an.

Trotz vergleichsweise strenger Waffengesetze weist Thailand eine der höchsten Waffenbesitzraten in Asien auf. Im Jahr 2017 von den Organisationen Small Arms Survey und GunPolicy.org erhobene Daten ergaben, dass thailändische Zivilisten etwa 15 Schusswaffen pro 100 Einwohner besaßen, verglichen mit weniger als einer Waffe pro 100 Einwohner im benachbarten Malaysia und etwa 50 in den gewaltgeplagten Philippinen. Ebenfalls im Jahr 2017 wurde die Zahl der Schusswaffen in Thailand auf 10,3 Millionen geschätzt, davon rund 4 Millionen nicht registrierte. Neuere Zahlen gibt es nicht.

Schusswaffen sind in Thailand leicht verfügbar. Recherchen des singapurischen Senders CNA zufolge kann eine nicht lizenzierte Pistole innerhalb von zwei Tagen für umgerechnet 150 Euro im Internet erworben werden. Der Erhalt lizenzierter Waffen dauere dagegen mindestens zwei Monate und sei erheblich teurer.

Bisher können Polizisten und andere Sicherheitskräfte im Rahmen sogenannter Wohlfahrtsprogramme privat subventionierte Waffen erwerben, kritisiert das Onlinemedium Prachatai. Da sie diese dann aber gelegentlich mit Gewinn weiterverkaufen, wird über eine Abschaffung dieses Privilegs diskutiert. Auch viele Minister und Abgeordnete sind bewaffnet. Nur drei Tage nach dem jüngsten Schulmassaker erschoss ein Ex-Abgeordneter ebenfalls in Nonthabui einen Beamten.

„Wir leben in ständiger Gefahr“

In der Nacht zu Donnerstag hat Russland die ukrainische Hauptstadt erneut mit Ballistik angegriffen. 12 Menschen kamen ums Leben. Kyjiw fehlen Luftabwehrraketen

Aus Kyjiw **Julia Surkowa**

Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kyjiw, steht zwischen einem riesigen Krater und einer zerstörten Schule. „Das ist mein Viertel hier. Und das meine ehemalige Schule. Und jetzt sieht es hier so aus, das ist einfach eine Tragödie.“ Der sonst so gefasste Klitschko ist sichtlich von seinen Gefühlen überwältigt.

Nach einem mehr als achtstündigen russischen Angriff in der Nacht zu Donnerstag herrscht Chaos im Kyjiwer Stadtteil Solomjanka. Dutzende Autos stehen in Flammen, Trümmer werden geräumt, Menschen retten Tiere und verbliebene Habseligkeiten aus den zerstörten Häusern.

Es ist ein höllischer Sommer für die ukrainische Hauptstadt. Den Ukrainern fehlen Abfangraketen für die Luftabwehr, um sich gegen die russischen Ballistikraketen wehren zu können. Westliche Partner sind zögerlich bei der Lieferung von Patriotraketen. Derweil steigt die Zahl ukrainischer Opfer.

„Es gibt nicht genügend Flugabwehrraketen. Und die Angriffe häufen sich. Russland setzt Marschflugkörper und Drohnen ein. Damit ist eine hohe Zahl ziviler Opfer verbunden“, sagt Vitali Klitschko gegenüber der taz. Und er ergänzt, dass in der letzten Nacht allein in Kyjiw 15 Menschen ums Le-

ben gekommen sind, weitere 40 wurden verletzt in Krankenhäuser gebracht.

In drei Kyjiwer Stadtvierteln dauern die Bergungs- und Rettungsmaßnahmen noch an. In Teilen der Stadt gibt es keinen Strom mehr. Erneut haben die Russen die Energieinfrastruktur angegriffen und dabei auch Wohnhäuser, eine Schule, einen Kindergarten und ein Kinderkrankenhaus beschädigt.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj brachte die Folgen des Angriffs direkt mit dem Mangel an Mitteln zur Abwehr ballistischer Raketen in Verbindung. In seinen offiziellen Social-Media-Kanälen erklärte er, er sei überzeugt davon, dass Russland nicht zum Frieden bereit sei, solange die Ukraine nicht über ausreichende Mittel zur Abwehr ballistischer Raketen verfüge.

„Wir tun alles, um den Schutz zu gewährleisten, und arbeiten kontinuierlich an dem eigenen ukrainischen Luftabwehrsystem Freyja. Aber die Patriot-Abfangraketen lassen sich vorerst durch nichts ersetzen, und wir brauchen sie jeden Tag. Jede zusätzliche Rakete rettet das Leben unserer Leute.“

In Solomjanka wärmt sich der 35-jährige Bauarbeiter Dmytro Lysenkow gerade unter einer Thermodecke, die er von den Rettungskräften

bekommen hat. Gleichzeitig hält er sich einen Eisbeutel an den Kopf. Sein Haus wurde von einer russischen Rakete getroffen.

„Mir ist ein Mauerstück auf den Kopf geflogen“, erzählt er. „Meinen Sohn und den Hund konnte ich gerade noch ins Badezimmer schieben. Aber bei meiner Oma kam ich zu spät. Sie hat Schnittwunden an den Beinen, von herumfliegenden Trümmerteilen. Wir haben sie mit Handtüchern verbunden. Der ganze Fußboden der Wohnung war voller Blut“, sagt Dmytro. Er kann nur leise und langsam sprechen, da er eine schwere Gehirnerschütterung erlitten hat.

Der komplette Besitz seiner Familie ist in der von den Flammen erfassten Wohnung zurückgeblieben, die während unseres Gesprächs gerade mit Wasser aus Feuerweherschläuchen gelöscht wird. Dmytro konnte nicht einmal seinen Laptop mitnehmen, weil er sich um die Rettung seiner Großmutter und der Nachbarn kümmern musste.

„Ich habe noch nie gesehen, dass ein Mensch einfach kein Gesicht mehr hat. Ich bin nachts losgerannt, um meinem Nachbarn zu helfen. Aber als ich seine Leiche gesehen habe, war mir klar, dass ich nichts mehr für ihn tun kann“, sagt Dmytro. „Wir sind verletzt, aber am Leben. Da

haben wir wohl Glück gehabt. Aber unser Zuhause haben wir verloren“, sagt der Mann und streichelt seinen verängstigten braunen Setter, der sich an seine Beine schmiegt.

Die Leiterin des Kindergartens Nr. 714, Kateryna Oliynyk, versucht gerade, den Schaden abzuschätzen, der durch den nächtlichen Angriff entstanden ist. Die Nachbarn haben den Keller der Einrichtung als Schutzraum genutzt. Zum Zeitpunkt des Angriffs hatten hier mehrere Dutzend Menschen Zuflucht gesucht. Sie blieben unverletzt. Doch das Kitagebäude ist schwer beschädigt.

„Ich halte es für ungerecht, unserer Regierung oder unserem Militär vorzuwerfen, dass sie keine russischen Raketen abschießen. Denn wir wurden grundlos angegriffen“, findet Kateryna Oliynyk. „Seit Beginn des Krieges leben wir ohnehin in ständiger Gefahr. Und jetzt, wo es keine Flugabwehr mehr gibt, wissen wir abends nicht, ob wir am nächsten Morgen wieder aufwachen“, sagt die Kindergartenleiterin und blickt auf die zerbrochenen Fensterscheiben, die Scherben auf den Kinderbetten und die zerstörten kleinen Schränkchen mit Bärenmotiven. Der Kindergarten muss seinen Betrieb jetzt auf unbestimmte Zeit einstellen.

„Ich wohne direkt gegenüber der ehemaligen russischen Botschaft. Es ist widerlich, dieses Gebäude jeden Morgen zu sehen. Zu wissen, dass wir uns dieser Menschen wegen nirgendwo sicher fühlen können“, sagt Kateryna, während sie mit den Tränen kämpft.

In wenigen Tagen, am 24. August, begeht die Ukraine ihren wichtigsten Nationalfeiertag – den Unabhängigkeitstag. Militäranalysten warnen bereits davor, dass es an diesem Tag zu einem massiven russischen Angriff auf die Hauptstadt kommen könnte.

Bürgermeister Klitschko sagte dazu gegenüber der taz: „Natürlich kann dies nur der Auslandsgeheimdienst der Ukraine widerlegen oder bestätigen. Aber die Zahl der Angriffe nimmt zu. Mittlerweile finden sie schon zweimal pro Woche statt.“

Aus dem Ukrainischen Gaby Colde-
wey



Zerstörtes Haus im Kyjiwer Stadtteil Solomjanka nach dem russischen Angriff am 20. August
Foto: Oleksandr Klymenko/imago

Bomben, Drohungen und der Kampf um Einfluss

Israel unterstellt der Türkei, Truppen nach Syrien schicken zu wollen und bombardiert einen Militärflughafen in der Nähe von Aleppo. Die Türkei lässt die Drohung abtropfen

Aus Istanbul **Jürgen Gottschlich**

Der russische Neofaschist Alexander Dugin kommentierte den israelischen Angriff auf einen alten syrischen Militärflughafen am Mittwoch am drastischsten: „Der Krieg zwischen Israel und der Türkei hat begonnen“, postete er in den sozialen Medien. Soweit ist es noch nicht, doch Israels Regierung droht der Türkei erstmals ganz offen mit einem Angriff, sollte sich das Land in Syrien militärisch engagieren.

Am Dienstagmorgen bombardierten israelische Kampfflugzeuge einen alten syrischen Militärflughafen in der Nähe von Aleppo. Der Flughafen Abu al-Duhur ist seit 2012 außer Betrieb, es gibt aber Anzeichen, dass die syrische Armee ihn reaktivieren will. Doch nicht nur das, Israel vermutet, dass die Türkei dort zur Unterstützung der syrischen Übergangsregierung eigene Truppen stationieren könnte.

„Don’t do that“, sagte Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu am Mittwochabend in einem Militär-

sender, direkt an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gewandt. Jedwede Entsendung türkischer Truppen nach Syrien sei für Israel die Überschreitung einer roten Linie, „die wir nicht dulden werden“.

Nach israelischen Angaben, die von der syrischen Beobachtungsstelle in London bestätigt werden, war am Montag eine türkische Delegation auf dem ehemaligen Militärflughafen, um sich dort mit Vertretern der syrischen Armee zu treffen. Wenige Stunden später, am Dienstagfrüh erfolgte dann der israelische Angriff.

Die türkische Regierung bestritt in einer offiziellen Mitteilung sowohl den Besuch in Abu al-Duhur wie insgesamt die Absicht, eigenes Militär in Syrien zu stationieren. Doch Israels Regierung glaubt ihnen nicht. Nach Netanjahu äußerten sich noch Verteidigungsminister Israel Katz und Armeechef Eyal Samir, der in den von Israel besetzten Streifen im Süden Syriens geeilt war.

Verteidigungsminister Katz warnte Erdoğan auf „X“ in türkischer Sprache, sich nicht „auf gefährliche Abenteuer“ einzulassen. „Israel wird nicht

zulassen, dass irgendein Akteur seine Sicherheit bedroht“, betonte er.

Seitdem der damalige Milizenführer und heutige syrische Übergangspräsident Ahmed al-Scharaa im Dezember 2024 mit seinen Truppen den Langzeitdiktator Baschar al-Assad mit türkischer Unterstützung stürzte, ist Israels Rechte darauf fixiert, die Türkei könnte über Syrien zu einer Bedrohung für Israel werden. Außer scharfen Reden Erdoğan über den Völkermord Israels an den Palästinensern gibt es allerdings keinerlei Anzeichen dafür.

Darüber hinaus sind die Türkei und Israel die beiden engsten Verbündeten der USA in der Region. Die persönliche Beziehung Erdoğan zu Donald Trump ist fast so eng wie die von „Bibi“ Netanjahu zum US-Präsidenten.

Doch der israelische Ministerpräsident, der sich im Oktober einer Wahl stellen muss, scheint Trump zusehends zu nerven. Im Irankrieg stecken die USA in einer Sackgasse, den Plan Trumps zur Befriedung des Gaza-Streifens will Netanjahu nicht unter-

stützen, und jetzt zettelt er auch noch einen Konflikt mit der Türkei an. Trumps Botschafter in der Türkei und Syrien, Tom Barrack, stellte sich deshalb demonstrativ auf die Seite der Türkei und verurteilte die israelische Aggression gegenüber Syrien.

Erdoğan selbst sieht sich erst einmal gar nicht genötigt, auf Netanjahu zu reagieren. Er weiß, dass sein Einfluss in Syrien durch die andauernde israelische Aggression dem Land gegenüber eher noch zunimmt. Türkische Militärberater sind seit dem Sturz von Assad in Syrien aktiv, und gerade im Moment wird darüber gesprochen, ob Erdoğan seit der Machtübernahme al-Scharaas erstmals persönlich nach Damaskus reisen könnte.

Vor allem aber antwortet Erdoğan auf Netanjahus aggressive Politik mit Diplomatie. Am 7. August wurde in Saudi-Arabien der Mekka-Pakt unterzeichnet, ein Verteidigungsbündnis zwischen Pakistan, Saudi-Arabien und der Türkei. Seitdem wirbt Erdoğan intensiv dafür, dass Ägypten ebenfalls dem Pakt beitrifft. Das wäre die gewünschte Antwort der Türkei auf Netanjahus Drohungen.



Gute Miene zum bösen Spiel: Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa und Simbabwe-Präsident Emmerson Mnangagwa während des SADC in Durban Foto: Jairus Mmutle/GCIS/reuters

Südafrika will Geld von den Herkunftsländern

Länder, in die Südafrika „illegale“ Migranten deportiert hat, sollen die Kosten dafür tragen. Ausländerfeindliche Gruppen planen derweil schon neue Aktionen für September

Aus Johannesburg
Tintswalo Baloyi

Nachdem über 160.000 afrikanische Migranten in den vergangenen Monaten Südafrika wegen der grassierenden ausländerfeindlichen Gewalt verlassen haben, verlangt Südafrikas Regierung jetzt Geld von Ländern, in die sie illegal eingereiste Migranten zurückgeschickt hat.

Das kommt ausgerechnet in der Woche, in der Südafrika Gastgeber des Staatengipfels der südafrikanischen Regionalgemeinschaft SADC (Southern Africa Development Community) in Durban gewesen ist und die rotierende SADC-Präsidentschaft übernommen hat. Und auf einem Südafrika-Simbabwe-Wirtschaftsforum in Johannesburg am Freitag will Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern vertiefen.

Südafrika verlangt von Äthiopien, Malawi, Mosambik, Nigeria und Simbabwe zusammen 292 Millionen Rand (etwas über 15 Millionen Euro) für die Kosten von Deportationen in diese Länder: Busse, Nahrungsmittel, Überstunden, Betriebskosten der temporären Deportationszentren Lindela nahe Johannesburg und Musina an der Grenze zu Simbabwe, über die rund 82.000 Menschen Südafrika im Rahmen der von ausländerfeindlichen Gruppen an alle „illegalen“ Migranten gesetzten

Ausreisefrist des 30. Juni das Land verlassen hatten.

Eigentlich hatten Herkunftsländer der Migranten Entschädigung von Südafrika verlangt, da ihre Bürger ihr Auskommen in Südafrika verloren haben und nach der Rückkehr in ihre Heimatländer auf staatliche Unterstützung angewiesen waren. In mehreren Fällen hatten Südafrikaner Unternehmen im Besitz von Zuwanderern geplündert und gewaltsam übernommen. Ein südafrikanischer Minister hatte sogar behauptet, Nigerianer in Südafrika würden ein Drogenkartell führen.

Dass nun stattdessen Südafrika Geldforderungen stellt, nennt Südafrikas Innenministerium eine notwendige Maßnahme, um „unvorhergesehene und unvermeidliche“ Kosten zu decken, die seinen Haushalt gesprengt hätten. Aber „dass Herkunftsländer von Migranten für die Rückkehr von Staatsbürgern zahlen sollen, die durch Ausländerfeindlichkeit vertrieben wurden, wird als gefühlskalte Schikane empfunden“, sagt ein südafrikanischer Kommentator.

Viele afrikanische Regierungen stünden unter enormem Druck, sich stärker um die Sicherheit ihrer Diaspora zu kümmern, sagt der nigerianische Politikexperte Aura Ibrahim. Sie verlangen daher von Südafrika, Opfer ausländerfeindlicher Übergriffe und Vertreibungen zu entschä-

digen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. „Diesen Regierungen im Gegenzug eine fette Rechnung zu schreiben, fügt dem Streit um die Sicherheit von Migranten einen ökonomischen Streit hinzu, was dem Ziel panafrikanischer Solidarität widerspricht“, sagt er.

Ghanas Regierung, die die Vertreibungen aus Südafrika auf die Agenda der Afrikanischen Union (AU) gesetzt hat, hofft auf eine diplomatische Mäßigung, indem beide Seiten auf ihre Forderungen verzichten. „Ghana hat keine finanzielle oder materielle Unterstützung von Südafrika erbeten, um unsere Landsleute nach Hause zu holen, also wird Ghana auch auf keiner südafrikanischen Liste von Ländern landen, von denen Südafrika eine Kostenersatzung für Repatriierungen verlangt“, hoffte Außenminister Samuel Okudzeto Ablakwa.

Auf dem SADC-Gipfel in Durban musste Präsident Ramaphosa vor diesem Hintergrund einen Balanceakt meistern. „Als Südafrikaner sind wir tief besorgt und schämen uns dafür, dass Bürger anderer Länder in den letzten Monaten Diskriminierung und Misshandlung erleiden mussten“, sagte er auf dem Gipfel. „Die kriminellen Handlungen einiger weniger widersprechen dem SADC-Grundsatz der Solidarität. Wir können nicht auf Gipfeln Einheit predigen und auf der Straße Exklusion praktizieren.“

Aber auf der Straße in Durban demonstrierten pünktlich zum SADC-Gipfel 300 Südafrikaner und forderten die angereisten Staats- und Regierungschefs des südlichen Afrika auf, ihre Landsleute zurückzunehmen. Organisiert hatte den Aufmarsch unter dem Motto „It’s Time To Fetch Your People“ (Es ist Zeit, dass ihr eure Leute holt) die militante ausländerfeindliche Gruppe March and March, die bereits zum 30. Juni alle „papierlosen“ Ausländer zur Ausreise aus Südafrika aufgefordert und Massenaufmärsche gegen Migranten organisiert hatte.

Die Gruppe setzt nun eine neue Frist bis 30. September, um die Deportationen zu vollenden. „Die Bewegung ist zuversichtlich und befindet sich in einer strukturell besseren Position als am 30. Juni, um die Mutter aller nationalen Aktionstage gegen illegale Ausländer in Südafrika zu lancieren“, sagte March-and-March-Sprecher Sandile Dube im Hinblick auf den 30. September.

Zum Gipfelaufakt meldeten die südafrikanischen Behörden die Festnahme von zwei Kongolesen und einem Simbabwe, die sich unerlaubten Zugang zum Gipfelort verschaffen wollten. Die Kongolesen werden nun wegen Identitätsdiebstahl und Betrug angeklagt. Der Simbabwe, der sich als Artist ausgegeben hatte, wird zusätzlich der illegalen Einreise beschuldigt.

hitzschlag

Wie eine US-Wüstenstadt die Hitze bekämpft

Phoenix in Arizona gilt als die heißeste Großstadt in den USA. Seit die Stadt einen eigenen Hitzebeauftragten hat, sinkt die Zahl der Hitzetoten

Aus Washington **Hansjürgen Mai**

Hitzewellen und Temperaturen von über 45 Grad Celsius sind in der amerikanischen Wüstenstadt Phoenix keine Seltenheit. Die größte Stadt im US-Bundesstaat Arizona gilt als die heißeste Großstadt in den USA. Im Sommer beträgt die durchschnittliche Temperatur mehr als 34 Grad und an mehr als 100 Tagen im Jahr zeigt das Thermometer über 100 Grad Fahrenheit (ca. 38 Grad Celsius) an.

Da Phoenix in der heißen Sonora-Wüste liegt, war Hitze schon immer ein Problem für die 1881 gegründete Stadt. Doch in den vergangenen Jahren haben die Hitzewellen deutlich zugenommen. Erreichten die Höchsttemperaturen zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch an weniger als zehn Tagen im Jahr 110 Grad Fahrenheit (ca. 43 Grad Celsius), stieg die Anzahl der heißen Tage in den vergangenen Jahren deutlich an. Im Rekordjahr 2024 wurden 110 Grad Fahrenheit oder mehr an 70 Tagen gemessen.

Außerdem sind auch die nächtlichen Tiefsttemperaturen angestiegen, was den Menschen zusätzlich zu schaffen macht. Leider sterben in Maricopa County, dem Landkreis zu dem Phoenix gehört, aufgrund dieser Begebenheiten jedes Jahr Hunderte Menschen an den Folgen der Hitze. Die Stadt mit über 1,6 Millionen Einwohnern hatte sich deshalb im Jahr 2021 dafür entschieden, als erste amerikanische Großstadt eine Abteilung zur Hitzebekämpfung zu schaffen. David Hondula, ein Klima- und Gesundheitsforscher an der Arizona State University, leitet das Referat seit dessen Gründung als Hitzebeauftragter der Stadt.

Das Ziel des Referats ist es, die Zahl der hitzebedingten Todesfälle und Erkrankungen zu reduzieren, die Stadt abzukühlen und sie langfristig lebenswerter zu gestalten. Nachdem der Landkreis im Jahr 2023 noch 645 Hitzetote gezählt hatte, ist die Zahl im vergangenen Jahr auf 405 gefallen. Experten sagen, dass die neue Abteilung mit ihren bisherigen Maßnahmen zu diesem Rückgang beigetragen habe.

„Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass das Thema Hitzebekämpfung präsent ist, wenn Entscheidungen getroffen, Haushalte aufgestellt und politische Maßnahmen geprüft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die hitzerelevanten Aspekte der jeweiligen Initiative oder Richtlinie angemessen berücksichtigt werden – wobei wir diese natürlich gegen die vielen anderen Interessen abwägen müssen, mit denen sich Städte ebenfalls auseinandersetzen müssen“, erklärt Hondula die Aufgabe des Referats in Gespräch mit taz.

Ein Fokus von Hondulas Team liegt auf der Ausweitung des Zugangs zu klimatisierten Einrichtungen, da vor allem arme Menschen und Obdachlose unter den Hitzetoten zu beklagen sind. Für Bedürftige gibt es auch ein Programm zum kostenlosen Erwerb oder der Reparatur von Klimaanlage. „Wir bieten die einzige rund um die Uhr geöffnete Hitze-Zufluchtsstätte in ganz Arizona an“, sagte er. Phoenix hat auch in öffentliche Wasserstationen und Bäume investiert. Allein für 60 Millionen Dollar sollen bis zum Ende des Jahrzehnts 27.000 neue Bäume gepflanzt und über 500 Schatteneinrichtungen gebaut werden.

Studien haben gezeigt, dass Bäume, Sträucher oder auch hohe Gräser die Erd- und Lufttemperatur tatsächlich senken können. Sie spenden nicht nur Schatten, sondern sorgen durch Verdunstung auch dafür, dass die Temperaturen in Gebieten mit Bepflanzung durchschnittlich mehr 1,5 Grad niedriger sind als in denen ohne.

„Wir müssen die Stadt im Blick haben, in der unsere Kinder und Enkel leben werden – um sicherzustellen, dass wir heute sinnvolle Investitionen tätigen“, sagte Hondula. Es braucht zum einen sofortige Lösungen, damit die Menschen im Notfall einen klimatisierten Zufluchtsort haben, gleichzeitig muss sich die Stadt aber so verändern, dass sie auch in 20, 30 Jahren noch immer lebenswert ist.



Unter Schlammmassen begraben

Beim Einsturz einer Goldmine in der Zentralafrikanischen Republik werden mehr als 100 Menschen unter Massen von Schlamm begraben. Die Zahl der Toten ist noch unklar

Aus Kampala **Simone Schlindwein**

Entlang der Grenze zwischen der Zentralafrikanischen Republik und Kamerun ist am Dienstag eine Goldmine eingestürzt, dabei wurden mehr als hundert Menschen verschüttet. Die endgültigen Todeszahlen seien noch immer nicht bekannt, berichten Hilfsarbeiter und Behörden vor Ort, da die Bergungsmaßnahmen noch immer andauerten, so die Angaben von Mitarbeitern des Roten Kreuzes vor Ort.

Handyvideos, die in den sozialen Medien viral gingen, zeigen das ganze Ausmaß der Katastrophe: Darauf sieht man Tausende junge Männer, einige womöglich noch Kinder, in einer gewaltigen Grube knietief im Matsch stehen, um per Hand das Gold auszuwaschen. Plötzlich rutscht eine Schlammlawine den Hang hinab und begräbt diejenigen, die in der Senke der Grube stehen. Im Hintergrund hört man panische Schreie.

Die Goldmine liegt in der Gegend rund um den Ort Zamboye, knapp 50 Kilometer entfernt von der Kleinstadt Baboua in der Zentralafrikanischen Republik. Von Baboua sind es rund 50 Kilometer auf der Überlandstraße bis an die Grenze zu Kamerun – einer wichtigen Lebensader und Handelsroute für das zentralafrikanische Land.

Der Goldabbau findet in der Zentralafrikanischen Republik noch immer weitestgehend manuell statt. Mit Spitzhacken und Schaufeln graben junge Männer ohne genügend Schutzausrüstung und Sicherheitsvorkehrungen Löcher in die Erde und heben Tunnel aus. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft von Baboua, die nun Ermittlungen eingeleitet hat, seien zunächst die unterirdischen Tunnel eingestürzt und hätten dadurch den Erdrutsch verursacht. Die Regenzeit setzt langsam in der Region ein und weicht die Erde auf. Im Juni war bereits in der nahe gelegenen Ortschaft Be-Mbari eine Gold-

mine eingestürzt, dabei wurden Dutzende Menschen verschüttet.

Unter den Toten und Verschütteten in Zamboye seien auch Männer aus dem benachbarten Kamerun, so Grégoire Mvongo, Gouverneur der angrenzenden ostkamerunischen Region. Gegenüber dem kamerunischen Radiosender CRTV stellte er klar, dass man „in enger Zusammenarbeit mit unseren zentralafrikanischen Kollegen daran arbeitet, die Folgen dieser Tragödie zu bewältigen“.

Zentralafrikas Goldreserven stehen derzeit hoch im Kurs. Auf der Suche nach einem Einkommen lockt der hohe Goldpreis arbeitslose Bevölkerung in Massen in die Gruben. Aufgrund des hohen Goldpreises auf dem Weltmarkt bemühen sich die russischen Söldner der Gruppe Wagner, die in der Zentralafrikanischen Republik stationiert sind, um die völlige Kontrolle des offiziellen aber auch des informellen Goldexports.

Laut des jüngsten Berichts der Global Initiative against Transnati-

onal Organized Crimes (GI-TOC), ein Thinktank, der grenzübergreifende, organisierte Kriminalität unter die Lupe nimmt, wurden 2025 rund sieben Tonnen Gold offiziell ausgeführt, fast die dreifache Menge als im Jahr zuvor.

Die Russen haben jüngst in zahlreichen Goldgruben des Landes angefangen, das Edelmetall auch industriell zu fördern. In anderen Regionen kauft Wagner Gold von Schürfern. Diese waschen das Gold per Hand aus und verkaufen es dann an die Goldeexportfirma Sigma Gold.

Die Firma fliegt große Mengen Gold offiziell mit russischen Flugzeugen weiter nach Dubai aus, wo das Gold eingeschmolzen wird. „In unserer Analyse sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Russen zwar in alle Sektoren investiert haben“, so Ruben de Koning, Autor des oben genannten Berichts, gegenüber der taz. „Aber letztendlich scheint der lukrativste Sektor der Goldsektor zu sein.“



debatte

Wahrhaft wehrhaft

Mit „Gewaltromantik“ hat die linke Militanzdebatte wenig zu tun. Es braucht eine Zivilgesellschaft, die Minderheiten notfalls auch mit ihrem Körper verteidigt

Einmal mehr wird derzeit die alte Frage diskutiert, ob und wann gewalttätiger Widerstand gegen rechts legitim ist. Als „linke Gewaltromantik“ tat Andreas Petrik, Professor für Politische Bildung an der Martin-Luther-Universität Halle, an dieser Stelle zuletzt Überlegungen zur Militanz ab und warb für eine scharfe Abgrenzung von Gewalttäter:innen, eine „linke Seite der Brandmauer“.

Es geht darum, einen rechtsradikalen Umsturz abzuwenden, nicht aktiv einen linksradikalen herbeizuführen

Entzündet hatte sich die Debatte am Song „Keine Angst“ von Danger Dan, von „Antifa-Romantik“ war dabei schon zuvor in der taz die Rede. Die Romantik-Metapher impliziert Spinereien und Träumereien, eine Verklärung der Wirklichkeit, sie legt nahe, mit gewalttätigen Mitteln sollten revolutionäre Umsturzphantasien linker Gruppen durchgesetzt werden.

Mit Romantik aber hat all das wenig zu tun. Gegenwärtig geht es in erster Linie darum, einen rechtsradikalen Umsturz abzuwenden, nicht aktiv einen linksradikalen herbeizuführen. Mehr antifaschistische Reaktion als Aktion also.

Wenn wir uns an den Anfang der Debatte – Danger Dan – erinnern, so weist die erste Strophe des Lieds direkt darauf hin: „Wir können darauf warten, dass sie in den Parlamenten / Und auf der Straße erstarken, bevor wir sie bekämpfen / Und wir warten, warten, warten, das ist erstmal bequemer / Es geht uns trotzdem an den Kragen, nur halt etwas später.“

Es ist ja eher die Ohnmacht, die einen dazu bringt, Gewalt als letztes Mittel ins Feld zu führen. Denn der Hass erreicht Höchststände dieser Tage in Deutschland, insbesondere der gegen vulnerable Gruppen, gegen Migrant:innen, Jüd:innen, Queers, Frauen.

Die Pegel kann man unter anderem an den aktuellen Zahlen des BKA ablesen: Insgesamt 42.544 rechtsextreme Straftaten, 2.070 queerfeindliche Straftaten (doppelt so viel wie vor drei Jahren) und 6.548 antisemitische Delikte (mehr als doppelt so viel wie vor drei Jahren) hat das BKA für das Jahr 2025 gezählt, die Zahl der misogynen Gewalt stieg zuletzt um 73 Prozent.

Das ist die gesellschaftspolitische Gemengelage, in die Andreas Petrik seinen Text platzierte. Einem seiner Hauptargumente, politischer Widerstand werde „erst dort legitimierbar, wo demokratische Strukturen systematisch beseitigt werden“, ist dabei absolut zuzustimmen – umso mehr verwundert es aber, dass der Text insgesamt suggeriert, in Deutschland seien wir von solchen Verhältnissen meilenweit entfernt oder gar vor ihnen gefeit.

„Politische Gewaltakte sind (...) stets Teil eines Interaktionsgeschehens, das einerseits durch nichtlineare und zirkuläre Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Akteur:innen

geprägt ist“, heißt es so richtig in einer Publikation der Bundesfachstelle Linke Militanz. Die Akteur:innen, das sind hier die gewalttätigen Rechtsextremen auf der Straße; das ist die AfD und ihre perfide und leider erfolgreiche Strategie, die Hemmschwelle für verbale und physische Gewalt immer weiter herunterzuschrauben; das sind aber auch Teile der Konservativen, die beim schrittweisen Absenken jeglicher Anstandsgrenzen mitwirken.

Dazu kommt noch eine mediale Öffentlichkeit, die – siehe die Diskussion um den Spiegel-Titel – eine gewisse Angstlust bedient und so die Marke AfD stärkt. In diesem Gesamtsetting ist es wenig überraschend, dass auch linke Gewalt sprunghaft steigt. Natürlich besteht immer die Gefahr der Gewaltspirale, die Furcht davor ist berechtigt.

Es gibt aber – auch angesichts der eingangs zitierten Zahlen – berechtigte Zweifel, ob der Staat seinen Schutzpflichten gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten so nachkommen kann, wie er es sollte. Kennt nicht jede:r von uns eine marginalisierte Person, die bestimmte Landstriche in Deutschland lieber meidet?

Rassistisches Handeln wird normalisiert, bagatellisiert, geduldet. Und so wie vulnerable Gruppen in den Neunzigern froh sein konnten, dass mancherorts in (vor allem) ostdeutschen Landstrichen immerhin noch die Antifa zugegen war, so kann man auch heute in solchen Fällen auf eine wahrhaft wehrhafte Zivilgesellschaft hoffen.

Es ist deshalb auch unangebracht zu behaupten, potenzielle linke Gewalttäter:innen würden „nach alter RAF-Manier den Ausnahmezustand“ vorwegnehmen. Angesichts solcher Argumente könnte man glauben, es drohe keine AfD-geführte Landesregierung. Schwarz-Rot sei dem Rechtsruck nicht einigermmaßen hilflos ausgeliefert und es hätte die autoritäre Wende in anderen Ländern nicht längst gegeben. Die Gewalt ist lange schon überall.

Die Exekutive eines Bundeslands könnte bald in AfD-Hand sein. Insofern ist es zwingend, sich mit Widerstandsformen – notfalls auch gewaltförmiger Natur – auseinanderzusetzen. Denn die Szenarien in Sachsen-Anhalt (und anderswo) sind völlig ungewiss. Es ist weder gesagt, dass Polizist:innen und Beamte:innen sich verfassungswidrigen Anordnungen widersetzen werden, wie Sven Hüber, Vizechef der Gewerkschaft der Polizei, es fordert. Noch ist gesagt, dass man eine eskalierende Lage in dem Bundesland von Seiten des Bundes schnell unter Kontrolle bekäme.

In diesem Kontext ist die Debatte über linke Gewalt zu lesen. Danger Dans Song kann so auch als Weckruf und nicht als Aufruf zur Gewalt verstanden werden. Eine Brandmauer brauchte es zur RAF, aber nicht zu jenen, die heute versuchen, Schwächere zu schützen und dafür bereit sind, Grenzen zu überschreiten. Ab wann organisierter gewalttätiger Widerstand legitim ist, bleibt dennoch eine sehr schwer zu beantwortende Frage. Doch wo fortdauernd eine neue, etwas rechtere Normalität erschaffen wird, müssen wir sie uns täglich neu stellen.



Jens Uthoff ist Redakteur im Ressort wochentaz. Er schreibt vor allem über Literatur-/Kulturthemen und beschäftigt sich mit der Geschichte und Politik Osteuropas.

Klaus Hillenbrand zum AfD-Nazi-Vergleich von Charlotte Knobloch

Nicht die NSDAP

Das Programm legt sich fest: „Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern“, steht dort, aber auch: „Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung.“ Wer nun meint, solche Sätze entstammten dem AfD-Programm, irrt. Die Sätze finden sich im Programm der NSDAP von 1920. Da ist von der Vernichtung der Juden oder der Abschaffung der Demokratie nicht die Rede. Die Partei gab sich pflegeleicht wie eine Kuschecke.

Charlotte Knobloch, die Grande Dame der deutschen Juden, hat die NSDAP mit der AfD verglichen. Sie sehe „in vielen Bereichen keinen Unterschied mehr zur NSDAP, bevor diese an die Macht gekommen ist“, sagte sie. Sie verhängt damit das denkbar stärkste Urteil über die AfD.

Doch ob dieser Vergleich weiterhilft, ist fraglich. Die Tabuisierung der Rechtsextremen hat lange funktioniert, es gelang keiner Partei, in der Nachkriegsdemokratie Fuß zu fassen. Doch heute ist „Nazi“ in manchen Kreisen kein Schimpf-

wort mehr. 80 Jahre nach Kriegsende umgibt ein Schleier des Vergessens das Verbrecherregime. Mit einer Tabuisierung lässt sich der Faschismus der 2020er-Jahre nicht mehr bekämpfen.

Vor allem aber: Der Vergleich funktioniert nicht richtig. Knobloch hat über die Frühzeit der NSDAP gesprochen, und dort hat sie nur teilweise recht. Die AfD steht weder auf den Uniform-Fetischismus der Alt-Nazis noch huldigt sie dem Führerprinzip. Ja, es gibt auch Ähnlichkeiten, an erster Stelle das völkische Denken. Doch hängen bleibt nur der Vergleich AfD und NSDAP. Und der ist falsch. Es wäre eine Verharmlosung der NS-Herrschaft, unterstellte man der AfD eine ähnliche Politik wie Adolf Hitler ab 1933. Das hat Knobloch nicht getan. Aber so bleibt es hängen.

Nazi-Vergleiche helfen bei der Bekämpfung der AfD nicht weiter. Sie helfen überhaupt nicht weiter. Denn was die Nazis getan haben, bleibt ein unvergleichliches Verbrechen.

Gereon Asmuth über den Hitzetoten-Streit

Fatale Debatte

Endlich wird über die Zahl der Hitzetoten debattiert. Rund 14.000 Menschen, so schätzte das Robert-Koch-Institut (RKI) in seinem neuen Wochenbericht am Donnerstag, sind in diesem Sommer durch die vom Klimawandel verstärkten Hitzewellen vorzeitig ums Leben gekommen. Fast 10.000 allein an den wenigen Tagen Ende Juni, als republikweit die Temperaturrekorde gebrochen wurden.

Das sind, nur um mal die Dimension begreiflich zu machen, zehnmal mehr als durch den Mauerbau, an den kürzlich erinnert wurde, und die innerhalb von 29 Jahren starben. Dreimal mehr, als durch den Terroranschlag 2001 in New York ums Leben kamen, dessen 25. Jahrestag im September begangen wird. Aber 10.000 Tote in ein paar Tagen in Deutschland? Die lassen das Land bisher seltsam unberührt.

Deshalb sollte man froh sein, dass führende Medizinpolitiker mit ein wenig Zahlenkritik jetzt die Diskussion anheizen. So hat nun Ex-SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach darauf hingewiesen, dass die

RKI-Zahlen auf einer konservativen Schätzung beruhen – und tatsächlich wohl ein paar Tausend Opfer mehr zu beklagen sind.

Die Kritik ist angebracht. Dummerweise könnte sie für die gesamtgesellschaftliche Debatte dennoch fatal sein: Denn die Zahlen des RKI werden von den Berufsignoranten von extrem rechts bis in die Mitte der Gesellschaft ohnehin schon infrage gestellt. Weil es sich themenbedingt um Modellrechnungen und Analysen der statistischen Übersterblichkeit handelt, die vielen schwer nachvollziehbar erscheinen, stehen den Zweiflern Tür und Tor offen. Wenn nun noch berechnete Kritik von kompetenter Seite hinzukommt, droht die Glaubwürdigkeit der RKI-Zahlen endgültig zu zerbröseln.

Dabei müssten sie Grundpfeiler sein für eine erbitterte politische Anklage der Bundesregierung bis hoch zum Bundeskanzler. Denn Friedrich Merz ist und bleibt, was Hitzewellen und Klimakatastrophen betrifft, ein nichtssagender Typ.

Gunnar Hinck über einen Vorstoß von Stefanie Hubig

Politik-Simulation

Sie, liebe MedienkonsumentInnen, haben es sicherlich schon vergessen: SPD-Fraktionschef Matthias Miersch hat Facharzttermine für KassenpatientInnen innerhalb von drei Wochen gefordert. Denn lange Wartezeiten seien nicht gerecht gegenüber privat Versicherten. Oder das hier: CSU-Bundesinnenminister Dobrindt hat einen verpflichtenden Zivilschutz an Schulen gefordert, denn, so Dobrindt: „Vorsorge schafft Sicherheit.“

Die zwei Wortmeldungen stammen aus Medieninterviews von diesem März. Es sind die bei NachrichtenredakteurInnen gefürchteten und zugleich beliebten „PolitikerIn x fordert y“-Nachrichten. Beliebt, weil sie über eine nachrichtenarme Zeit hinweghelfen, gefürchtet, weil sie in den meisten Fällen eben nur eine Wortmeldung sind und allermeistens verpuffen.

Ähnlich in baldige Vergessenheit zu geraten droht der aktuelle Vorstoß von SPD-Justizministerin Stefanie Hubig, die mehr Rechte von Mietern bei Hitzeschutzmaßnahmen fordert: Klimaanlagen oder

Markisen sollen sie, anders als jetzt, ohne Genehmigung des Vermieters installieren dürfen. Ein nachdenkswerter Vorschlag, nur führt das „Fordern“ via Medien dazu, dass sich der Koalitionspartner oder Interessengruppen, in diesem Fall die Hauseigentümer, reflexhaft darauf einschließen können.

Strategisch klüger wäre es, erst einmal im Stillen die Handlungsspielräume mit dem Koalitionspartner und eben jenen Interessengruppen auszuloten. Es kann sein, dass das Thema bei der nächsten Kabinettsklausur auf der Tagesordnung kommt – doch ist das Thema nun bereits öffentlich zerredet worden.

Die Praxis, irgendwelche Vorschläge über die Medien zu lancieren, ist meistens nicht Politik, sondern Politikinszenierung; Hauptsache, man zeigt – oder simuliert – Tatkraft. PolitikerInnen sollten mit dieser Methode sparsamer umgehen – und JournalistInnen ihre Instrumentalisierung durch die Politik mehr hinterfragen.

taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere.

Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit **Klaus Walter**.

taz hören!

freitags 17–18 Uhr

taz mixtape

auf ByteFM

talkshow

Wer schläft, produziert nicht

Je mehr man ihn will, desto mehr entzieht er sich: Der Schlaf ist so rätselhaft wie unersetzlich. Und gar nicht wenige machen ein Geschäft daraus

Von Valérie Catil

Angola, Armenien, Antigua und Barbuda. Im Internet habe ich nachgelesen, dass es helfen soll, das Hirn noch einmal anzustrengen, wenn man im Bett liegt, damit es schneller einschläft.

Benin, Bolivien, Bahrain, Botswana. Also gehe ich das Alphabet durch und nenne alle Länder, die mir zu den jeweiligen Buchstaben einfallen. Chile, Côte d'Ivoire, Comoros. Noch bevor man am Ende ankommt, soll man eingeschlafen sein, hieß es. Djibouti.

Allerseltenst erreiche ich acht Stunden Schlaf die Nacht, meistens sind es unter sieben. So ist das bei knapp 40 Prozent der Deutschen unter der Woche, wie eine neue Befragung des Robert Koch-Instituts zeigt. Am Wochenende, wenn vor allem jüngere Betroffene den verpassten werktäglichen Schlaf aufholen, schlafen noch knapp 23 Prozent der Befragten weiterhin zu wenig.

Weniger als sieben Stunden Schlaf, schreibt das RKI weiter, können krank

machen. Es gebe ein erhöhtes Risiko für Bluthochdruck, Adipositas, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Angstzustände und Depressionen.

Allein deswegen sollten es Schlaflose ernst nehmen, wenn sie zu früh aufwachen, nicht ein- oder durchschlafen können. Die Perversion der Schlaflosigkeit ist allerdings: Allzu sehr ernst nehmen sollte man sie auch nicht.

Also, schnell wieder vergessen, die RKI-Zahlen und möglichen Krankheiten. Denn wenn ich damit anfangе, tagsüber schon darüber nachzudenken, wie wohl die Nacht wird, wenn ich das Problem als solches betrachte, wenn die Obsession beginnt, und die kommt bei Insomnie schnell, dann ist sicher, dass die Nächte noch kürzer werden.

Schopenhauer nannte jedes Aufwachen und Aufstehen ein kleines Leben, und jedes Zubettgehen und Einschlafen einen kleinen Tod. Schlaf ist mysteriös. Und wenn man ihn nicht bekommt, seinen kleinen Tod, ist das Aufwachen kaum mehr ein Leben. Dann wird Schlaf zu einem Monster, das sich

vor einem auftürmt, das man, egal wie sehr man kämpft, nicht bezwingen kann. Im Gegenteil, das Kämpfen macht es schlimmer.

Vermutlich ist es das, dieses Ungreifbare und Widersprüchliche am Schlaf, das ihn so kompliziert macht. Je mehr man ihn will, desto mehr entzieht er sich einem. Schlaf als zu erbringende Leistung zu betrachten, ihn einzugliedern in die kapitalistische Selbstoptimierungslogik, ist deshalb genau der falsche Weg.

Das Geschäft mit dem Schlaf ist profitabel. Der globale Schlafmarkt – ein abscheuliches Wort – beträgt schätzungsweise 600 Milliarden US-Dollar. Dazu gehören unter anderem Uhren, die Schlafphasen analysieren, Schlaf-tourismus, messfähige Matratzen, zeitgesteuerte Lichter oder Smart-Thermostate, wie World Finance berichtet.

Dahinter steckt die Idee: Wenn ich schlecht schlafe, kann ich nicht mithalten. Von diesem Gedanken darf man sich nicht anstecken lassen – abgesehen davon, dass er aufreibend

und nicht sehr schlafförderlich klingt. Stattdessen sollte man seinen Schlaf in Ruhe lassen und sich freuen: Hier bin ich nutzlos, erträume seltsame Welten, trage zu nichts etwas bei. Dieses Drittel des Tages, so qualvoll der Weg dahin sein kann, gehört mir allein.

Um die Qual dennoch ein bisschen zu mindern, ein paar unspektakuläre Erkenntnisse: Das Alphabetspiel funktioniert am Anfang, strengt mich jetzt aber kaum mehr an, zu oft bin ich bei Z angekommen.

Was hilft, ist, aus dem Zubettgehen ein Ritual zu machen, von dem man nicht abweicht. Eine Dehnübung, ein Tee und ein Buch etwa. Notfalls eine Melatonin-tablette schlucken – nicht, weil sie tatsächlich wirkt, sondern als Teil des Rituals. Bildschirme um jeden Preis vermeiden.

Und am wichtigsten: es zu akzeptieren, wenn all das nicht funktioniert. Vielleicht sogar dankbar sein für den kleinen nächtlichen Widerstand gegen die sonst allgegenwärtige Produktivität. Zimbabwe und Zambia.

Die regressive Frau

Solange Frauen keine kritische Weiblichkeit etablieren, bekommen Männer immer einen Fuß in die Tür. Den abzuhacken, hilft nicht gegen die Ohnmacht

Von Clara-Sophia Müller

Männer an die Wand!“, schreien mich die roten Lettern neben linken Plakaten, Stickern und Graffiti-Tags an. Mit einem mulmigen Gefühl stehe ich in einem selbstorganisierten studentischen Raum vor der Parole.

Exekutionsfantasien waren lange ein No-Go in der Szene. Wächst parallel zur patriarchalen Gewalt gerade eine Gegengewalt, vor allem seitens junger Frauen heran? Die Influencerin Frau Löwenherz schlägt auf Instagram vor, Männer, die Deep-Fake-Pornos verbreiten, an den Zehen aufzuhängen und zu kastrieren.

Dagegen scheint der Twitter-Post von Jette Nietzard – damals Chefin der Grünen Jugend –, „Männer, die ihre Hand beim Böllern verlieren, können zumindest keine Frauen mehr schlagen“, geradezu brav. Mittelalterliches Lynchen ist popfeministisch in.

Zu Recht! Möchte frau angesichts der Kriminalstatistik meinen. 2025 waren 91,3 Prozent der Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung weiblich. Mit Todesfolge stieg diese Zahl um 8,5 Prozent zum Vorjahr. Die erfassten Vergewaltigungen stiegen seit 2018 um ganze 71,7 Prozent. Der Fall Gisèle Pelicot, die Debatten um Collien Fernandes, Femizide, Incel-Attentate, Vergewaltigungsnetzwerke: Fast jeden Tag versucht ein Mann, seine Partnerin zu töten.

Da ist es verständlich, sich aus der Ohnmacht heraus ermächtigen zu wollen. Nach der Scham muss jetzt auch die Macht die Seiten wechseln. Drehen wir die Bedingungen des Gewaltpatriarchats einfach mal um und beanspruchen die Rechte der Männer für uns.

Wenn das in der Praxis so klappt und Frauen tatsächlich frei machen würde. Lynch- und Racheaufrufe sind jedenfalls kein Anfang, sondern eine Bankrotterklärung an die Emanzipation. Sie zeigen, dass die Unterdrückten oft noch im Akt der Befreiung in das Ideal der ihnen verwehrten Macht verliebt sind.

Mit diesen Worten richtet die feministische Psychoanalytikerin Jessica Benjamin in die „Fesseln der Liebe“ ähnlich wie die Philosophin Svenja Flaßpöhler unseren Blick auf die andere Seite der Herrschaft: auf die weibliche Unterwerfung und unsere Handlungsspielräume.

Das Kernproblem – zumindest im konkreten Moment – ist nicht der einzelne Mann, der uns die Fesseln der Hassliebe um den Hals legt, und ob er sie gerade an-



oder entspannt. Das Kernproblem sind die Fesseln selbst und unsere Position in ihnen. Ihr Halter tauscht sich durch den nächsten aus – ein leidvolles Beziehungsmuster vieler Frauen.

Die Schlüsselfrage ist, wo lassen wir Männern die Chance, uns die Fesseln anzulegen, bevor sie diese zuziehen können? Wo lassen wir ihnen die Chance, uns zu besitzen? Wo bieten wir uns psychologisch, sexuell und finanziell proaktiv dazu an? Und welche gesellschaftlichen Bedingungen drängen uns dazu?

„Der Herr wird erst durch die Chance der Anerkennung und Durchsetzung seiner Macht beim Knecht zu selbigem“ (Benjamin). Und dem körperlichen Besitz geht der psychische voraus.

Unbewusst und bewusst halten wir unseren Kopf hin: als sexualisierte Objekte bei OnlyFans, als mütterlich aufopferungsvolle Frau, die finanzielle Unabhängigkeit und Bildung für die Familie hergibt. Wir machen uns selbst zu Opfern. Zur Ware in Dating-Apps, zur kostenlosen The-

rapeutin, Putzfrau, Köchin und zur Tradwife. Da ist es nur natürlich, dass wir den Unterdrücker hassen müssen. „Männer alles Penner“, singt Ikkimel twerkend, während sie an ihrem neuen OnlyFans-Account arbeitet. Krankheitsgewinn könnte man das nennen.

Scheinbar ist es zu schmerzhaft, zu fühlen, wie patriarchale Machtverhältnisse uns schmackhaft gemacht wurden. Und wie erfolgreich diese leibliche Sozialisation war. Wer wird schon gern feucht bei einem misogynen Porno? Wer genießt lustvoll die Plüschfesseln, mit denen Mann uns ans Bett fesselt, die würgenden Hände um den Hals beim Sex? Viele! Solange wir aber noch Luft ins Gehirn bekommen, sollten wir uns fragen: Warum machen mich patriarchale Herrschaftsfantasien und Kontrolle geil? Warum stehe ich auf Bad Boys und Macker?

Solange wir um unserer selbst willen keine kritisch-feministische Weiblichkeit etablieren, die sich gegen unsere eigenen regressiven Bedürfnisse emanzi-

patorisch durchsetzen kann, wissen Männer insgeheim, dass sie doch noch einen Fuß in unsere Tür kriegen. Diese Tür muss zu.

Verschanzen, die Straßenseite wechseln oder uns verhüllen, müssen wir uns deshalb nicht. Wir sind doch kein schwaches FLINTA*-Geschlecht, das in Safe Spaces versauert. Kämpferinnen der kritisch-feministischen Weiblichkeit wissen sich zu verteidigen und die Gewalt konkret, emanzipatorisch und verhältnismäßig einzusetzen. Sie ästhetisieren Gewalt nicht und fantasieren sich nicht in die Unterdrückerposition hinein.

Immerhin: Der Punkt des Ausrufezeichens hinter dem Schriftzug „Männer an die Wand“ ist ein Herz. Steckt also doch etwas Sehnsucht nach Beziehung und Liebe im verzweifelten Strafbedürfnis? Zu Recht!

Denn Manon Garcia hat nie gesagt, wir sollten nicht mehr mit Männern leben, sondern gefragt, wie das geht. Dem Heterofatalismus entgegen ziehen wir also unseren Hals auch schnell wieder aus der popfeministi-

schen Schlinge der Askese. Aus ihr gucken wir sowieso nur in einen kalten „Sommer ohne Männer“ und in eine „Boy-Sober“-Zukunft ohne weibliches Begehren. Warum nicht gleich ein Chatbot als Freund?

Statt uns ein – oft zutreffendes – negatives Männerbild zu machen, sollten wir lieber eine konkrete und positive Vision einer Beziehung entwickeln. Einer Beziehung, in der es nicht um Macht, Ohnmacht oder gar Herrschaft geht, sondern um die gegenseitige Anerkennung zweier Subjekte. Denn weder realitätsferne Vernichtungsfantasien noch das abhängige Herumdoktern am Unterdrücker liegen in unserer Macht. Was wir tun – und mit wem – hingegen schon.

„Heute wieder meinen Freund unterdrücken“, grinst eine junge Frau auf Instagram in die Kamera und wackelt mit dem Hintern. Ihr Freund findet dieses Spiel mit seinen Fesseln sicherlich heiß. Doch wo bleibt ihre verdammte Schere? Nicht die für seinen Hals, sondern die, die ihre eigenen Fesseln durchtrennt.

„Wer genießt lustvoll die Plüschfesseln, mit denen Mann uns ans Bett fesselt, die würgenden Hände um den Hals beim Sex? Viele!“
Foto: polarica/getty images



Simone Dede Ayivi
Diskurspogo

Wer hier provoziert

Wer sieht was als Provokation? Wenn jemand ein Tiktok beginnt mit den unwahren, aber eindringlichen Worten „Ich darf nicht ins Schwimmbad, weil ich weiß bin“, kann man das als Provokation bezeichnen.

Eine Berliner CDU-Politikerin erzählt in ihrem Video, dass sie – oopsie, Zufall – genau dann im Volksbad planschen will, wenn das Becken vor der Volksbühne für einen Verein aus der Schwarzen Community reserviert ist.

Um das zu wissen, muss sie das Programm des Volksbads gesehen haben. Das heißt: Sie weiß, dass dort auch andere geschlossene Veranstaltungen stattfinden. Darüber spricht sie nicht. Sie nutzt die Möglichkeit, einen Aufreger gegen einen Event der Schwarzen Community zu produzieren und geht – das war vorhersehbar – damit viral.

Mit ihrem Video stachelt die Konservative einen rassistischen Mob auf, der schließlich eine Bedrohungslage verursacht, die zur Absage eines Schwimmbadnachmittags für Schwarze Kinder und Jugendliche führte. Die Provokation ist gelungen.

Kultursenator und Bürgermeisterkandidat Stefan Evers ignoriert das und sucht die Provokation an anderer Stelle. Zunächst muss festgehalten werden, dass Evers in seiner Funktion als Kultursenator darüber hätte aufklären müssen, dass die Inklusion von Gruppen, die vom bisherigen Theaterprogramm noch nicht gut erreicht werden und Maßnahmen zur Erschließung neuen Publikums zum Auftrag der Berliner Bühnen gehören.

Evers erwähnte auch nicht, dass solche Communityveranstaltungen durch das Landesantidiskriminierungsgesetz gedeckt sind. Stattdessen entscheidet er sich, darüber zu sprechen, dass Kunst provozieren dürfe.

Einen Schwimmbadausflug für Schwarze Kids als provokante Kunst hinzustellen, ist klassische Täter-Opfer-Umkehr und gleichzeitig ein fieses,

aber geschicktes Ablenkungsmanöver.

Wer provoziert, hat sich mitschuldig gemacht. So spielt die Provokations-erzählung rechte Gewalt herunter. Es wird suggeriert, die Volksbühne hätte den Hass bewusst miteinkalkuliert, ihn vielleicht sogar absichtlich heraufbeschworen. So wird dem Theater die Verantwortung gegeben und man muss sich nicht mit der Hetzkampagne beschäftigen, die von einem rechten Onlineportal ausging und an der sich die eigene Partei beteiligt hat. Man nimmt auch all diejenigen in Schutz, die gepöbelt und mit Gewalt gedroht haben: Die Leute sind ja gar nicht so rassistisch, sie haben sich einfach nur etwas schnell provozieren lassen.

Eine Auseinandersetzung damit, wie einfach sich immer mehr Menschen gegen Minderheiten mobilisieren las-

sen und welche verheerenden Auswirkungen solche rassistischen Kampagnen haben, bleibt dadurch aus.

Man geht auch der Diskussion aus dem Weg, wie Kultureinrichtungen und marginalisierte Gruppen zukünftig vor solchen Hasswellen geschützt werden können. Die Botschaft lautet: Provoziert einfach nicht, also zieht euch zurück. Erst mal aus der Kultur und sicherheitshalber vielleicht ganz aus dem Stadtbild.

Als Künstlerin bin ich enttäuscht von einem Kultursenator, der Kulturorte nicht aktiv schützt. Als Berlinerin möchte ich nicht von jemandem regiert werden, für den ein Badenachmittag für Schwarze Kids eine Provokation darstellt. Am 20. September können die Berliner*innen die CDU abwählen. Diese gute Nachricht hätte am Anfang stehen sollen.

Catherine
Christer
Hennix: „Topos
1–14“
(1974/2026)
Foto: Rafael
Jörger.
Courtesy
Badischer
Kunstverein,
Karlsruhe

Das Spiel mit Knoten und Schleifen

Von Volker Zander

Musik und Mathematik, Astronomie und Geometrie, einst im Mittelalter seien sie ein Quadrivium gewesen. Die Vierheit oder Vierwegigkeit der Wissenschaften, erklärte Catherine Christer Hennix dem kanadischen Kulturphilosophen Marcus Boon in einem Interview für sein Buch „The Politics of Vibration“ (2022).

Der Legende nach, so Hennix, sei der Sufi al-Farabi – Entdecker des 49. Obertons – von Bagdad nach Spanien gezogen und habe dort die Kunst und Praxis lang gehaltener Töne und den Kosmos ihrer Obertöne eingeführt. Musik wirkt in dieser Erzählung als universelles Kontinuum tonaler Mathematik – klingender, fühlbarer Ausdruck mathematischer Formeln und Verhältnisse.

Die mit dem Zirkel gezogene Fächerstadt Karlsruhe und mitten drin der Badische Kunstverein könnten kein passenderer Ort sein, um die 1948 in Stockholm geborene und 2023 in Istanbul verstorbene Mathematikerin, Komponistin, Dichterin, Künstlerin, Musikerin und Kosmopolitin Catherine Christer Hennix zu ehren.

Die Retrospektive „Cosmological Critique“ versammelt eine Vielzahl ihrer Werke, entstanden ab Mitte der 1970er-Jahre bis kurz vor ihrem Tod: Malereien, Texte, Oszillografien, Partituren und Skulpturen. Durch die hellhörigen Säle und Kabinette der Jugendstilvilla schweben zwei bassige Drone-Kompositionen.

Eine davon zieht Besucher:innen förmlich in den Gewölbekeller des Hauses, der mit Orientteppichen ausgelegt ist. Schuhe aus. Hinsetzen. Hinlegen. Sich an die Dunkelheit gewöhnen. Die einzige Lichtquelle bietet die Videoinstallation „Nur (For Marian Zazeela)“ (2003-2018): zwei blau-rot schimmernde, sich kaum merklich bewegende Zylinder-Isometrien, von einem Oszillografen gezeichnet.

„Nur“ ist Arabisch und bedeutet „Licht, Helligkeit“. Die Widmung gilt der New Yorker Künstlerfreundin und Wegbegleiterin Marian Zazeela und ihrer blau-rot leuchtenden Lichtkunst. In einer optischen Täuschung öffnen sich die zwei Zylinder mal nach oben, mal nach unten, aber auch sowohl nach

oben als auch nach unten oder nach unten als auch nach oben. Vier Ansichtsvarianten, zwischen denen das Auge hin- und herwechseln kann.

Begleitet von der Komposition „Soliton(e) Star“ (2003) mit einem lauten, aber durchwegs angenehm knatterigen Drone. Durch leichte Kopfbewegungen lassen sich benachbarte Obertöne isoliert wahrnehmen. Das Ohr kann von der einen stehenden Sinuswelle zur benachbarten springen und wieder zurück.

Wie Marcus Boon beschreibt, wohnte Hennix in einem solitär stehenden Hinterhaus in Berlin-Neukölln – sie hatte sich aus Amsterdam kommend um das Jahr 2000 herum in der deutschen Hauptstadt einer internationalen Sufi-Gemeinschaft angeschlossen –, tagein, tagaus begleitet von diesem Drone und umgeben von Stapeln mathematischer Abhandlungen, der fran-

Durch die hellhörigen Säle und Kabinette der Jugendstilvilla schweben bassige Drone-Kompositionen. Sie ziehen Besucher*innen der Ausstellung die Schuhe aus

zösischen Gesamtausgabe von Lacans Vorlesungen, dem Gesamtwerk von John Coltrane auf CD und zwei Tamburas, indische Langhalslauten, die sie Tag für Tag neu stimmte.

Hennix erlernte bereits im Kindergartenalter, das Schlagzeug nach Jazzart zu spielen. Auch die Verbindung von Musik und Islam habe sie schon früh vermittelt bekommen, so Hennix, und zwar von ihrem Lehrer, dem zum Islam konvertierten US-Jazz-Trompeter Idrees Suleiman. Im „Tangiers Blues“, 1959 für Jacques Muyal im Programm von Radio Tanger mit seinem Quartett um den Pianisten Oskar Dennard aufgenommen, ersetzt Suleiman sein

Solo kurzerhand mit einem per Zirkulationsatmung in die Endlosigkeit entlassenen minutenlangen Grundton.

Für einen kurzen Moment wechselt hier der säkulare Modern Jazz die Seite zum islamischen Quadrivium. Idrees und seine Frau, die Sängerin und Perkussionistin Jamila Suleiman, beziehen 1961 im Stockholmer Mehrfamilienhaus von Hennix’ Mutter, der Jazzkomponistin Margit Sundin-Hennix, eine Wohnung, die fortan zum Transitort für US-Jazzmusiker*innen wird, die durch Europa touren. Darunter sind etwa Eric Dolphy und Dexter Gordon.

Um 1961 erlebt die junge Hennix auch ein Konzert von John Coltrane. Später habe sie mit dem kurzzeitig in Stockholm lebenden Saxofonisten Albert Ayler privat gejammmt. Wie sich für die begabte Schülerin die Türen zum 1964 beim schwedischen Rundfunk nach Kölner Vorbild gegründeten „Elektronmusikstudion“ (EMS) öffnen, ist nicht ganz klar. An diesem Ort aber entstehen Ende der 1960er ihre ersten elektronischen Kompositionen. Beginnend im Jahr 1967, war das EMS weltweit das erste Studio mit 24 computergesteuerten Sinusgeneratoren.

Hennix widmet sich, vom digitalen EMS und seinen Rechnern inspiriert, nun ganz dem Studium der Mathematik. Sie kommt in Berührung mit der Welt des niederländischen Mathematikers L. E. J. Brouwer, mit dessen unorthodoxen Intuitionismus und Begriffen wie der „Zweiheit“ in der subjektiven Konstruktion von Zeit und dem „kreativen Subjekt“, das selbstbewusst entscheidet, wann was passiert.

Ab 1968 reist Hennix immer wieder in die USA und landet zwangsläufig im New Yorker Dream House mit den Sinuswellen- und Lichtinstallationen von La Monte Young und Marian Zazeela. Hennix erinnert sich später, sie habe aus diesem Klang sofort die Anwendung der Fourier-Reihe wahrgenommen. Vier volle Tage habe sie dort verbracht. 1971 zieht sie in die USA und arbeitet als Mathematiklehrerin. Dort wird Hennix, wie auch Young und Zazeela vor ihr, eine Schülerin des aus Lahore eingewanderten hinduistischen, aber auch dem Sufismus nahestehenden klassischen Kirana-Gharana-

Sängers und Lehrers Pran Nath (1918-1996), von dem sie das Spiel der Tambura lernt.

Im Umfeld des Dream House lernt sie schlussendlich auch den bildenden Künstler und späteren Hillbilly-Violinisten Henry Flynt kennen, ihren vielleicht wichtigsten Freund und musikalischen Begleiter.

Zurück in den Großen Saal des Badischen Kunstvereins in Karlsruhe. Hier wird Hennix frühe, und vielleicht letzte große Ausstellung im Stockholmer Moderna Museet vom Herbst 1976 nachgestellt. Sorgfältig wird dabei eine von Drones geprägte EMS-Komposition rekonstruiert, dazu hinterleuchtete Oszillografien mathematischer Raumfiguren. Im Raum verteilt stehen typografische Satzzeichen – kniehohes, eckige Klammern aus Edelstahlguss, die L. E. J. Brouwer gewidmet sind.

Wie einsame Formeln stehen sie da als [] und erinnern entfernt auch an die Doppelinitialen im Namen der Künstlerin: C.C. Hennix nennt sie sich ab den 1990ern, etwa auf den gemeinsamen Alben mit Henry Flynt. Das erste C steht für ihren selbstgewählten Namen Catherine, das zweite C für ihren männlich gelesenen Geburtsnamen Christer. Diesem transfeministischen Komplex im Werk von Hennix sind die Kabinette des Kunstvereins

Im Badischen Kunstverein Karlsruhe wird Elektronikpionierin Catherine Christer Hennix gehuldigt: Zu sehen und zu hören sind etwa Oszillografien und Skulpturen

gewidmet. Eine doppelte Schwingtür – die eine Seite rot, die andere blau – hängt zwischen den Kabinetten.

Wer von der einen Seite zur nächsten will, kann zwischen einem roten, männlichen „Hommes“-Flügel oder einem blauen, weiblichen „Femmes“-Flügel wählen, oder auch beide gemeinsam aufschwingen lassen. An den Wänden verschlungene, ausladend große, wieder rot blau gefärbte Papierschleifen, unschwer als Kombinationen aus Möbiusschleife und Lacans Borromäischem Knoten zu erkennen.

Dem Studium der Lacan’schen Vorlesungen widmete sich Hennix in den 1980er- und 1990er-Jahren zu ihrer Amsterdamer Zeit. Jacques Lacan hatte seinen Zuhörer*innen ja explizit das Spiel mit den Knoten empfohlen, um die Komplexität menschlicher Subjektivität sinnlich zu erkunden.

Im letzten Raum, dem Waldstraßensaal mit seinem knarzigen Parkett, dann eine wandfüllende typografische Zeichnung [.....[[[[[[]]]]]]] – eckige Klammern, die sich immer wieder bis ins Unendliche umschließen mit dem Titel „A Non-unique Extraordinary Set“ (2021) – eine nicht eindeutige außergewöhnliche Menge.

Catherine Christer Hennix: „Cosmological Critique“, Badischer Kunstverein, Karlsruhe. Bis zum 15. November 2026



Catherine Christer Hennix (1948–2023)
Foto: Ari Marcopolous. Courtesy Blank Forms, New York

szene

Im Wüsten-
sand so flink
wie nix

Mein Auto hat mehr Kamelhaar als deins.“ An der Hufelandstraße ist eine Kindergartengruppe mit ihrer Erzieherin in die M4 eingestiegen. Ein Mädchen und ein Junge sitzen mir gegenüber. Sie sind vier, vielleicht fünf Jahre alt. Beide halten sie ein Spielzeugauto in der Hand. Der Junge ein rotes, das Mädchen ein blaues. Ich bin kein Automarkenexperte, aber dass es Miniaturausgaben von teuren Sportwagen sind, sehe ich. Wird in dieser Preisklasse für die Sitzbezüge Kamelhaar statt Leder verwendet?

„Wroom“, macht der Junge und lässt sein Auto durch die Luft fahren und einen Looping machen. „Kamele sind richtig schnell“, sagt das Mädchen. „In der Wüste machen die Scheichs sogar Rennen mit ihnen.“ – „So wie bei der Formel 1?“ Das Mädchen nickt. „Die sind flink wie nix. Im Wüstensand sind die schneller als Autos.“

„Was ist Kamelhaar eigentlich genau?“, fragt der Junge, während er die Unterseite seines Boliden inspiziert. „So etwas Ähnliches wie Pferdestärken“, sagt das Mädchen. Also keine Sitzbezüge, denke ich. „Je mehr Pferdestärke, umso mehr Kamelhaar“, erklärt sie weiter. Vor meinem inneren Auge sehe ich eine Herde schwarzer Pferde mit sandblonden Kamelhaarschweiften im gestreckten Galopp über den Formel-1-Kurs von Abu Dhabi kurven.

„Wenn es Pferdestärken heißt, wieso heißt es dann nicht auch Kamelstärken?“, fragt der Junge. Er steuert sein Auto jetzt über die werbverklebte Scheibe. Das Mädchen zuckt mit den Schultern. „Ist halt so. Wörter sind manchmal komisch. Kamelhaar ist jedenfalls die Profibezeichnung für die Geschwindigkeit. Hat mir mein Papa gesagt. Mein Wagen kann mit 240 Kamelhaar über die Autobahn rasen.“

Ah. Jetzt klickt es bei mir. Ka Em Ha. Ka-Mel-Haar. Das meint sie also. „Du kennst dich richtig gut aus“, sagt der Junge bewundernd. In so einem Auto ist ganz schön viel Tier drin, denke ich. Ich lasse meinen Blick durch die Tram gleiten. Mit wie viel Pferdestärken und Kamelhaar wir hier wohl gerade unterwegs sind?

Daniel Klaus

The Kids are united

Das Label Turbo Discos, das Veranstaltungskollektiv United Shit und Radio Corax prägen die subkulturelle Szene Halles mit widerständigem Geist. Ein Porträt

Von **Johanna Schmidt**

Seit mittlerweile zehn Jahren wohnt NJ, der für diesen Text so genannt werden möchte, in Halle. Hier hat er 2018 auch das Indie-Label Turbo Discos gegründet, das er fast gänzlich in Eigenregie betreibt – und das neben seinem Hauptjob. Auf Turbo Discos finden sich Punk- und Indieperlen aus der Umgebung, wie etwa die großartige Band Jazz. Deren Werke bringt NJ aber nicht nur auf Vinyl heraus, sondern mit dem Veranstaltungskollektiv United Shit auch auf die Konzertbühnen von Halle, der zweitgrößten Stadt in Sachsen-Anhalt.

Halle ist für NJ eine Art Leuchtturm. „Das Besondere ist, dass sich hier alle Szenen stark durchmischen und die subkulturelle Szene sehr breit gefächert ist“, beschreibt er den kulturellen Kosmos der Stadt. Der ist zwar kleiner als beispielsweise in Leipzig, aber dadurch viel durchlässiger. Er habe das Gefühl, dass hier Neuankömmlinge und Interessierte schnell Anschluss finden können.

Einen großen Einfluss auf die lokale Szene hat auch die einzige Kunsthochschule Sachsen-Anhalts: die Burg Giebichenstein mit ihren über 1.000 Studierenden. Jedes Jahr kommen so neue Menschen nach Halle, einige bleiben, andere gehen wieder weg, aber alle prägen sie trotzdem die kulturellen und künstlerischen Entwicklungen in der Stadt. Viele der Studierenden wohnen in Leipzig und pendeln von dort. Der Bekanntheitsgrad der nicht weit entfernten sächsischen Metropole ist noch immer etwas höher. Und es gibt auch Vorbehalte gegen das Leben in Halle. Denn neben in der tendenziell doch eher linken Bands, Räume und Veranstaltungen gibt es in Halle eben auch Nazis.

Vor allem junge Rechte zeigen sich seit einigen Jahren viel offener und, so sagt NJ, selbstbewusster. „Jungnazis laufen mittlerweile mit Shirts rum, deren Slogans klar der rechten Szene zuzuordnen sind.“ Im Vorfeld eines Konzerts des United Shit-Kollektivs gab es einen Übergriff. Drei junge Punks, die die Veranstaltung besuchen wollten, wurden verprügelt.



Turbo Discos beim Auflegen in Halle Foto: Turbo Discos

Seitdem wird um die Konzerte herum darauf geachtet, dass niemand die Veranstaltungen allein verlässt. „Wir versuchen, alle ein Auge aufeinander zu werfen und gegenseitig auf uns aufzupassen“, erklärt NJ die Lage. Auch die Veranstaltungen des Kollektivs spiegeln die Offenheit der Hallenser Szene wider. Hier sind alle willkommen und Freude herrscht vor allem dann, wenn neues Publikum den Weg zu den Konzerten findet.

Veranstaltet wird deswegen nicht immer nur an den Lieblingsorten von United Shit, sondern möglichst überall in der Stadt. Bei der Planung gibt es freie Hand, denn wie viele andere Do-it-Yourself-Kollektive ist man hier unabhängig von staatlichen Förderungen. Somit auch von dem Druck, bestimmte Förderkriterien einzuhalten oder gar, Veranstaltungen auf diese zugeschnitten umzusetzen.

Für NJ auch angesichts der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 6. September und einer drohenden AfD-Regierung ein wichtiges Kriterium. Denn, wo funktionierende Strukturen ganz ohne Förderung existieren, stellt der Wegfall von Förderungen nicht das Ende dar. Einen Hebel allerdings hätte Blau-Braun. „Wenn wir betroffen sein sollten, dann, was die Räume angeht, in denen wir Konzerte organisieren“, sagt er. Hier könnten durch das Einstellen von Förderungen oder Umnutzungen Probleme entstehen.

Eine wichtige Instanz in Halle, die schon jetzt immer wieder Anfeindungen von rechts ausgesetzt ist, ist Radio Corax, ein Freier Sender der auch namentlich im Wahlprogramm der AfD in Sachsen-

Anhalt als Gegner genannt wird. „Radio Corax den Geldhahn zudrehen!“, lautet eine Drohung daraus. In den Ausführungen folgen Anmerkungen über vermeintlichen linken Fanatismus und auch die bekannten Buzzwords wie „Genderismus“ und „Regenbogenideologie“ tauchen im Pamphlet auf.

Für die Hallenser Kulturszene ist das Programm von Radio Corax unverzichtbar. Hier wird nämlich die Musik gespielt, die im Programm anderer Radiosender nicht auftaucht. „Für uns ist Corax ein Dreh- und Angelpunkt, der fest in die lokale Szene eingebunden ist“, verdeutlicht NJ dessen Relevanz und sieht dort gleichzeitig einen „kämpferischen Aufschwung“.

Dieser widerständige Geist zieht sich durch die gesamte subkulturelle Landschaft der

Stadt. Für die, die fester Bestandteil dieser Kultur sind, ist aufgeben oder gar wegziehen keine Option. Egal, ob für Politgruppen, DiY-Labelbetreiber:innen und Veranstalter:innen. Manchmal hadert NJ damit, dass er selbst nicht mehr so in das explizit politische Geschehen vor Ort eingebunden ist, wie er es vor einigen Jahren noch war. Bringt er diesen Gedanken bei seinen politisch aktiven Freund:innen an, dann sagen sie: „Was würden wir nur machen, wenn wir nicht mehr ausgehen und auf Konzerte gehen können?“

Auch dank Turbo Discos, United Shit und Radio Corax gibt es viele kleine Leuchttürme in Halle. Gestaltet von Menschen, die widerständig sind, freie Räume geschaffen haben und diese auch so schnell nicht verlassen werden.

Anzeige

MACHT'S EUCH UNBEQUEM



In festen Weltbildern lässt es sich zwar gemütlich einrichten, doch staubt man auch schnell ein. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.



taz.de/abo



10 Wochen, 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt

Gegen Angst und Hoffnungslosigkeit

Es ging nach Portugal, Griechenland, Taiwan, Rumänien. Weit konnte man mit den Tanzstücken der ersten Woche des Festivals „Tanz im August“ reisen

Von **Katrin Bettina Müller**

Nah an den Bildern von Göttern und von Kämpfenden wohnt der Tanz des Cloud Gate Dance Theatre of Taiwan. Das Licht zeichnet steile Felsen und Wasserfälle auf den Hintergrund-Prospekt und an Felsen erinnert auch die erste Formation aus den stillen Rücken des Ensembles von 12 Tänzer:innen. Mit „Sounding Light“ präsentierten sie im Haus der Berliner Festspiele eine der großen Produktionen, die zum Festival „Tanz im August“ nach Berlin eingeladen waren.

Mit wenigen Lauten, einem leisen Sirren, einem Klatschen der Hände oder Stampfen der Füße kommt das Stück von Cheng Tsung-lung aus, das sich der Versenkung in die Natur verschrieben haben will. Das Wiegen im Wind, das Gleiten von Wellen durch den Körper, Flügelschläge und Balztänze kann man bald auch wahrnehmen. Aber dann scheint in den Duetten doch Tanzroutine zu walten, die Aufteilung in Soli oder Duette vorn und verhaltenes Agieren des Ensembles im Hintergrund birgt kaum Spannung. Zu wenig entsteht aus der Beobachtung der Anderen. Die Entdeckungsreise, zu der „Sounding Light“ erst zart und empfindsam einlädt, bleibt am Ende doch blass, auch wenn man die Anmut, Geschmeidigkeit und Virtuosität der Tanzenden bewundern muss.

Der Natur, beziehungsweise den Bildern des Menschen von ihr, gelten mehrere Stücke in der diesjährigen Ausgabe des Festivals, das bis zum 29. August läuft. Seitdem das Menschengemachte immer größere Teile von dem umgeformt hat, was den Menschen vorausging, sind die Elemente oft Thema auf der Bühne. Zwischen 2009 und 2012 entwickelte die dänische Choreografin Mette Ingvartsen ihre „Artificial Nature Series“, die sich mit Landschaften und Naturphänomen auseinandersetzt und das Romantische mit dem Katastrophischen verschraubte.

An der Vielschichtigkeit von Ingvartsens Bildern gemessen, blieb „Sounding Light“ unterkomplex, ebenso wie das Stück „The Choreography of Water“ von Simona Deaconescu aus Bukarest, das auf der kleinen Bühne im HAU 3 gastierte. Das Spiel mit gläsernen Behältern, in denen das Wasser beim Bewegen durch Röhren und in Kolben floss, fand



nicht über das Dekorative hinaus. Vielleicht, weil der Wassermangel in der Erde, in Wäldern und in Flüssen uns diesen Sommer so sehr beschäftigt, waren die Erwartungen an das Stück entschieden größer als seine Angebote.

Was auffiel in der ersten Festivalwoche: Alle Stücke dauerten 60 Minuten. In diesen 60 Minuten waren immer alle Tänzer:innen auf der Bühne. Komplexe Dramaturgien, Stücke mit wechselnden Bildern, Veränderungen im Ton der Narration waren erst mal nicht dabei. Das 60-Minuten-Format ist konsumentenfreundlich.

Höhepunkte gab es trotzdem: Dazu gehören zwei Stücke, die wie ein schweißstreibender Marathon gebaut waren und mit ihrer Energie die Zuschauenden fast so anfassten, als ob man bei einem Rave dabei wäre (für 60 Minuten). Sowohl in Chara Kotsalis „It’s the end of the amusement phase“ mit drei Tänzerinnen als auch in Marco da Silva Ferreiras „F*cking Future“ mit acht Tanzenden verschmolzen Tanz- und Bewegungs-Elemente, die aus der Revue und dem Rave, dem Marsch und der Parade kamen. Geschichten von Uniformität und Disziplinierung, von funktionaler Optimierung und Anpassung haben sich in diesem Be-

wegungsmaterial angereichert. Aber auch in die Richtung von Kampf und Widerstand, von lustvoller Überschreitung und Erschöpfung, die jede nützliche Indienstnahme des Körpers außer Kraft setzt, wiesen diese amalgamierten Bewegungsstile.

Obwohl das Stück der griechischen Choreografin Chara Kotsali mit einem Monolog begann, der atemlos durch Phasen der Depression raste, zeichnete es sich durch eine Ironie aus, die bis in die körperlichen Gesten hineinreichte. Mit Fahnen, Transparenten, Cheerleader-Puscheln und im Lauf gewechselten Kostümen wurden verschiedenen Szenen aufgerufen, historische Momente, Hoffnungen und ihre Zerstörungen. Es war ein Parcours von Utopien und Dystopien, durch den Kotsali mit Sofia Pouchtou und Christina Skouleta tanzte, taumelte und rannte. Skepsis gegenüber den großen Behauptungen und Versprechungen der Geschichte schob sich so durch die Sprache der Körper in das Stück ein.

Der portugiesische Choreograf Marco da Silva Ferreira hatte vor drei Jahren das Festival „Tanz im August“ eröffnet. „F*cking Future“ ist in einen metallischen Schimmer getaucht, vom verspielten Boden über die glänzenden

Hosen bis zu den rückenfreien Kettenhemden. Etwas Retrofuturismus liegt in den Kostümen, die das Wehrhafte und das Verletzliche zugleich betonen. Der Schweiß, der auf den acht Performer:innen glänzt, lässt die Haut schimmern. Unisono bewegen sich die acht, rücken in engen Formationen zusammen, ziehen sich in Ketten auseinander, bilden Felder und Linien. Etwas Martialisches und etwas Hippieskes fließt in ihren Bewegungen ineinander, roboterähnliche Eckigkeit und erotische Weichheit, viele Tanzstile werden zitiert und bruchlos eingeflochten.

In die wummernde und treibende Musik schieben sich irgendwann ihre Stimmen und singen „I don’t care what the people say“ und „We are the one you try to kill“. Das sind Momente, die nicht wenige an den queerfeindlichen Anschlag auf den CSD in Berlin erinnern. Der Tanz und die Verausgabung wird da auch zu einem Bekenntnis für eine Kultur, die sich gegen fremde Zuschreibungen und normative Körperbilder wehren muss. „F*cking Future“ lässt sich übrigens auch auf Arte Concert anschauen.

Das Festival „Tanz im August“ geht noch bis zum 29. August

Wehrhaft und verletzlich zugleich: Spiel mit Gegensätzen bei Marco da Silva Ferreiras „F*cking Future“
Foto: Blandine Soulage

unterm strich

Dem Software-unternehmen mit Härte begegnen

Astrid Henn und Marc-Uwe Kling, Illustratorin und Autor von „Das NEINhorn“ haben zusammen mit dem Carlsen-Verlag OpenAI verklagt

Der renommierte Hamburger Carlsen Verlag, sein Bestsellerautor Marc-Uwe Kling und die Illustratorin Astrid Henn sehen ihre Urheberrechte an ihrem Werk „Das NEINhorn“ verletzt und haben am Donnerstag Klage vor dem Landgericht München gegen die irische Niederlassung des US-Softwareunternehmens OpenAI, Betreiberin des Chatbots ChatGPT in Europa, eingereicht. Der Grund für die Klage ist triftig: Bereits einfachste Eingaben bei ChatGPT führen dazu, dass Nutzer:innen Geschichten vom „NEINhorn“ erstellt werden, die in den wesentlichen kreativen Elementen dem urheberrechtlich geschützten Werk von Marc-Uwe Kling und Astrid Henn gleichen. Die von ChatGPT erzeugten Illustrationen lassen sich vom Original „NEINhorn“ kaum unterscheiden.

ChatGPT macht zudem eigeninitiativ Vorschläge für weitere rechtsverletzende Texte und Illustrationen zum „NEINhorn“, welche ohne jede Erwähnung auch die weiteren Charaktere und Handlungsorte aufnehmen. ChatGPT bietet ganze Druckvorlagen für illustrierte Geschichten, samt Umschlaggestaltung, Impressum, einer gefakten ISBN und Verlagslogo an. Auf Basis der äußerst detailgetreuen Kopien des Originals muss davon ausgegangen werden, dass die Originalwerke aus der Reihe „Das NEINhorn“ in unrechtmäßiger Weise zum Training der Sprach- und Bildmodelle von OpenAI genutzt wurden und nun als „Memorisierung“ in diesen Modellen enthalten sind, sodass sie jederzeit über ChatGPT abrufbar sind.

Illustratorin Astrid Henn reagiert verständlicherweise erbost: „Die unerlaubte Verwendung meiner Illustrationen, oft Ergebnis monatelanger Arbeit, für das Training einer KI, mit dem Ziel, dass die KI meine Arbeit, also mein Eigentum, für jedermann nutzbar macht, ist für mich Diebstahl. Dieser Vorgang unterscheidet sich in meinen Augen nicht von zum Beispiel dem Diebstahl von Firmengeheimnissen, die dann im Darknet verkauft und für jedermann zugänglich gemacht werden.“ Autor Marc-Uwe Kling of „Känguruh-Chroniken“-Fame legt nach: „Jedem, der sich illegal im Netz auch nur einen einzigen Film, ein Buch oder ein Hörbuch runterlädt, droht eine empfindliche Strafe. Aber OpenAI klaut einfach alle Kunst und Kultur der ganzen Welt und glaubt, damit durchzukommen? Dazu fällt dem NEINhorn ein Wort ein: Nein!“

Sandra Harzer-Kux, Verlegerin des Carlsen Verlages lässt sich mit der Aussage zitieren: „Die Kreativität von Autor*innen und Illustrator*innen ist unser höchstes Gut, ihre Rechte zu vertreten und zu schützen, unsere Verantwortung als Verlag. ‚Das NEINhorn‘ und seine Folgebände gehören zu den erfolgreichsten Bilderbüchern auf dem Markt und sind bereits heute Klassiker der Kinderliteratur. Mit dieser Klage treten wir entschieden für die Rechte von Marc-Uwe Kling und Astrid Henn sowie die des Verlages ein, gegen die ganz eindeutig verstoßen wird.“ Sollte ein geschlossenes Vorgehen gegen OpenAI Schule machen und seine fiesen Kopierpraktiken am Ende etwa mithilfe von EU-Rechtssprechung abgeschafft werden?

Julian Weber

Saudade mit Knieorthese

Lange wurde der brasilianische Komponist Arthur Verocai verkannt. Nun gastiert er in Deutschland, am Mittwochabend in der Hamburger Elbphilharmonie

Von **Stephanie Grimm**

Die Luft im Großen Saal der Hamburger Elbphilharmonie ist am Flirren, schon bevor am Mittwochabend eine einzige Note gespielt ist. Die brasilianische Musiklegende Arthur Verocai gibt sich die Ehre und hat ein buntes All-Ages-Publikum angelockt. Kein Wunder, es ist erst das zweite Deutschlandkonzert des 81-jährigen.

Verocai erweist sich als zurückhaltender Mann, den die Musik mehr interessiert als sein später Ruhm. Mit Knieorthese humpelt er zu seinem Dirigentenpult und bleibt die meiste Zeit dem Nu Civilisation Orchestra zugewandt, also mit dem Rücken zum Publikum. Das junge Ensemble aus London ist aus

dem Jazz-Förderprogramm Tomorrow’s Warriors entstanden, das als Kaderschmiede des zeitgenössischen britischen Jazz und der Londoner Szene gilt.

Wie sich über gut 70 Minuten zeigen soll, verstehen sie es, Verocais Arrangements bei aller Opulenz flirren und abheben lassen. Immer applaudiert der Brasilianer seinen Solisten auf eine diskrete, uneitle Weise. Paula Santoro und Rogê – sie bringen einigen Fame aus ihren Solokarrieren mit, wie der Zuspruch der stark vertretenen brasilianische Community zeigt – übernehmen die Gesangsparts. Nur beim melancholischen „Caboclo“, dem Auftakt des Debüts, singt Verocai mit etwas brüchigem, immer noch warmen Timbre, die Leadstimme – es ist ein anrührender Moment.

Als 1972 das Debüt des Musikers erschien – ein wildes und doch geschmeidiges Amalgam aus Folk, Bossa Nova, Jazz, Psychedelik und Funk – war der Autodidakt bereits als Arrangeur etabliert. Seine eigenen Songs fanden lange weder beim Publikum noch bei der Presse großen Zuspruch.

So blieb auch Verocais subtile Kritik an der seinerzeit herrschenden Militärjunta in Brasilien ungehört. Stattdessen verdiente er sein Geld als Auftragskomponist von Werbejingles und stellt seine Talente gelegentlich als Arrangeur in den Dienst anderer Musiker:innen. Erst eine neue Generation, allen voran US-Rapper MF DOOM, machten Verocai einem breiteren Publikum bekannt. 30 Jahre



Arthur Verocai
Foto: Laís Aranha

nach seiner Veröffentlichung wurde sein Debütalbum neu aufgelegt. „Saudade Demais“ (2002) und „Encore“ (2008) folgten.

An diesem Hamburger Konzertabend im Spätsommer lässt Verocai sein Frühwerk mit all seinen Brüchen und überraschenden Akkordfolgen nahtlos mit dem monumentaleren Spätwerk verschmelzen. Nach der ers-

ten Zugabe, dem so oft gesampelten „Na Boca do Sol“, scheint es kleine Abstimmungsprobleme zu geben. Rogê hat seine Gitarre schon für eine weitere Zugabe eingestöpselt, doch da ist das Orchester bereits von der Bühne. „We can’t play another song, we have no more orchestra“ stellt Verocai etwas verwundert fest. Trotzdem gehen alle glücklich nach Hause.

Reportage & Recherche

Die Geschichte
hinter der Geschichte

.....

Ein Blick hinter die Kulissen der taz
Recherchen – exklusive Einblicke
in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

**Jeden zweiten Samstag
im Newsletter:**

taz.de/recherche



Eine Asiatische Tigermücke: Sie überträgt Krankheiten wie Dengue-Fieber, Gelbfieber und Zika-Fieber
Foto: Gustavo Amador/epa/dpa

Mit Mückenfallen gegen Dengue-Fieber

Durch die Erderhitzung breiten sich in Deutschland invasive Mosquitoarten aus. Unterwegs mit Forschenden, die sie dabei beobachten

Von **Jelena Malkowski**

Über den Landungsbrücken in Hamburg steht Renke Lühken vor einem Busch und deutet auf ein brummendes Gerät mit einem Netz obenauf. „Das ist unsere Moskitofalle“, sagt er. Es sind 29 Grad Celsius, die Sonne scheint und wer genau hinsieht, entdeckt in dem Netz tatsächlich noch umherfliegende Mücken. Sie werden von dem Kohlendioxid, das das Gerät ausstößt, angelockt, mit einem Luftzug in die Falle gesogen und täglich von Forscher*innen wie Lühken eingesammelt.

Der Ökologe erforscht seit 2008 Moskitos in Deutschland; seit 2015 im Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin. Hier ist er vor allem für das Monitoring zuständig – also die Beobachtung, welche Moskitos wo in Deutschland wie verbreitet sind. Das ist wichtig, weil Moskitos auch in Europa durch den Klimawandel vermehrt Krankheitserreger auf Menschen und Tiere übertragen. Durch das Wissen über die Anzahl und den Aufenthaltsort der Moskitos lässt sich auch die Anpassung und Eindämmung verbessern.

Deshalb stellt das Team von Lühken über ganz Deutschland verteilt 20 Moskitofallen wie die am Bernhard-Nocht-Institut auf. Die meisten werden von Ehrenamtlichen betreut, die die Fallen in ihren Gärten stehen haben. Am besten neben ihrer Regentonne. Denn das ist die Lieblingsbrutstelle der allgemein bekannten Hausmücke. Lühken und sein Team erforschen von den 60 in Deutschland verbreiteten Mosquitoarten vor allem die, die nah am Menschen leben – und ihm damit am ehesten gefährlich werden können.

Anfang des Jahres verteilen die Forscher*innen sie in den Gärten und sammeln sie im Herbst wieder ein. Bis dahin sammeln die Ehrenamtlichen selbst die Exemplare in den Netzen oben an der Falle, datieren und frieren sie bei sich

ein. „Die liegen dann bis Herbst neben der Pizza“, sagt Lühken trocken.

In Hamburg entwickeln Lühken und sein Team gleichzeitig ein Frühwarnsystem, mit dem sie durch die Bestimmung weiblicher Moskitos voraussagen können, wie viele Larven und Moskitos zwei Wochen später folgen werden. Hier ist die Falle schon mit einer KI ausgestattet, die die Moskitos zählt und sie langfristig auch bestimmen soll. Bisher funktioniert die Bestimmung aber nur ganz traditionell durch Entomolog*innen, also Insektenkundler*innen.

„Das ist zwar als Feld geschrumpft und wurde durch Molekularbiologie ersetzt“, sagt Lühken. „Aber vieles kann man durch die Molekularbiologie noch nicht bestimmen oder es ist zu teuer.“ Die Bestimmung ist wichtig, denn invasive Arten wie die japanische und koreanische Buschmücke und vor allem die Tigermücke, die die Tropenviren Dengue, Zika und Chikungunya übertragen kann, breiten sich durch Reisende und längere Hitzeperioden immer weiter in Deutschland aus.

Bevor die Tigermücke das erste Mal in Deutschland entdeckt wurde, war die Entomologie allerdings schon fast ausgestorben: Malaria war zuletzt in den 50ern in Deutschland verbreitet und die Krankheit, wegen der auch der Weltmoskitotag am 20. August ins Leben gerufen worden war, spielte hierzulande plötzlich keine Rolle mehr – genauso wenig wie die Moskitos und ihre Bestimmer*innen.

Erst als 2007 vermehrt Rinder durch Gnitzten mit dem Blauzungenvirus verseucht und die Tigermücke erstmals in Deutschland entdeckt wurde, ist die Entomologie und das Monitoring von Mücken in Deutschland wieder aufgetaucht.

Mittlerweile ist die Tigermücke vor allem in Südwestdeutschland und Berlin heimisch geworden. „Das ist eine Kombination aus Klimawandel und

Globalisierung“, erklärt Lühken. Der Warentransport bringt die Tigermücke mit nach Europa und immer längere Hitzeperioden geben der Mücke genug Zeit, um sich zu etablieren.

Innerhalb Europas breitet sich die Tigermücke vor allem durch den Autoverkehr aus. Für Lühken ist es deshalb nur noch eine Frage der Zeit, bis sie überall in Deutschland heimisch ist. Seit Beginn des Monitorings mit den Mückenfallen 2009 haben sich in Deutschland vor allem die Nachweise invasiver Stechmückenarten vermehrt.

Im Gegensatz zur heimischen Hausmücke ist die Tigermücke tagaktiv und kann schon ohne die Gefahr von Tropenkrankheiten zu einer echten Plage werden. Dagegen vorgehen kann man nur mit Insektiziden, wie es teils in Griechenland und Süddeutschland gemacht wird. Solche, die etwa in Regentonnen die Larven abtöten, können sehr spezifisch gegen Mücken wirken, aber dafür müsste man in jeden Garten gehen und alle Bewohner*innen um Erlaubnis bitten, ein solches Insektizid in die Regentonne zu geben.

Sobald die Mücken herumfliegen, kommt man nur noch mit sehr breit angelegten Insektiziden gegen sie an, die auch die Umwelt belasten. Und beide Maßnahmen kosten Geld. „Heidelberg hat für die Bekämpfung der Tigermücke bereits mehrere Hunderttausend Euro ausgegeben. Viele Kommunen verfügen jedoch über deutlich weniger finanzielle Mittel“, sagt Lühkens Kollege Jonas Schmidt-Chanasit, der als Virologe die von Moskitos übertragenen Viren erforscht. Da würde es mehr helfen, einfach einen Deckel auf die Regentonne zu setzen.

Auch die Moskitos aus den Fallen werden auf Krankheiten geprüft. Nachdem ihre Art bestimmt wurde, werden sie geschreddert und ihre DNA mit PCR-Tests auf Viren untersucht. Während Dengue, Zika und Chikungunya vor allem durch

die Tigermücke verbreitet werden, kann auch die deutsche Hausmücke das West-Nil-Fieber und den Usutu-Virus, der vor allem Vögel trifft, übertragen. Weil sich das West-Nil-Fieber bereits durch die Hausmücke in Ostdeutschland ausgebreitet hat und ein Restrisiko bei der Übertragung durch Blut besteht, müssen alle Blutspenden in Risikogebieten auf den West-Nil-Virus überprüft werden. Das kommt wiederum auch dem Monitoring zugute: So können asymptomatische Verläufe und damit die Ausbreitung des Virus in Deutschland besser nachverfolgt werden.

All diese Krankheiten können beim Menschen auch durch herkömmliche PCR-Tests diagnostiziert werden. Doch dafür müssen die Ärzt*innen sie erst mal in Betracht ziehen: Ihre Symptome ähneln etwa mit Fieber und Muskelschmerzen häufig Krankheiten, die wir auch in Deutschland haben. Vielmals ziehen Ärzt*innen und Betroffene Tropenkrankheiten deshalb nur bei Reisenden in Betracht. Um das zu ändern, informiert das Bernhard-Nocht-Institut immer wieder über die Ausbreitung von Tropenkrankheiten in Deutschland. „Damit jeder Hausarzt zumindest schon mal von den Viren gehört hat und weiß, wo er weitere Informationen erhalten kann“, sagt Schmidt-Chanasit.

Auch wenn viele Infektionen mild verlaufen und meist nur die Symptome, nicht aber die Ursache behandelt werden können, ist eine Diagnose wichtig: erstens, um andere behandelbare Erkrankungen auszuschließen – wie etwa Gelenkschmerzen durch Rheuma – und zweitens, um die Ausbreitung zu beobachten und Risikopatient*innen gezielt schützen zu können, so Schmidt-Chanasit.

Die Verbreitung von Tropenkrankheiten in Deutschland wird sich angesichts des voranschreitenden Klimawandels nicht vollständig verhindern lassen, da

rin sind sich Lühken und Schmidt-Chanasit einig. Ihre Forschung richtet sich deshalb auf die Zukunft. Indem sie die Ausbreitung beobachten, können sie, wo nötig, auch Interventionen durch Abdeckungen für Regentonnen oder Insektizide empfehlen.

Gleichzeitig bleibe die Frage, wie man naturverträglich präventiv handeln könne, sagt Lühken. Und: „Wir sollten keine große Panik verbreiten.“ Eine Pandemie wie Corona sei nicht zu erwarten und Fallzahlen wie in Afrika oder Südostasien würden durch bessere Gesundheitssysteme und die aktuellen Winterbedingungen, in denen es bisher in Europa keine stechenden Mücken gibt, verhindert.

Trotzdem könne er das psychologische Unwohlsein verstehen: „Plötzlich fühlt man sich in der Natur nicht mehr sicher – auch ich bin vorsichtiger mit Zecken“, sagt Lühken. Auf individueller Ebene gilt es, sich gut vor Stechmücken und Zecken zu schützen. Für Schmidt-Chanasit ist vor allem die Impfung gegen FSME wichtig. Reisende in die Tropen sollten zudem dort und zwei Wochen danach in Deutschland insbesondere Mückenstiche vermeiden, um keine schlummernden Viren an hiesige Moskitos zu übertragen.

Auf gesellschaftlicher Ebene sei das Wichtigste immer noch der Klimaschutz. „Wenn man sich entscheiden müsste, wo man Ressourcen einsetzt, dann vor allem darin, dass es nicht wärmer wird“, sagt Lühken. Die Ausbreitung von Insekten sei nur eine der vielen negativen Auswirkungen des Klimawandels. Und Schmidt-Chanasit sagt: „Das größte gesundheitliche Risiko des Klimawandels bleiben die unzähligen direkten Todesfälle durch die Hitze.“

Dieser Text ist Teil eines Rechercheprojekts zu Klimawandel und Gesundheit, das von der taz panterstiftung unterstützt wird.

Auf der Jagd nach den letzten Zielen

Nach seinem Tour-Sieg zeigt sich Tadej Pogačar frisch und unternehmungslustig. Ziel bei der Spanienrundfahrt ist nun, das Grand Tour-Triple zu holen



Tadej Pogačar (l.) und Teamkollege und Superbuddy Isaac Del Toro haben bei der diesjährigen Tour de France ihren Spaß Foto: Action Plus/imago

Von Tom Mustroph

Tadej Pogačar ist für immer neue Schreckmomente gut. Gerade noch gewann er seine fünfte Tour de France so leicht, als handele es sich um einen Abendspaziergang am Seine-Ufer. Er war so wenig gestresst dabei, dass er in der letzten Tourwoche schon ans Kräftesparen im Hinblick auf die Spanienrundfahrt denken konnte, wie Menschen aus seinem Umfeld versicherten. Und kurz bevor er in seiner Wahlheimat Monaco die Vuelta a España unter seine Pedalen nimmt, ließ sein Agent Alex Carrera durchblicken, dass noch schnell Vertragsverhandlungen unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Eine Verlängerung bis 2032 steht im Raum. Pogačar selbst hatte in den vergangenen Monaten immer mal wieder Radsportmüdigkeit angedeutet und als letztes großes Ziel den Olympiasieg 2028 ins Auge gefasst. Mancher Rivale frohlockte schon, sah Siegeschancen für sich selbst am Horizont heraufdämmern. Jetzt muss man sich im Straßensport noch länger auf Verhältnisse wie in der Bundesliga einstellen. Pogačar und sein Team UAE Emirates sind das Radsport-Bayern, nur eben nicht auf nationaler, sondern auf globaler Ebene. Das Drehbuch für die am Samstag in Monaco beginnende Spanienrundfahrt ist daher schnell geschrieben. Pogačar wird den Stadtkurs in seiner Wahlheimat vielleicht nicht gleich gewinnen. Aber er hat hübschen Heimvorteil und dürfte als Schnellster der Gesamtklassement-Anwärter über den weißen Strich rasen, der sonst den Formel-1-Piloten vorbehalten ist. Das erste Mal wird er schon am dritten Tag, beim Anstieg nach Font Romeu, seine Kräfte so richtig spielen lassen. Und spätestens beim Bergspektakel in Andorra am vierten Renntag wird er für deut-

liche Konturen im Klassement gesorgt haben. Früh Furcht und Schrecken verbreiten und danach den Vorsprung verwalten – so lautet seit einigen Jahren seine Strategie für Grand Tours. Das spart Kräfte. Und es gibt Gelegenheit, auch Teamkollegen mal siegen zu lassen und so für gute Stimmung im weißen UAE-Bus zu sorgen. Gut, Pogačars Trainer Jeroen Swart warnte. „Die Vuelta ist lang und hart, selbst für so jemanden wie Tadej“, meinte der Südafrikaner. Aber dass Pogačar ausgerechnet in diesem Jahr das fehlende Schmuckstück zu seiner Grand Tour-Kollektion aus fünf Tour-Siegen und einem beim Giro d'Italia holen will, hat auch mit einigen begünstigenden Konditionen zu tun. So fällt etwa die Anreise zum Grand Départ sehr kurz aus. Pogačar wohnt in Monaco. Den Zeitfahrkurs zum Auftakt dürfte er vom Kaffee trinken her kennen. Reisestrapazen gleich null. Dann war die Tour de France zuvor auch weniger herausfordernd als gedacht. Haupttrivale Jonas Vingegaard war früh in die Schranken gewiesen und fiel durch Sturz schließlich komplett aus. Pogačar konnte seine Belastungen ganz wie gewollt steuern und setzte in der letzten Woche seinen Ehrgeiz vor allem darin, seinen Teamkollegen und Superbuddy Isaac Del Toro mit aufs Podium zu hieven. Ein möglicher Vuelta-Start war ohnehin ins Jahresprogramm einge-speist. „Der Rennkalender war so geplant, dass er noch genug mentale Frische nach der Tour haben sollte, um die Vuelta, wenn er das wirklich wollte, fahren zu können“, erklärte Swart dem Branchendienst Cyclingnews. Und Pogačar wollte. Ganz im Unterschied zum letzten Jahr, als diese Option ebenfalls offen war, er aber auf dem Siegerpodium in Paris so ausgelaugt wirkte, dass manche sogar von

einem vorzeitigen Karriereende munkelten. Nein, anno 2026 wirkt Pogačar wieder frisch und unternehmungslustig. Die Freundschaft mit Youngster Del Toro mag eine Rolle dabei spielen. Der Slowene genießt aber auch die Zeit abseits vom Rad. Bei der Tour de France Femmes feuerte er bei mehreren Etappen seine Verlobte Urška Žigart an. Er ließ sich sogar als Edelfan vom belgischen Sportportal Sporza filmen. Das Team gewährte ihm diese Auszeit – wohl wissend, dass es bei Pogačars Leistungsklasse verstärkt auf Motivation und mentale Frische ankommt. „Deshalb verzichteten wir auch auf ein Höhentrainingslager. Seine physische Leistungsfähigkeit ist unvergleichlich. Für ihn kommt es darauf an, interessiert und motiviert zu bleiben“, meinte Swart. Erst fröhlich entspannt als Urška-Fan und dann motiviert genug, um in den Klub der Grand Tour-Triplesieger zu gelangen, es Großen wie Eddy Merckx und Bernard Hinault gleichzutun, aber auch dem Hauptri-valen Vingegaard diesen kleinen Vorteil zu rauben. Der Däne machte im Frühjahr mit seinem Giro-Sieg den Rundfahrt Grand Slam perfekt, tritt nach seinem Tour-Sturz in diesem Jahr aber zu keinem Rennen mehr an und kann deshalb auch seinen Vuelta-Titel nicht verteidigen. Alles andere als ein Durchmarsch von Pogačar wäre eine Riesenüberraschung. Hoffnungsschimmer für die Konkurrenz ist lediglich, dass die Helfer-riege des Slowenen bei dieser Vuelta so schwach besetzt ist wie wohl noch nie bei einer Rundfahrt, die Pogačar gewinnen wollte. Die Kölner Hügellokomotive Nils Politt fehlt, ebenso Bergspezialisten der Güteklasse Del Toro und Adam Yates. Aber all das münzt der slowenische Kapitän wahrscheinlich in Extramotivation für sich selbst um.

Woher der ganze Hass?

In ersten Pokalrunde trifft der 1. FC Kaiserslautern auf Waldhof Mannheim. Das Kurpfalz-Derby ist eines der krassesten Derbys im deutschen Fußball

Von Ruth Lang Fuentes

Gerade mal 25 Mal sind die beiden Mannschaften bislang in Pflichtspielen gegeneinander angetreten (einschließlich eines Spiels von 1942). Und trotzdem gehört das Kurpfalz-Derby zwischen dem SV Waldhof Mannheim und dem 1. FC Kaiserslautern zu den brisantesten Aufeinandertreffen zweier deutscher Fußballvereine. Ein sogenanntes Risikospiel ist das. Spielen die „Roten Teufel“ gegen die „Buwe“ kann man sicher sein, dass das Polizeiaufgebot groß sein wird, die Stimmung aufgeheizt und die Rauchwolke im Stadion stark. Waldhof gegen FCK, das heißt Gewalt und Feindschaft bis in den Tod. So auch diesen Freitag um 18 Uhr in Mannheim. Denn das Los wollte, dass die beiden absoluten Erzrivalen nach über vier Jahren mal wieder aufeinandertreffen. Und zwar in der ersten Runde des DFB-Pokals. Sportlich gesehen ist vermutlich der Zweitligist aus Lautern eher der Favorit gegen den Drittligisten. Der letzte Sieg von Waldhof liegt auch schon fast 30 Jahre zurück und beim letzten Spiel im Februar 2022 – als beide noch in der 3. Liga spielten – trennte man sich unentschieden. Doch das wird beim K.-o.-Spiel am Freitag nicht möglich sein. Es muss einen Sieger geben, was die Lage noch angespannter sein lässt. Ziel der Polizei wird vor allem eines sein: verhindern,

ten möchte man aber „aus einsatztaktischen Gründen“ keine konkreten Angaben machen. Sicher ist: Es werden viele sein. Denn die Fans sind heiß auf das seltene Derby, der Hass ist groß. Doch warum eigentlich? Woher rührt diese Fanfeindschaft? Knapp 53 Kilometer Luftlinie trennen das Lauterer Fritz-Walter-Stadion und das Mannheimer Carl-Benz-Stadion. Dazwischen verläuft auch noch der Rhein und damit die Grenze zwischen Pfalz und Baden. Dennoch interessierte das lange Zeit niemanden und die Vereine spielten (in unterschiedlichen Ligen) nebeneinanderher. Bis 1983. Geburtsstunde der Rivalität war der Aufstieg der Blauschwarzen in die 1. Bundesliga, wo sie auf die „Roten Teufel“ trafen. Das Problem: Das Waldhof-Stadion war nicht bundesligatauglich, weswegen die Mannheimer eine Ausnahmegenehmigung erhielten, ihre Heimspiele vorübergehend im linksrheinischen Ludwigshafener Südweststadion auszutragen. Heißt auf Lautern-Territorium. Das störte den damaligen FCK-Präsidenten Udo Sopp sehr. Er fürchtete, Waldhof könnte den „Roten Teufeln“ durch den Spielort in der Vorderpfalz Zuschauer und Anhänger wegnehmen. Um das Territorium zu verteidigen, forderte er die Fans dazu auf, „in Ludwigshafen mit dabei zu sein und im Übrigen über dieses Spiel hinaus Flagge für unseren 1. FCK“ zu zeigen. Man könnte sagen, die Rivalität beider Fanlager war von oben verordnet. Von den Fans selbst liebend gerne angenommen, wird sie bis heute zelebriert. Inklusive „kreativer“ Eskalationen: Bei einem Drittligaspiel im Jahr 2019 setzten FCK-Fans zum Beispiel in der Nähe des Mannheimer Stadions ein lebendes, mit Anti-Waldhof-Parolen beschmier-tes Schwein aus. Es sollte eine Reaktion sein darauf, dass kurz zuvor am Elf-Freunde-Kreisel am Fuße des Betzenbergs in Kaiserslautern die Köpfe zweier Betonfiguren abgeschlagen worden waren. Um den Sport geht es da schon lange nicht mehr.



Leidenschaftlicher Hass: Lautern-Fans bekunden ihre Abneigung gegenüber Waldhof Mannheim Foto: foto-2press/imago

Anzeige

taz recherchefonds ausland

Recherchen | Reportagen | Hintergründe

... aus anderen Ländern kosten viel Geld. Korrespondent*innen müssen reisen, um herauszufinden, was wirklich passiert. Deshalb gibt es seit 2011 den Förderverein „Recherchefonds Ausland e. V.“, der Mittel für die Auslandsberichterstattung der taz zur Verfügung stellt. Bisher wurden rund 100 Reisen finanziert.

Unterstützen Sie uns mit einer Spende. Fördermitgliedschaft ab 60 € jährlich.

Wir hoffen auf Sie!

Für eine kritische, hintergründige taz-Auslandsberichterstattung.

www.taz.de/auslandsrecherche IBAN DE 43 1005 0000 6604 1070 25



was alles nicht fehlt

Protest gegen Infantino: Fanorganisationen haben eine weltweite Petition gestartet, mit der sie den Rücktritt von Gianni Infantino und eine Reform des Fußball-Weltverbandes fordern. „Der beschämende Versuch einer einzelnen Person – des Fifa-Präsidenten selbst –, die Weltmeisterschaft an private Investoren zu verkaufen, hat einen Verrat offenbart, den der Fußball niemals vergessen wird“, heißt es in einer von

Football Supporters Europe (FSE) verbreiteten Erklärung. Dem Aufruf haben sich die kontinentalen Fanorganisationen von Europa, Afrika und Nordamerika sowie fast 40 nationale Vereinigungen angeschlossen. **Unzulässiges Geschäft:** Das Oberlandesgericht München hat eine Berufung der Ticketbörse Viagogo im Rechtsstreit mit der Bundesliga zurückgewiesen. Demnach hat Viagogo

gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen. Das Ticketportal darf Tickets für eine Veranstaltung der DFL beziehungsweise ihrer Klubs nicht schon anbieten, bevor es überhaupt offiziell Karten gibt. Auch bestimmte Geschäftspraktiken wurden vom Gericht untersagt. Gegen das Urteil kann Viagogo mit einer Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Bundesgerichtshof vorgehen, um die Zulassung einer Revision zu erreichen.

Innovatives Training: Mit einer ungewöhnlichen Maßnahme hat sich der FC Augsburg auf sein Auftaktspiel im DFB-Pokal beim FC Energie Cottbus eingestimmt. Trainer Manuel Baum beschallte seine Spieler vor dem Erstrunden-duell am Samstag (13 Uhr) beim Zweitligaaufsteiger mit Fangesängen der Lausitzer. Dazu ließ er eine riesige Box auf dem Trainingsplatz seines Augsburger Bundesligisten aufstellen.

Der Knoten im Apparat

Einblicke ins Innerste eines Kremlberaters: Der Laden brennt an allen Ecken und Enden

Von Michael Ringel

Gegen Panik hilft bloß Ignorieren oder Wodka. Das Fatale am Wodka ist der dicke Kopf am nächsten Morgen. Was allerdings nur noch selten der Fall ist. Mit der Zeit entwickelt man eine gewisse Giftfestigkeit. Oh, oh, das G-Wort! Das darf man nie laut sagen. Schon gar nicht in Gegenwart des Alten. Seine größte Angst. Wie der „traurige Patient“ im Straflager zu sterben.

Panik herrscht hier von morgens bis abends. Der Laden brennt an allen Ecken und Enden. Und fällt auseinander. Jeder weiß es, nur der Alte nicht. Der schwebt über allem. Nicht in der Luft. Er hat Angst abzustürzen. Deshalb fliegt er kaum noch. Allein im Palastbunker schwebt er wie über Eis.

Da bringen ihm die Generäle seine Nachrichten. Nur gute natürlich. Rybalskoje ist eingekommen. Rybalskoje! Wo liegt dieses Kaff eigentlich? Rybalskoje! Das klingt nicht nach Warschau oder Berlin. Rybalskoje! Total zerstört. Hauptsache, gefallen.

So geht das seit vier Jahren. So lang wie der Große Vaterländische Krieg. Den die Scheiß-Generäle zu führen glauben. Und kommen dabei nicht voran. Diese elenden Versager. Aber nur gute Nachrichten abliefern in Moskau. Und den Alten freut's. Aber auch nur ihn.



Kalaschnikow ist nichts dagegen Foto: ap

Der Zwerg will mehr. Wie immer. Der Stellvertretende Leiter des Sicherheitsrats. Ziemlich langer Titel für solch ein kleines Männlein. Das der Alte misstrauisch bäugt. Weil es schon mal eine Rochade mit ihm gab. Ministerpräsident. Dann Präsident. Und retour. Was für eine Farce! Hält sich für den einzig legitimen Nachfolger des Alten. Der Zwerg aber wird sicher nicht in seinem Bett sterben. Da sei das verdammte G-Wort vor.

Und dann ist da noch die Mumie. Der Außenminister. Der

schon ewig und drei Tage dabei ist. An dem alles abtropft. Hat alles gesehen. Und jeden belogen. Subtil wie ein Gallenstein. War schon lange nicht mehr im Zentrum der Macht. Neulich hat der Alte sogar gefragt, ob die Mumie überhaupt noch im Amt ist. Kein Witz!

Im Zentrum laufen alle Fäden zusammen. Und verknoten sich. Bis niemand sie mehr auflösen kann. Kein Schwert. Kein Schlag. Ginge es nach dem Zwerg, dann Atombombe drauf und gut ist. Da werden ihm die Chinesen aber

eins husten. Diese geldgeilen Verbrecher. Demnächst verkaufen wir ihnen Wladiwostok für nichts. Pakédowa, Wladi!

Geld, Gold, Reserven gibt's nicht mehr. Aber der Alte fliegt auf die Kurilen. Trotz seiner Flugangst. Für eine große Show des großen Russlands. Wen zur Hölle interessiert jetzt Japan? Diese vier steintoten Inseln wie Blumen auf einem leeren Grab. Teuer und zu nichts nütze. „Was für ein herrliches Wetter Sie hier haben, fast wie in einem Ferienort!“ Hat der Alte gewitzelt. Dieser Sonnenclown. Fehlte nur noch, dass er den Strahl der Sonne in seinem Picknickkorb einzufangen versuchte.

Das waren noch Zeiten, als das Volk aus echten Russen bestand. Und jetzt? Überall nur Lämmer. Blöken und scheißen. Früher hätten sie auf ihre teuren SUVs verzichtet und die Pferde vor die Kutschen gespannt. Und wenn die Pferde starben, dann eben Hunde. Und wenn die Hunde starben, dann eben die Großmütter. Angetrieben von einem Stück Fett und einem Glas Wodka.

Heute jammern sie über die Benzinpreise. Über geschlossene Tankstellen. Geschlossenes Telegram. Und kaufen nur noch bei Wildberries ein. Den ganzen Plastikmüll der Chinesen. Diese verschlagenen Verbrecher.

Und wenn Wildberries brennt, brennt die Hütte. Man sollte ihre

Liefersklaven vor die Kutschen spannen. Neulich hat die Frau etwas bestellt, und der erbärmliche Kurier torkelte vor der Haustür. Der Wodka tue ihm wohl nicht gut bei der Arbeit, meinte sie. Und er antwortete: Welche Arbeit? Das ist Gulag!

Im Paket war natürlich nicht das Bestellte, sondern ein Plüschtier aus China als Ersatz. Diese gerissenen Verbrecher. Der Liefersklave wurde gleich eingezogen für die SWO. Kam an die Front. In den Spezialoperationarsch. Und ist bereits vermisst.

Gestern zeichnete der Alte einen Offizier aus. Für die Erfolge an der Front. Rybalskoje! Noch ein glänzender Orden an der Brust. Und jeder seiner Vorgesetzten wusste: Er presst seinen Soldaten die Kreditkarten und die Passwörter ab. Dann schickt er sie in den Fleischwolf. Wo sie in Massen sterben.

Er lässt sie aber nicht für tot erklären. Solange sie als vermisst gelten, kann er in der nächsten Stadt mit ihren Karten Geld am Automaten abheben. Viele seiner Männer hat er so ausgenommen. Und jetzt ist er reich. Wie ein Oligarch. Dafür hat er einen Orden verdient. Den der ruhmreichen Roten Armee.

Der Apparat läuft und läuft. Und wenn alles vorbei ist, läuft er einfach weiter. So schnell wird nichts passieren. Wodka ist ein schleichendes Gift. Aber wer hat es schon eilig?

Tiere alle wieder tipptopp

Mannigfaltiges aus der Welt der Zoologie

Das Wichtigste und einzig Wahre wie immer auf dieser Seite, auf diesen Zeilen zu allerallererst: Am 22. August ist – blubb, blubb, blubb – „Tag der Fische“. Das meldete uns der „Zentralverband der Heimtierbranche“ am sich sachte aufwärmenden Donnerstag. Und legte sogleich nach: „Ein Aquarium braucht Wissen und Geduld: Diese 5 Fehler sollten Einsteiger vermeiden.“ Für diese fünf haben wir hier und heute leider keinen Publikationsplatz, weil, ja weil die Ticker vollliefen mit gar animalisch interessanten Nachrichten. Hier nur mal eben die weiteren Schlagzeilen diesbezüglich und bis Redaktionsschluss: „Überraschender Fund – Fran-

zose entdeckt Boa unter Motorhaube“, ließ uns die dpa aus dem Hexagon wissen, und im Zoo von Hannover, so die dpa, ziehen vier Boas, nein, „vier Riesenschildkröten in ein neues Warmhaus ein“. Wir gratulieren, auch den „hunderterten von Meerschweinchen“, die in Massachusetts in einem „einstigen Büroraum“ laut AP „eine Rettungsstation“ gefunden haben. Schön! Nicht so schön via dpa: „Hamburger Polizei löst Reiterstaffel Ende 2027 auf“. Die Einheit wird „aus Kosten- und Personalgründen“ ausgelegt. Ja können denn die jungen Schupos und Schupinnen nicht mehr hoch zu Ross kantig die Dicken machen? Zeiten sind das, zum Wiehern!

Gala mit Merkel

Harry und Meghan stoßen neuen Retrotrend an

Hurra! Hurra! Hurra! Grenzloser Jubel erfüllte am Donnerstag die unendlich weiten Hallen des Wahrheit-Kontors, als die Nachricht des Tages über die Menschheit hereinbrach: „Harry und Meghan kehren zurück.“ Das royale Traum- und Alptraupaar wird sich wieder in Großbritannien ansiedeln. Sechs Jahre nach dem krachenden Abschied des Paares aus der Königsfamilie. Hurra! Hurra! Hurra! Das bedeutet: Wenn selbst der völlig verfahrenere „Megxit“ rückabgewickelt wird, dann wird demnächst auch der „Brexit“ rückgängig gemacht. Großbritannien kehrt nach Europa zurück. Und damit nicht genug, der neue Trend heißt Konternostalgie. Ein nicht nur in die Vergangenheit gerichtetes Sehnen, tatsächlich kehrt alles zurück. Angela Merkel wird neue Bundeskanzlerin. Gala von Eduscho ist wieder da. Wie Punicia, der verschollene Lieblingsorngensaft der Achtzigerjahre. Und selbst die Mauer kehrt heim. Mit der guten, alten DDR. Wo sich der Abschaum für Deutschland (AfD) im engen Schrebergarten der Geschichte ansiedeln darf, während die BRD-Bürger endlich wieder ihre Ruhe haben. Dank Meghan und Harry. Hurra! Hurra! Hurra!



Kontorpaarfoto dpa



Joachim Schulz

Das Kissen von Dutschke

Wir ließen die Einladung rumgehen, die Petris, der Gumwirt, morgens in der Post gefunden hatte. Sie war zweifelsohne für uns bestimmt.

„Ist doch schlau, dass Stolle sie ans Gum geschickt hat“, sagte Theo: „Schließlich haben wir schon vor vierzig Jahren hier an der Theke gesessen.“ – „Wisst ihr noch, wann er abgehauen ist?“, fragte Luis. „95, glaube ich“, sagte Raimund: „Er ist dann ja Headhunter in Frankfurt geworden.“ – „Investmentberater“, brummte Luis. „Stimmt“, sagte Raimund, „irgendwas Mieses.“

„Immerhin hat er uns nicht vergessen und zu seinem 65. eingeladen“, sagte Theo. „Gehen wir hin?“ – „Bist du irre?“, sagte Raimund: „Da laufen die ganzen Frankfurter Großkotzbanker rum. Die werden uns anstarren, als ob wir Aliens wären.“ – „So what?“, grinste Theo. „Früher, als wir noch Punks waren, hast du das genossen.“ – „Und was sollen wir ihm schenken?“ – „Punx schenken nix!“, jubelte Theo: „Never!“

„Was haltet ihr von Dutschkes Kissen?“, mischte sich Rudi, der Blödmann, ein. „Das wäre natürlich ein Hammer“, sagte Theo: „Er war immer so scharf auf dieses Kissen. Aber Hanno wird es nicht rausrücken.“ – „Hanno ist doch gestorben“, sagte Rudi. „Vor zwei Jahren. Herzinfarkt.“ – „Ist nicht schade um ihn“, sagte Theo. „Er war ein Scheißkerl.“ „Also bitte!“, wies Luis ihn zurecht. „Ist doch wahr“, sagte Theo: „Er hat Stolle Corinna ausgespannt, er hat ihn aus seinem eigenen Haus rausgeschmissen, und er hat nicht mal das Kissen rausgerückt, auf dem Rudi Dutschke beim Teach-in in der Mensa im Frühjahr ‚67 gesessen haben soll. Stolle hat dieses Kissen verehrt, aber Hanno wollte ihn fertigmachen – nur aus Bosheit und Rache.“ – „Ist es ein Wunder?“, sagte Luis: „Immerhin hatte Stolle ihn bei den Bullen verpöffen, damals bei dieser Springteufelchen-Geschichte mit dem Ministerpräsidenten.“ – „Stolle hat das immer bestritten!“, belehrte ihn Theo.

„Na, und? Stolle war skrupellos“, schnappte Luis: „Kuck dir

doch an, womit er später seine Investmentmillionen verdient hat: Er hat massenhaft vertrauensselige Wichtel um ihre Spargroschen gebracht.“ – „Aber das hat er doch nur getan, weil sein Leben zerstört war und er an nichts mehr geglaubt hat!“ – „Ich gehe jedenfalls nicht zu dieser Bonzenparty!“ – „Und ich geh!“ rief Theo. „Ich werde bei Corinna Dutschkes Kissen holen, und er wird blitzartig erkennen, dass die ganzen Millionen nichts wert sind im Vergleich zu dem wirklichen Leben, das hier auf ihn wartet: an dieser Theke, die auch seine Heimat ist.“

Dass es ganz anders kam, lag vor allem daran, dass Dutschkes Kissen bereits seit Jahrzehnten in einem alten Schuppen lag und viele streunende Katzen darauf viele Katzenbabys zur Welt gebracht haben mussten, weshalb es so sehr stank, dass Theo im Regionalzug nach Frankfurt von einem resoluten Schaffner irgendwo im Nirgendwo auf einen verlassenen Bahnsteig hinaus geschubst wurde und niemals sein Ziel erreichte.



das wetter

Anheimfallen

Die Oheimin nickte. Es war viel Wasser und mehr die Hunte hinabgeflossen, da brachte ein weiterer Tropfen das Erregungsfass auch nicht zum Überlaufen. Viel wichtiger erschien es der Oheimin, nicht Muhme genannt zu werden. Nein, die Oheimin war die Oheimin, und das war auch gut so. Das Wort Muhme hatte sie dem Vergessen anheimfallen lassen. Das befand die Oheimin ebenso für richtig und wahr. Als Nächstes stand auf ihrem Zettel, dass Nachbars Obst endlich ihr als Oheimin anheimfallen würde. Topp.

gurke des tages

Wie konnte Gott das nur zulassen? „Heilige Quelle in bayerischer Wallfahrtskirche ist versiegt“, meldete die Buß-und-Bet-Agentur KNA am Donnerstag. Seit sich um das Jahr 1700 ein fast blinder Mann mit dem heiligen Nass die Augen wusch und danach wieder sehen konnte, lief das Magic Business in der Einsiedelei Frauenbründl südlich von Regensburg. Jetzt sorgen Klimawandel und Dürre für wunderlose Zeiten. Gott, jetzt heißt es, sofort eingreifen! Wunderwasser marsch!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk, Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
Anzeigen: Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bielefeld
Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €



RADIOEINS FREILUFTKINO FRIEDRICHSHAIN



radioeins rbb

taz

tipBerlin

HOFBRÄU  MÜNCHEN



Hohe Heizkosten, sinkende Lebensqualität: ein Haus des Wohnkomplexes Rollbergsiedlung in der Falkstraße
Foto: CC/Tosid85

Es bröckelt am Rollberg

Unter sanierungsbedürftigen Häusern leiden sowohl Mieter:innen als auch das Klima. Die Initiative Soziale Wärmewende jetzt will beiden helfen

Von **Luzie Fuhrmann**

Vor der rot lackierten Hauseingangstür in der Neuköllner Rollbergsiedlung stehen Eliz Kurt und Merete Looft mit einem Klemmbrett in der Hand und klingeln. Ein älterer Mann in Hausschlappen kommt durch das Treppenhäus und öffnet. „Manchmal geht die Tür nicht auf“, sagt er, deswegen sei er lieber direkt gekommen, um zu öffnen.

Er sei schon seit 30 Jahren Mieter in dem Haus, sagt er – es gebe genug Dinge, über die er sich beschweren könne. „Die Terrasse ist schön. Alles andere ist schlimm“, sagt der Mieter. Dann beginnt er von der Asbestbelastung zu sprechen, von kaputten Fahrstühlen, dem Müll, der Ratten anlocke, von Wasserschäden und Rohrbrüchen und schließlich von hohen Nachzahlungen – „Bei vielen hier im Block waren es mehrere Hundert Euro.“

Kurt und Looft sammeln Unterschriften für einen Brandbrief an die Direktkandidaten

des Wahlkreises. Immerhin ist die Eigentümerin der Rollbergsiedlung die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land. Sie wollen, dass die vielen Mängel des in den 60er Jahren errichteten Wohnkomplexes behoben werden und fordern, dass die Häuser umfassend energetisch saniert werden. Doch im Gegensatz zur bisherigen Praxis von Wohnungsunternehmen sollen die Sanierungskosten nicht auf die Miete draufgeschlagen werden.

Aufgerufen zu der Unterschriftensammlung hat der Kiezrat Rollberg, ein Zusammenschluss aus Mieter*innen der Siedlung. Unterstützt werden sie von den Klimaaktivist:innen der Initiative Soziale Wärmewende jetzt. Für sie ist die Rollbergsiedlung ein Beispiel, wie Mieter:innen- und Klimarechtigkeitskämpfe zusammengeführt werden können. Denn energetische Sanierungen senken sowohl die Nebenkosten als auch den CO₂-Verbrauch.

Eliz Kurt pflegt ihren 84-jährigen Vater, der hier Mieter ist. Zehn Tage lang gab es in der Falkstraße, in einem der Wohnblöcke der Rollbergsiedlung in Neukölln, kein Wasser. „Wir haben ihm dann Eimer und Flaschen mit Wasser hingestellt“, sagt Kurt. Ein anderes Mal fiel über Monate hinweg der Fahrstuhl aus – ihr Vater sitzt im Rollstuhl: „Tagespflege, Arzttermine – er ist da nicht mehr hingegangen. Das ist doch kein Zustand“, sagt sie.

Nachdem er seine Wohnung in der Werbellinstraße ein paar Jahre zuvor wegen Schimmel verlassen musste, muss der Vater nun vermutlich erneut die Wohnung wechseln, da – wie in großen Teilen der Rollbergsiedlung – nun Spuren von Asbest in den Badezimmerschächten gefunden wurden. Er und viele andere Mieter*innen erhielten aus diesem Grund Anfang des Jahres ein Schreiben, in dem die Eigentümerin der Rollbergsiedlung, die landeseigene Wohnungs-

baugesellschaft Stadt und Land, Strangsaniierungen ankündigte: Die Versorgungsleitungen sollen erneuert werden.

Für viele Mieterinnen ist das zwar ein notwendiger Schritt, aber eben nur ein erster. Denn weitere Instandsetzungsmaßnahmen seien derzeit nicht ge-

„Selbst wenn manchen Klimaschutz zu abstrakt ist, finden eine gut gedämmte Wohnung, in der man gut leben kann, alle gut“

Merete Looft,
Soziale Wärmewende jetzt

plant, teilte Stadt und Land mit. Zurück bleiben viele andere Probleme, mit denen die Bewohnerinnen seit Jahren leben: Schim-

mel, kaputte Fenster, hohe Energiekosten und eine veraltete Wärmeversorgung.

Schon etliche Male hat Eliz Kurt, die solche Angelegenheiten für ihren Vater regelt, versucht, Stadt und Land wegen solcher Mängel zu kontaktieren. Sie scrollt durch ihr E-Mail-Postfach: „Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, die erschwerte Lage meines Vaters zu berücksichtigen“, „...eine Notfallsituation“. Doch die Mails laufen ins Leere, Stadt und Land ist nicht zu erreichen. Früher gab es ein Büro von Stadt und Land im Kiez, das aber während der Coronazeit geschlossen wurde und nicht wieder öffnete. Seitdem fehlt eine niedrigschwellige Anlaufstelle.

In dem Brandbrief fordert der Kiezrat „eine feste verlässliche Mängelmeldestelle“, „verbindliche Zeitpläne für die Sanierung“, und umfassende und sozial gerechte Sanierungen.

Merete Looft von der Initiative Soziale Wärmewende jetzt war

schon vorher in der Klimabewegung aktiv. „Wenn die Mieter*innen von ihren hohen Nachzahlungen erzählen, antworten wir: Das liegt auch daran, dass die Wohnung so schlecht gedämmt ist“, sagt Looft. Die Interessen von Mieter*innen und Klimaschützer*innen würden also eigentlich Hand in Hand gehen. Selbst wenn manchen Personen Klimaschutz zu abstrakt sei, fänden eine gut gedämmte Wohnung, in der man gut leben könne, alle gut, sagt Looft. Statt auf umfangreiche Sanierung, um bestehende Wohnungen intakt zu halten, setzten viele Wohnungsbauunternehmen auf Neubau – denn Sanierungen sind teuer: „Natürlich ist Neubau wichtig, aber das kann nicht bedeuten, dass der Bestand dem Verfall überlassen wird“, sagt Looft.

Auch an der Tür von Eliz Kurts Vater klingelten die Aktivist*innen vom Kiezrat und der Sozialen Wärmewende jetzt: „Ich wünschte, ich hätte früher von solchen Aktionen gewusst“, sagt Eliz Kurt, die heute selbst Unterschriften sammelt. Sie klingelt an einer weiteren Tür im Wohnkomplex der Rollbergsiedlung. Eine Frau öffnet, ihre zwei Kinder lüken hinter ihrem Rücken hervor. Sie hat einen Putzlappen und Glasreiniger in der Hand. „Ich hasse es!“, sagt sie. Das Störendste sei der Dreck überall im Kiez: „Hier liegen Spritzen rum, immer wieder gibt es Rattenplagen – meine Kinder dürfen hier nicht spielen.“ Nachdem sie den Brandbrief unterschrieben hat, verabschiedet sich die Mieterin mit den Worten: „Ich putze mal meine kaputten Fenster weiter.“ Neun Unterschriften sammeln die beiden an diesem Tag – „Manchmal sammelt man 30 Unterschriften, manchmal nur 3“, sagt Klimaaktivistin Merete Looft. Aber es komme nicht auf die Zahlen an. Es gehe vor allem darum, Mieter*innen zu aktivieren – das sei für den langfristigen Erfolg der Bewegung viel wichtiger, sagt Looft.

Bis zum 1. September sammeln die Aktivist*innen weiter. An dem Tag will die Initiative in einem von ihr organisierten Wahlforum die Politik mit ihren Forderungen konfrontieren. Eingeladen sind die Direktkandidat*innen der SPD, CDU, Linken und Grünen, bislang hätten alle zugesagt, bis auf die CDU. „Wenn Politiker*innen sagen, sie wollen hier in Neukölln in das Abgeordnetenhaus einziehen, dann müssen sie auch eine Zusage zur Rollbergsiedlung treffen“, sagt Moritz S., ein weiterer Wärmewende-Aktivist.

Erik Peter besucht die Gründung eines Elif-Fanclubs

„Wählst du noch die Grünen?“

Kurz ist Michael Sontheimer, ehemaliger taz-Chefredakteur, wohl selbst irritiert, als er auf einer Pressekonferenz am Donnerstag die Genese der Idee einer Wahl-Initiative für die Linken-Kandidatin zur Abgeordnetenhauswahl Elif Eralp vorstellt. Sein Vater habe damals, Ende der 1960er die Initiative „Willy wählen“ mitbegründet, die zwei erfolgreiche Kanzlerkandidaturen von Willy Brandt begleitete, an diese habe er sich erinnert und gedacht: „Warum nicht“ etwas Ähnliches auch für Eralp? Begleitet von Lachern auf dem Podium in der taz-Kantine entfährt ihm: „Mir ist schon klar, dass da eine gewisse Asymmetrie herrscht.“

Und so wie Eralp kein Brandt, möchte Sontheimer sich auch nicht mit dem Schriftsteller Heinrich Böll vergleichen,

der sich für Willy oder gegen Militarismus starkmachte. Anknüpfen aber möchte er schon an die Tradition von Post-1968, als „öffentliche Intellektuelle noch wichtig waren“, als Leute aus Wissenschaft und Kultur „Partei ergriffen“. Selbstverständlich ist das heute nicht mehr. Es klang durch, dass Sontheimer durchaus einige Absagen kassiert habe, nicht wenige hätten ihm gesagt: „Ich wähle Elif Eralp und die Linke, aber öffentlich machen, möchte ich das lieber nicht.“

Einige Mitstreiter:innen, die bereit sind, ihre Nase in den Wind zu stecken fand Sontheimer aber doch. 22 Erstunterzeichner:innen hat der Wahlaufuf eingesammelt – keine Linkspartei-Mitglieder, wie im Aufruf betont wird. Zu ihnen gehören der Kabarettist Arnulf Rating, die Schauspielerinnen Corinna Harfouch

und die Künstlerin Käthe Kruse. Unterzeichnet haben sie einen kurzen Text, in dem die Sorge um Berlin angesichts von Kulturkürzungen und Wohnungskrise ausgedrückt wird. Dagegen betonen sie: „Elif Eralps Reformpläne auf dem Weg zu einer Stadt für Alle sind realistisch.“

Ähnlich nüchtern bleibt der Ton auch auf dem Podium, wo der Regisseur und Moderator Jürgen Kuttner feststellt: „Wir halten Elif für eine überzeugende Vertreterin einer Politik, die wir gut finden.“ Gleichwohl: „Es wird kein neues Berlin sein am 21. September.“ Ein Wahlsieg der Linken würde die Stadt nicht fundamental verändern, da sind sich die prominenten Wahlwerber:innen einig. Das klingt nicht nach jugendlichem Enthusiasmus, aber dafür haben sie alle wohl auch schon zu viel erlebt.

Der Autor Wladimir Kaminer verbindet mit Eralp die Hoffnung, dem „Turbokapitalismus“ der Wohnungen einzig als Finanzkapital betrachtet, etwas entgegenzusetzen. „Es sieht nicht so aus, als könnte das die SPD“, sagt er. Eine Regierende Bürgermeisterin Eralp wäre Kaminer zufolge ein gutes Zeichen gegen den Rechtsruck und außerdem: „Sie ist eine sympathische Zeitgenossin.“

Als wenig überraschender Überraschungsgast platzt die Kandidatin dann auch selbst in die Runde, strahlend gut gelaunt. Da drückt es auch nicht auf die Stimmung, dass die Versprechen der Linken abseits der Mietpolitik mitunter sehr klein ausfallen: Während der von Eralp zum „Vorbild“ erklärte Zoran Mamdani in New York den Busverkehr kostenlos ma-

chen will, will die Berliner Linke einen „Preisstopp“ für den ÖPNV. Mehr Pragmatismus geht kaum.

Angst vor der Linken müsse niemand haben, sagt Sontheimer. Sie sei Berlins mitgliederstärkste Partei, „kein marginaler Haufen von Antisemiten und anderen Irren“. Er beobachte in seinem Umfeld eine Absatzbewegung von den Grünen: „Wählst du noch die Grünen oder auch schon die Linken?“, sei eine gängige Frage. Aufruf-Unterstützer:innen wie Gretchen Dutschke stünden für diesen Trend.

Man wolle derweil keine „Wählerwanderbewegung anführen“ sagt Kuttner, sondern „solidarische Kräfte bei SPD und Grünen stärken“. Nur mit ihrer Unterstützung kann Berlin eine „rote Bürgermeisterin“ bekommen.



Stephanie Grimm
Sound der Stadt

Inspiriert durch
die Sonne

Surrealer Humor trifft auf tranceartige Hypnose – was gemeinhin ja nicht unbedingt verschwisterte Gefühlslagen sind. Doch bei dem Essener Trio International Music finden sie einem einzigartigen Mix aus melancholisch grundiertem Krautrock, Psychedelic, Indie-Rock und Kneipen-Atmo zusammen. Live legen sie beim Entfesseln ihrer Mischung aus Wahn und Sinn noch eine Schippe drauf. Ihr drittes Album „Endless Rüttenscheid“ ist seit zwei Jahren in der Welt – höchste Zeit, dass Peter Rubel, Pedro Goncalves Crescenti und Joel Roters es auf einer Berliner Bühne präsentieren (22. 8., 20 Uhr, Festsaal Kreuzberg, Link)

Am Montag beginnt dann die zwölfte Ausgabe des Pop-Kultur-Festivals (24.–30. August verschiedene Spielstätten, Link), ganze sieben Tage lang. Wobei die ersten beiden vor allem dem Diskurs gewidmet sind, in Gestalt von Panels und Lesungen – gibt es doch reichlich Redebedarf angesichts der Anfechtungen, denen sich Popkultur und die Subkulturen, die dranhängen, ausgesetzt sehen: von fragwürdigen Streamingplattformen über die Schwemme von KI-generierter Musik bis zum Clubsterben.

Ein bisschen Musik gibt es jedoch selbst zum Auftakt. Die Reihe Sonic Crossings, in Kooperation mit dem Goethe-Institut, etwa holt junge Musiker:innen für eine Kurz-Residency nach Berlin, diesmal aus Kasachstan und Usbekistan. Unter anderem ist Laylo zu erleben, die gerne mal als „usbekische Billie Eilish“ bezeichnet wird, was ihrer eigenen Version von Bedroom-Pop aber kaum gerecht wird (25. August, 21.50 Uhr, Sinema Transtopia, freier Eintritt). Die ersten Festivaltage finden im Wedding statt, im Silent Green und umliegenden Locations.

Donnerstag dockt das Festival, ebenfalls bei freiem Eintritt, im Festsaal Kreuzberg an, wo unter anderem die tolle Berliner Avant-Pop-Band Painting (27. August, 20.10 Uhr) auftritt. Freitag und Samstag gibt es dann in gewohnter Manier ein Bouquet von Konzerten und Commissioned Works in der alten Heimstatt Kulturbrauerei. Der Abschluss findet erstmals im atmosphärischen Pierre-Boulez-Saal statt: Anushka Chkheidze und Robert Lippok präsentieren ihren immersiven Indietronic-Ambientsound und die für schwelgerische Melancholie geschätzten Isländer von múm geben mit „Sonnenuhr“ eine elektroakustische Performative, bei der Elektronik auf ein Streichquartett trifft.

Ebenfalls die Sonne im Titel trägt Kasia Wolińskas Tanzsolo „Phoenix.Sun“, das bei Tanz im August uraufgeführt wird und live begleitet wird vom ukrainischen Elektroniker Oleh Shpudeiko. Besser bekannt ist er als Heinali und machte sich vor allem durch die Neubearbeitung mittelalterlicher Musik mit modularen Synthesizern einen Namen – mal sehen, was er diesmal aus seinem Gerätepark zaubert. Wolińskas Choreografie erzählt jedenfalls vom Kreislauf von Entstehen und Vergehen und, so heißt es in der Ankündigung, wird damit zur „Meditation über eine Welt in Flammen“ (24. August, 20 Uhr, 25.+26. August, 18 Uhr St. Elisabeth-Kirche, Info+Ticketlink)

Schlafsaal für Frauen in der Kältehilfe-Notübernachtung in der Bergstraße im Bezirk Steglitz-Zehlendorf Foto: Monika Skolimowska/picture alliance

Besonders schützenswert,
aber kaum Schutz

Queere Wohnungslose sind in Hilfsangeboten oft mit diskriminierendem Verhalten konfrontiert. Auch in Berlin mangelt es an spezifischen Angeboten

Von Anna Simbürger

Nicht erst der Anschlag auf den CSD hat gezeigt, dass queeres Leben besonders gefährdet ist. Das schätzt auch die Bundesregierung so ein, wenn sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen zur Wohnungslosigkeit queerer Menschen sagt, dass diese in den Facharbeitsgruppen des Nationalen Forums gegen Wohnungslosigkeit als besonders schützenswerte Gruppe mitgedacht werden muss. Trotzdem unternimmt die Bundesregierung keine gesonderten Maßnahmen, um queere Menschen vor Obdachlosigkeit zu schützen, wie die Antwort zeigt.

Das Nationale Forum soll das Ziel umsetzen, welches 2024 im Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit beschlossen wurde: Wohnungslosigkeit bis 2030 abschaffen. Bis zur Erfüllung des Ziels bleiben jedoch kaum noch drei Jahre und Wohnungslosigkeit ist auch in Berlin allgegenwärtig. Das im Rahmen des Aktionsplans erstellte

Jahresarbeitsprogramm für 2026 beinhaltet von 50 Maßnahmen nicht eine, die den Schutz queerer Menschen besonders hervorheben würde.

Dabei brauchen queere Menschen auch in der Wohnungslosigkeit besondere Schutzräume. Viele queere Menschen meiden existierende Hilfsangebote, weil sie befürchten, dort diskriminierende Erfahrungen zu machen. Im Hilfesystem in Berlin machen sie deshalb nur einen Anteil von etwa fünf bis sechs Prozent aus, obwohl 15 Prozent der Wohnungslosen in der Stadt queer sind. Das ergab die erste Grundlagenstudie zu queerer Wohnungslosigkeit in Berlin aus 2024.

Oft mangelt es an Sensibilisierung beim Personal der Notunterkünfte. „Menschen, die wegen familiärer Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt auf der Straße landen und selbst in Notunterkünften nicht sicher sind, werden von unserem Staat dabei doppelt im Stich gelassen“, sagt Nyke Slawik, queerpolitische Sprecherin der Grünen und Bundestagsab-

geordnete. Insbesondere sind davon trans*, inter* und nicht-binäre Menschen betroffen.

„Die Notunterbringungen sind stark geschlechtsbinär geregelt“, sagt auch Anjes Sanogo von der Schwulenberatung Berlin. Beim Leitungspersonal der Unterkünfte bestehe eine große Unsicherheit diesbezüglich, vor allem seit Inkrafttreten des Selbstbestimmungsgesetzes 2024. Manche Führungskräfte würden zum Beispiel trans Frauen ablehnen, weil sie dem Mythos aufsitzen, trans Frauen würden cis Frauen sexuell belästigen wollen. Das führe dann dazu, dass trans Frauen häufig abgelehnt würden.

Unter anderem deswegen hätten queere Menschen eine hohe Neigung dazu, lieber verdeckt wohnungslos zu sein, sagt Sanogo. Sie würden zum Beispiel Couchsurfing bei Freund*innen nutzen. Das bürge auch Risiken: „Zum Teil harren sie auch in sehr missbräuchlichen Wohngelegenheiten aus, um nicht in die Notunterkünfte gehen zu müssen.“

Erste Projekte, wie queere Wohnungslosigkeit gezielt bekämpft werden kann, gibt es bereits in Berlin. Zum Beispiel durch den Housing First-Ansatz. Wohnungslose Menschen bekommen in diesem Zusammenhang zuerst eine Wohnung gestellt. Daran sind keine Bedingungen geknüpft. Auch für queere Menschen gibt es seit 2023 ein solches Angebot von der Schwulenberatung Berlin. Die Nachfrage ist hoch, aktuell gibt es keine freien Plätze mehr.

Finanziert wird das Projekt Housing First Queer durch die Senatsverwaltung für Soziales. 45 Wohnungen konnten so bereits vermittelt werden. Sanogo, Teamleitung von Housing First Queer, gefällt der radikal menschenrechtliche Ansatz: „Bei Housing First steht im Mittelpunkt, in eigenen Wohnraum zu gelangen mit dem Ziel, die Lebenssituation zu stabilisieren.“ In der regulären Wohnungslosenhilfe sei es genau umgekehrt.

„Nicht wir mieten die Wohnungen an, sondern die Menschen selbst.“ Dafür kriegen sie ihren eigenen Mietvertrag. So können Menschen auch in ihrer Wohnung bleiben, wenn die Betreuung endet und umgekehrt.

Von der Bundesregierung wünscht sich Sylvia Rietenberg, Berichterstatterin für Wohnungs- und Obdachlosigkeit der Grünen und Mitglied im Bundestag konkrete Maßnahme für diese spezifische Zielgruppe: „Allgemeine Maßnahmen helfen nicht, wenn man die besonderen Hürden queerer Menschen gar nicht erst wahrnimmt.“ Der Nationale Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit sei mit großem Anspruch gestartet. Aber: „Unter dieser Bundesregierung bleibt davon nicht mehr als eine PR-Fassade, die nichts mit der Realität der Betroffenen zu tun hat“, beklagt die Politikerin.



Law and Order gilt nicht
für Einkommensmillionäre

Berlin soll den Gürtel enger schnallen. Dabei könnten eingetriebene Mehrsteuern von Einkommensmillionären die Haushaltslage entspannen

Von Ann Toma-Toader

Kein Gratis-Schulessen, kein Gratis-Schülerticket, keine Gratis-Mentalität: Das sind die Pläne des Finanzsenators und Bürgermeisterkandidat Stefan Evers für Berlin. Sparen müsse man, auf Berlin kämen finanziell schwierige Zeiten zu, sagte er dem rbb am Montag. Jeder Euro wird benötigt.

Warum prüft der Staat dann nicht genauer die Steuerabgaben der Einkommensmillionäre? Würden die Finanzämter flächendeckend nachprüfen, könnten Mehreinnahmen in Millionenhöhe eingetrieben werden. Doch diese sogenannten Außenprüfungen werden in Berlin nur sehr spärlich durchgeführt.

Der Abgeordnete Sebastian Schlüsselburg ist Haushaltsexperte der SPD und fragt regelmäßig die Steuerrückstände von Steuerprüfungen ab. Aus seiner schriftlichen Anfrage vom 27.

Juli geht hervor, dass im ersten Halbjahr 2026 in Berlin bei 927 Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften, also Einkommensmillionären, nur 24 Außenprüfungen abgeschlossen wurden. Bei drei Fällen stellten die Prüfer fest, dass insgesamt ein Steuerbetrag von 387.000 Euro fehlte.

Neu ist diese Erkenntnis nicht: In Berlin betrogen die durchschnittlichen Mehreinnahmen durch Nachforderungen im Zeitraum 2006 bis 2016 rund 88.940 Euro pro Fall. Bisher entscheidet ein risikoorientiertes Fallauswahlverfahren die Außenprüfungen. Ein angestrebter, festgelegter Prüfungsrhythmus stelle aber „kein Generalverdacht, sondern eine Frage der Steuergerechtigkeit“ dar, sagt Schlüsselburg.

Schlüsselburg kann die Regierung, in regelmäßigen Intervallen Außenprüfungen durchzuführen, nicht verstehen. Die Zahlen sprächen für sich. „Es

zeigt sehr deutlich, dass regelmäßige Wiederholungsprüfungen alles andere als überflüssig sind“, sagte er der taz. Die SPD-Fraktion hatte im März einen Antragsentwurf beschlossen, um mit regelmäßigen Außenprüfungen die Steuergerechtigkeit zu stärken. Diesen hatte die CDU abgelehnt.

Der Entwurf bezieht sich auf „beständige Kritik des Bundesrechnungshofes an einer zu laxen Prüfungspraxis bei Millioneneinkünften“ sowie auf ein Gutachten der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags. Demnach können Steuergesetze verfassungswidrig werden, wenn ihre praktische Durchsetzbarkeit durch systemische Vollzugsdefizite beeinträchtigt wird. Die SPD sieht darin eine Notwendigkeit für ein Mindestintervall der Außenprüfungen. Dieses könnten die verfassungsrechtliche gebotene Gleichmäßigkeit der Besteuerung sichern.

Besonders um Gerechtigkeit geht es Schlüsselburg: „Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird die Lohnsteuer Monat für Monat automatisch vom Gehalt abgezogen. Wer dagegen sehr hohe und häufig komplex zusammengesetzte Einkünfte erzielt, sollte ebenfalls damit rechnen müssen, in angemessenen Abständen vom Finanzamt geprüft zu werden.“

„Steuergerechtigkeit darf nicht vom jeweiligen Personalstand oder von Zufallsselektionen abhängen“, heißt es im Antragsentwurf der SPD. Der Morgenpost gegenüber sagte Schlüsselburg, er fordere von Evers eine „Finanzverwaltung, die personell in die Lage versetzt wird, das geltende Steuerrecht konsequent durchzusetzen“. Von 703 Stellen bei den Betriebsprüfern der Finanzämter waren Mitte 2026 zwar 675 besetzt, berichtete die Morgenpost. Das seien jedoch weniger als noch 12 Monate zuvor.

Anzeigen

CARBON NEGATIVE
A CO₂ performance by Flinn Works
ENGLISH THEATRE BERLIN
International Performing Arts Center
August 27 – 29

Dein Zukunftsbriefing,
jeden Donnerstag
TEAM taz ZUKUNFT
Abonniere den Newsletter zu Klima, Wissen, Utopien
taz.de/teamzukunft

Das Taubenhaus soll die Flatter machen

Das Taubenhaus am Südkreuz bietet den Stadtvögeln ein sicheres Zuhause und dämmt deren Population ein. Jetzt will die Bahn es nicht mehr haben

Von **Claudius Präßer** (Text und Fotos)

E ntschuldige“, sagt Hanieh Razawi zu der Taube, die sie gerade von ihrem Nest genommen hat und in der Hand hält. Das grau gefiederte Tier bleibt ruhig, wahrscheinlich weil Razawi den richtigen Griff beherrscht, vielleicht aber auch, weil der Vogel die Frau kennt, die sich zusammen mit einem Team von rund 20 Freiwilligen täglich um ihn und bis zu 400 seiner Artgenossen kümmert. Die sie füttert, trinkt, bei Verletzungen aufpöppelt und die kleinen, weißen Eier, die die Weibchen regelmäßig legen, gegen Attrappen aus Kunststoff austauscht.

Zumindest Letzteres ahnen die Tauben ganz offensichtlich nicht. Denn immer wieder sitzen sie im Taubenhaus am Südkreuz wochenlang auf den falschen Eiern, aus denen nie etwas schlüpft. Bis diese entfernt werden und sie irgendwann neue legen, die wiederum ausgetauscht werden. Razawi und die anderen HelferInnen tun das natürlich nicht, weil sie Tauben nicht leiden können, im Gegenteil. Sie wollen, dass es den Tieren so gut wie möglich geht. Das aber setzt voraus, dass sie sich nicht unkontrolliert vermehren.

Das Problem mit Stadttauben: Sie sind keine Wildtiere, sondern die Nachfahren entflogener Haus- oder verirrter Brieftauben – Straßenhunde der Lüfte, wenn man so will. Weil ihnen einst ein Brutzwang angezuchtet wurde, vermehren sich selbst dann noch stark, wenn sie unter schlechten Bedingungen leben und mangelernährt sind – in der Großstadt oft der Normalfall. Weil sie von den Felsentauben abstammen, die natürlicherweise an Klippen brüten, suchen sie im urbanen Raum Nistplätze mit ähnlichen Charakteristika: zum Beispiel Nischen und Spalten in Bahnhofsgebäuden.

Sogenannte Vergrämungsmethoden wie das Anbringen von Netzen und Spikes helfen dagegen nur leidlich. Die Tiere finden immer wieder Ausweichorte oder bauen ihre einfachen Nester einfach zwischen den Metallstacheln. Das Ergebnis: kranke und verletzte Vögel und kotübersäte Bahnsteige. Taubenhäuser wirken dem entgegen, indem sie sichere Orte schaffen, gleichzeitig aber die Fortpflanzung unterbinden. „Stadttaubenmanagement“ nennt man so etwas auch. Am Bahnhof Südkreuz hat die Deutsche Bahn vor rund zehn Jahren Hanieh Razawi ermöglicht, ein Taubenhaus neben dem Busparkplatz vor dem Haupt ein-

gang aufzustellen. Der Taubenschlag mit den Ausmaßen eines Bauwagens, aber futuristisch anmutender Form, der einmal für ein Hochhausdach am Potsdamer Platz konzipiert worden war, steht auf einem kleinen, eingezäunten Gelände. Drinnen gurr und flattert es, drumherum wachsen Sonnenblumen und Tomaten, ein kleines Idyll. Alles gut also? Nein: Die Bahn will das Haus nicht mehr haben. Bis spätestens Februar 2028 soll es abgezogen werden.

Als die Grünen-Abgeordnete June Tomiak davon erfuhr, stellte sie eine parlamentarische Anfrage an die Senatsverwaltung für Justiz, die auch für Tierschutzfragen zuständig ist. Aus deren vor Kurzem veröffentlichten Antwort wird klar, dass weder das Land Berlin noch der Bezirk Tempelhof-Schöneberg den Abzug des Taubenhauses befürworten: „Bestehende positive Effekte auf die Tiergesundheit, den Tierschutz und eine Reduzierung der Taubenpräsenz in der Umgebung würden verloren gehen.“

Dagegen scheint die Bahn, die von der Verwaltung ebenfalls um eine Stellungnahme gebeten wurde, fest entschlossen zu sein. Begründung: Das Gelände sei in ihrem Besitz, aber die Verantwortung für Stadttauben liege bei der öffentlichen Hand. Zudem befindet sich das Taubenhaus „in einem maroden Zustand und müsste umfassend saniert oder ersetzt werden.“ Da

„Wir tauschen jedes Jahr 1.400 Eier aus“

Hanieh Razawi, Betreiberin des Taubenhauses am Südkreuz

biete sich eine Umsiedlung geradezu an. Die „großzügige Übergangsfrist“ lasse zu, dass „eine alternative Lösung im Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Hand entwickelt und realisiert werden kann“. Eine erste Abstimmung mit allen Beteiligten habe bereits stattgefunden.

Hanieh Razawi hat gerade nach einem der wenigen Taubenküken gesehen, die im Taubenhaus aufwachsen – es handelt sich meist um Jungvögel, die irgendwo aus einem Nest gefallen sind und beim Verein abgegeben werden. Erfahrene „Ammen“ unter den Tieren im Schlag dürfen sie aufziehen und tun das auch ganz selbstverständlich. Hat das Taubenhaus tatsächlich sein Verfallsdatum



Etwas vollgeschissen, aber sonst gut in Schuss: Das Taubenhaus am Bahnhof Südkreuz

überschritten und muss deshalb abgebaut werden? „Völliger Quatsch“, sagt Razawi, „es ist kein bisschen marode.“ Es gebe einige Stellen, die abgedichtet werden müssten, aber das dürfte nur einen Bruchteil des Betrags kosten, für den das Haus ursprünglich einmal hergestellt wurde.

Tatsächlich sieht es so aus, dass die Metallkonstruktion noch stabil genug ist, auch wenn sie außen einmal eine Reinigung und einen neuen Anstrich gebrauchen könnte – Taubenkot ist eben Taubenkot. Ist das Objekt der Bahn aus ästhetischen Gründen ein Dorn im Auge, oder hat sie mit dem kleinen Grundstück andere Pläne, mit denen sie Einnahmen generieren könnte? „Die Bahn hat uns nur gesagt, dass sie das Grundstück braucht“, sagt Razawi, „aber nicht, wofür.“

Bei den Gesprächen mit dem Unternehmen, die es bereits gegeben hat, sei dem Verein einmal eine Ersatzfläche an der Warschauer Brücke angeboten worden. Man könne Tauben, die an einen Standort gewöhnt seien, aber nicht einfach umsiedeln, erklärt Razawi – die Vögel würden sich dann eben wieder im Bahnhof und auf den umliegenden Flächen aufhalten.

Ein anderes Mal habe ein Bahnvertreter vorgeschlagen, das Taubenhaus in der bezirklichen Gartenarbeitsschule aufzubauen, ein paar Hundert Meter weiter auf der südlichen Seite der Stadtautobahn. „Er hatte das einfach gegogelt und uns ausgedruckt.“ Abgesehen davon, dass es dort Konflikte mit den PächterInnen der angrenzenden Kleingärten geben könne, sei dieser Ort dunkel und abgelegen, so Razawi – keine Option für die Freiwilligen, die auch abends nach den Tauben sehen müssen. Am Südkreuz haben die MitarbeiterInnen manchmal Probleme mit den Obdachlosen, die sich dort aufhalten, aber die exponierte Lage des jetzigen Standorts und die Einzäunung geben ihnen ein ausreichendes Sicherheitsgefühl.

Es gibt noch ein weiteres Element in diesem Konflikt: ein Präparat mit dem Namen Ovistop. Es handelt sich um eine „Taubenpille“ – Maiskörner, die mit dem Wirkstoff Nicarbazin überzogen sind, den die Geflügelindustrie zur Behandlung von Darmparasiten anwendet, der aber bekanntermaßen auch die Legeraten von Vögeln deutlich senkt. Auf Betreiben der Bahn wird der präparierte Mais seit Mai 2025 am Taubenhaus verfüttert, wo ihn auch die Tiere des im Bahnhof lebenden Schwarms fressen sollen.

Einer Bahnsprecherin zufolge soll der Betrieb des Taubenhauses „nach vorliegenden Beobachtungen keine deutliche Verbesserung“ gegenüber der Aus-

gangssituation bewirkt haben. Dagegen könne seit dem Einsatz von Ovistop, der mit bezirklichen Veterinäramt abgestimmt sei, ein rückläufiger Trend der Bestände beobachtet werden. Das hält Hanieh Razawi für fraglich – schließlich könnten sich die im Schlag lebenden Vögel durch den Eiertausch nicht vermehren, und eine kontinuierliche Beobachtung der im Bahnhof lebenden Taubenkolonie sei extrem aufwändig. Die von der Bahn mit der Anwendung von Ovistop beauftragte Tierärztin sei viel zu selten in Berlin, um

pulation beiträgt, will Adam nicht bestätigen: Das sei „bis jetzt noch nicht wissenschaftlich bewiesen beziehungsweise untersucht“. Ihr zufolge sollen die Schwärme am Südkreuz in den anderthalb Jahren vor dem Einsatz von Ovistop sogar noch einmal „deutlich angewachsen“ sein.

Für Hanieh Razawi ergibt das keinen Sinn: „Wir tauschen im Jahr 1.400 Eier aus.“ Da Jungtauben schon im Alter von fünf Monaten fortpflanzungsfähig werden, mache das rund 3.000 weniger neue Tiere jährlich – „und 4,5 Tonnen



Hanieh Razawi versorgt eine verletzte Taube



Eine verwaiste Jungtaube wird im Taubenhaus von erfahrenen „Ammen“ versorgt

das zu gewährleisten. „Ich bin promovierte Biologin und arbeite im Pharmabereich, ich kenne mich mit klinischen Studien aus“, betont Razawi.

Anfrage bei Victoria Adam, auf Vögel spezialisierte Veterinärin in Düsseldorf und Geschäftsführerin der Plumaris GmbH, die laut ihrer Webpräsenz „nachhaltiges und tierschutzkonformes Stadttaubenmanagement“ im Auftrag von Städten, Gemeinden und Unternehmen anbietet – durch Fütterung von Ovistop. Adam bekräftigt gegenüber der taz, die Maßnahmen am Bahnhof Südkreuz würden „regelmäßig gemonitort und tierärztlich begleitet“. Die dortige Population sei seitdem schon um 30 Prozent zurückgegangen.

Der Tierärztin zufolge schließen sich die Gabe des Kontrazeptivums und der Betrieb des Taubenhauses nicht aus – das Medikament wirke ja auch bei den Tauben, die in schwer zugänglichen Bereichen des Bahnhofsgeländes brüteten und lediglich zum Fressen ans Taubenhaus kämen. Dass das Haus grundsätzlich zur Eindämmung der Taubenpo-

weniger Kot, den die Bahn beseitigen muss“. Warum die Bahn auf diesen Service verzichten will, will ihr nicht einleuchten.

Sie hält das Taubenmanagement durch Taubenhäuser für ein Zukunftsmodell, auch wenn es in Berlin aktuell gerade mal eine Handvoll davon gibt – bei geschätzt mehreren Zehntausend Stadttauben. Das Büro des Berliner Tierschutzbeauftragten teilt auf Anfrage allerdings mit, man habe festgestellt, dass es „sehr schwierig und häufig auch nicht möglich ist, weitere geeignete Standorte für Taubenhäuser in Problembereichen zu finden“.

Die Tauben im Taubenhaus wissen von alledem natürlich nichts. Auch nicht „Wolfgang“ – einer der ältesten Vögel im Schlag und einer von wenigen, denen die HelferInnen einen Namen gegeben haben, denn mit seiner weißen Zeichnung hebt er sich von den meisten Artgenossen deutlich ab. Wenn das Taubenhaus keine Ersatzlösung in der direkten Umgebung findet, wird er wohl wieder im Bahnhof herumirren.



Verteidigt das Vorgehen des Justizvollzugs, nur in einem Punkt kündigt sie Nachbesserungen an: Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD)
Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Falsche Prognosen mit katastrophalen Folgen

Der Suizid des Tatverdächtigen von Stade und der Missbrauchstäter auf Hafturlaub, der erneut Kontakt mit Kindern aufnahm, beschäftigen den Strafvollzugausschuss in Niedersachsen. Eigentlich habe man alles richtig gemacht, sagt die Justizministerin

Von **Nadine Conti**

Prognosen sind ein schwieriges Geschäft. Der Unterausschuss Justizvollzug und Straffälligenhilfe des niedersächsischen Landtages musste sich nun mit gleich zwei Fällen befassen, in denen sie gründlich danebengingen. In beiden Fällen scheint es Straftätern gelungen zu sein, die psychologischen Begutachter gründlich hinter das Licht zu führen.

Da war zum einen der aufsehenerregende Suizid des Tatverdächtigen von Stade. Der Mann, der im dringenden Verdacht stand, sechs Sozialarbeiter*innen in einem Mutter-Kind-Heim erschossen zu haben. Mutter und Kind waren dort in Obhut genommen worden, weil der Verdacht bestand, das Kind sei geschüttelt und

dadurch schwer verletzt worden. Der Tatverdächtige strangulierte sich nach 20 Tagen in der Untersuchungshaft in der JVA Bremervörde.

Und dann war da noch der Fall eines jungen Mannes, der wegen Kindesmissbrauchs in mehreren Fällen, zwei davon schwer, in der Jugendstrafanstalt Hameln saß. Mit einem mehrmonatigen Sonderurlaub sollte er auf ein Leben nach der Haft vorbereitet werden. Er nutzte ihn umgehend, um erneut mit Kindern Kontakt aufzunehmen und sie zu missbrauchen. Nun sitzt er in Aschaffenburg in Untersuchungshaft und wartet auf den nächsten Prozess.

Keine angenehme Aufgabe für die niedersächsische Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD), dazu den Landtagsaus-

schuss unterrichten zu müssen. In den meisten Punkten verteidigt sie das Vorgehen des Justizvollzuges, nur in einem Punkt kündigt sie Nachbesserungen an.

Lockerungen nach Plan, aber ohne Gutachten

Der betrifft die Vorgänge um den Missbrauchstäter in Hameln. Hier hätten, findet die Justizministerin, eigentlich vor jeder neuen Lockerungsstufe neue psychologische Stellungnahmen angefordert werden sollen – die Anstalt hat das aber nur ganz am Anfang getan. Allerdings sei die entsprechende Vorschrift im niedersächsischen Justizvollzugsgesetz (NJVollzG) zu weich und unpräzise formuliert. Hier wolle man nachschärfen und noch im Herbst eine Neuformulierung in den Landtag einbringen.

Ob das in diesem Fall wirklich einen Unterschied gemacht hätte, kann niemand sagen. Vieles wird der Ausschuss dann heimlich eine Brieffreundschaft mit einer Schülerin zu organisieren, die diese besucht hatte. Er hielt sich beim Ausgang nicht an die Handybeschränkungen, die man ihm auferlegt hatte, und nutzte verbotenerweise das Internet – aber wohl nicht, um auf Pornos zuzugreifen, hieß es im Ausschuss. Man glaubte in der Anstalt jedenfalls, all dies gut aufgearbeitet zu haben.

Und irgendwie war das Ganze auch relativ alternativlos: Spätestens am 31. Juli 2026 hätte er seine Strafe ja vollständig abgessen und hätte ent-

lassen werden müssen. Dann sollte das doch lieber schrittweise, gut vorbereitet und unter kontrollierten Bedingungen geschehen.

Doch der junge Mann wartet offensichtlich nicht einmal ab, bis die Strafvollstreckungskammer über die Aussetzung seiner Reststrafe zur Bewährung entschieden hatte. Noch während das Gutachten dafür erstellt wurde, nahm er Kontakt zu Familien mit Kindern auf, die er später missbrauchte. Zwei Tage vor dem Verhandlungstermin kam es zu Missbrauchshandlungen im Auto, später fand die Polizei außerdem 20 Missbrauchsdarstellungen auf seinem Handy.

Zwei Tage nach der Verhandlung kam ihm die Polizei auf die Schliche, weil er wiederum über Tiktok versucht hatte, Kontakt mit Minderjährigen aufzunehmen. Sofort wurde der Sonderurlaub widerrufen und der noch nicht rechtskräftige Gerichtsbeschluss zur Bewährung zurückgenommen. Auf die Frage, wie sich sowohl Therapeuten als auch Betreuer und Gutachter so täuschen lassen konnten, findet sich im Ausschuss keine wirklich befriedigende Antwort.

Das ist ein schwerer Schlag für die Justizministerin Wahlmann, die sich in der ersten unbeobachteten Nacht, brachte er sich um. Für die Angehörigen der Opfer, die sich von einem Gerichtsverfahren vielleicht Antworten versprochen hätten, sei das natürlich furchtbar, sagte Justizministerin Wahlmann. Die könnten jetzt nur noch darauf hoffen, dass vielleicht die noch laufenden Strafverfahren gegen die Fluchtwagenfahrerin und die Mutter des Kindes vieles ans Licht befördern.

Immerhin kann man so einschneidende Maßnahmen wie die Isolation in einem besonders gesicherten Haftraum und die ständige Videoüberwachung ja schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nur dann aufrechterhalten, wenn es tatsächliche Anhaltspunkte im Verhalten des Gefangenen gibt, die auf eine weiter bestehende Selbstgefährdung schließen lassen. Alles andere würde wohl als Folter beurteilt werden.

Und diese Anhaltspunkte, versichert Simeunovic, gab es eben nicht – keine Stimmungsschwankungen, kein Rückzug, keine entsprechenden Äußerungen in den regelmäßigen Gesprächen mit dem psychologischen Dienst. Im Gegenteil: Der Gefangene sei durchgehend stabil und absprachefähig gewesen, habe sofort Anschluss unter Mitgefangenen gefunden, Zukunftspläne geäußert, die konsularische Vertretung sprechen wollen.

Suizidprävention mit Todesfolge

Noch unbefriedigender ist das im Fall des Tatverdächtigen von Stade. Eigentlich, skizziert Wahlmann zusammen mit der stellvertretenden Leiterin der JVA Bremervörde, Milena Simeunovic, habe man wirklich alles richtig gemacht. Die Suizidprävention sei geradezu lehrbuch-

mäßig, erst ständige Videobeobachtung, dann die schrittweise Reduktion.

Auch er hat sie alle getauscht. Nach 20 Tagen in U-Haft, gleich in der ersten unbeobachteten Nacht, brachte er sich um. Für die Angehörigen der Opfer, die sich von einem Gerichtsverfahren vielleicht Antworten versprochen hätten, sei das natürlich furchtbar, sagte Justizministerin Wahlmann. Die könnten jetzt nur noch darauf hoffen, dass vielleicht die noch laufenden Strafverfahren gegen die Fluchtwagenfahrerin und die Mutter des Kindes vieles ans Licht befördern.

Auch er hat sie alle getauscht. Nach 20 Tagen in U-Haft, gleich in der ersten unbeobachteten Nacht, brachte er sich um. Für die Angehörigen der Opfer, die sich von einem Gerichtsverfahren vielleicht Antworten versprochen hätten, sei das natürlich furchtbar, sagte Justizministerin Wahlmann. Die könnten jetzt nur noch darauf hoffen, dass vielleicht die noch laufenden Strafverfahren gegen die Fluchtwagenfahrerin und die Mutter des Kindes vieles ans Licht befördern.

Auch er hat sie alle getauscht. Nach 20 Tagen in U-Haft, gleich in der ersten unbeobachteten Nacht, brachte er sich um. Für die Angehörigen der Opfer, die sich von einem Gerichtsverfahren vielleicht Antworten versprochen hätten, sei das natürlich furchtbar, sagte Justizministerin Wahlmann. Die könnten jetzt nur noch darauf hoffen, dass vielleicht die noch laufenden Strafverfahren gegen die Fluchtwagenfahrerin und die Mutter des Kindes vieles ans Licht befördern.



Einsatzkräfte nach der Tat vor dem Mutter-Kind-Heim: Tatverdächtiger führte die psychologischen Gutachter hinter das Licht
Foto: Marcus Golejewski/dpa

Gruppenwohl schlägt Egotrip

Fledermäuse, die vom Aussterben bedrohten Wesen der Dämmerung, führen ein kluges, komplexes Sozialleben. Das reicht von Umarmungen bis zu Trost und Fürsorge

Von **Petra Schellen**

Manchmal ist man ja einfach naiv. Oder man fragt nicht nach, weil man es ja zu wissen glaubt. Oder man ist zu träge zum Hinterfragen; die Welt scheint kompliziert genug. Jedenfalls hatte ich mir jahrelang keine tiefergehenden Gedanken gemacht über die schwarzen Striche, die in der Dämmerung aus der alten Tanne flogen, über die Gartenhecke hinweg ins Irgendwo. Das würden Vögel sein, auf nächtlichem Beutezug. Jedenfalls nichts Spektakuläres.

Hätte ich es genauer überlegt, wäre mir aufgefallen, dass dafür außer dem nachtaktiven Ziegenmelker, der „Nachtschwalbe“, allenfalls Eulen infrage kämen. Aber für sie alle waren jene Wesen zu klein und zu filigran. Flirrende Umrisse, im Nu mit der Dämmerung verschmolzen.

Eines Sommerabends, wir saßen bei Campari und Kirschen auf der Terrasse, löste eine Nachbarin das Rätsel, das für mich bis dato keins war: Fledermäuse seien das, seit vielen Jahren schon bewohnten sie diesen Baum. Sie dachte, ich wüsste Bescheid, sonst hätte sie schon eher was gesagt.

Und jetzt, da ich das weiß, gucke ich ganz anders auf diesen Baum. Etwas Geheimnisvolles, sogar Heimeliges hat er bekommen, umfängt wie eine mittelalterliche Schutzmantel-Madonna eine verschworene Tiergemeinschaft. Denn

die meisten Fledermausarten leben in Kolonien, hängen tagsüber zu Hunderten kopfüber schlafend in Bäumen oder Höhlen.

So ist die über-haushohe Tanne plötzlich zum Biotop geworden, zur Wohnstatt, die nicht nur den Garten bewacht, sondern auch diese kleinen Wesen. Die ja – und das macht den Baum zur fast schon politischen ökologischen Nische – in Deutschland vom Aussterben bedroht und streng geschützt sind. Und hier, bei mir, haben sie Zuflucht gefunden, scheinen zufrieden mit dem Habitat, sonst wären sie längst weggezogen!

Wohlvollend beobachten wir bei unserem Abendtrunk das Herumgefliege im Dämmerlicht, das die Menschen des Mittelalters so ganz anders deuteten: Dämonisch, teuflisch seien die Fledermäuse, dazu mit negativen magischen Kräften behaftet. Man fürchtete sich sehr vor diesen Säugetieren, die rast- und lautlos durchs Dunkel flogen und sich so exakt orientierten. Man wusste ja noch nichts von deren Ultraschall-Ortung, die sie im Dunkel „sehen“ lässt.

Bram Stokers 1897 erschienener Roman „Graf Dracula“ tat ein Übriges, um den Mythos der Vampir-gleichen Fledermaus zu befeuern. Ungünstigerweise heißt eine Art tatsächlich „Vampirfledermaus“, weitere tragen den Vampir zumindest im latei-

nischen Namen. Dabei fressen die weitaus meisten Arten ausschließlich Insekten und tun keinem was zuleide.

Und sind im Übrigen eine weitere unterschätzte Tierart. Eine neue Studie zum Familienleben der „Großen Spießblatt-nase“ in Costa Rica offenbarte deren komplexes Sozialverhalten: Umarmungen, gemeinsames Jagen, sogar das Teilen von Futter – man zeigt den Jungtieren, wie man Beute zerlegt – bezeugen den Zusammenhalt der Gruppe. Tierärzte berichten außerdem, dass befreundete Fledermäuse nebeneinander hängen, einander sogar trösten und vermissen. Die Zurückbleibende sucht dann nach dem Freund und mag nichts fressen.

Sogar medizinische Behandlungen lassen Fledermäuse über sich ergehen, halten still, sobald sie begreifen, dass man ihnen hilft. Das ist leider oft nötig, wenn man vor Dachsanierung oder Baumfällung nicht, wie vorgeschrieben, nach Fledermäusen schaut und dann ihre feinen Knochen verletzt.

Und ihr Sozialverhalten reicht noch weiter: Wenn eine Fledermaus versehentlich durchs Fenster in ein Zimmer fliegt, ruft sie, für uns unhörbar, um Hilfe, und die ganze Sippe fliegt herbei. Raus kommen sie meist nicht ohne menschliche Hilfe, aber man sieht: Fürsorge ist selbstverständlich unter diesen Tieren, denen ist die Mitfledermaus nicht egal.

Überdies fanden Forscher 2020, mitten in der Coronapandemie, als viele mit den Distanzregeln haderten, heraus, dass kranke Fledermäuse freiwillig Abstand zur Gruppe halten, um die Artgenossen nicht anzustecken. Wie in der Tierwelt üblich, haben sie die Evolution, die Mechanismen des langfristigen Erhalts der eigenen Art verinnerlicht. Das Ego und die Kurzfrist-Befindlichkeit des Einzelnen spielen keine Rolle. Da kann mensch noch lernen.

Und nein, schön sind nicht alle unter ihnen – die Hufeisennase ist da schon herausfordernd –, aber was ist Schönheit gegen die Fähigkeit, lautlos und elegant durchs Dunkel zu gleiten?

Ich werde immer stolzer, während ich das alles bedenke – obwohl dieses Baum-Fledermaus-Biotop ja gar nicht meine Leistung ist. Fast gerührt blicken die Nachbarin und ich auf diesen Baum, der tagsüber Vogelgesänge ausstößt und nachts diese kleinen, klugen Wesen. Möge er ihnen noch lange eine ungestörte Heimstatt sein!

Fürsorge ist selbstverständlich unter diesen Tieren, denen ist die Mitfledermaus nicht egal



Flirrende Umrisse, im Nu mit der Dämmerung verschmolzen: braunes Langohr
Foto: Dietmar Nill/dpa

Jasmin Ramadan ist Schriftstellerin in Hamburg. Ihr neuer Roman „Auf Wiedersehen“ ist 2025 bei Weissbooks erschienen. 2020 war sie für den Bachmann-Preis nominiert. In der taz verichtet sie im Zwei-Wochen-Takt tatsächlich Erlebtes literarisch.



Jasmin Ramadan
Einfach gesagt

Wild Boys always shine

Mein Vater trägt jetzt Nagellack!“, sagt der Freund und schabt das Angebrannte vom Entrecôte.

„Welche Farbe?“, fragt die Freundin.

„Metallic Grün.“

„Wie alt war er noch mal?“

„78.“

„Und hat er das irgendwie erklärt?“, fragt die andere Freundin.

„Er sagte, er wolle einfach noch mal was Neues ausprobieren.“

„Vielleicht will er sich ein bisschen jung fühlen.“

„Was machen junge Männer denn so?“

„Ich weiß nicht, ich bin ja nicht mehr jung und habe keine Söhne.“

„Junge Männer wählen AfD.“

„Aber auch die Linke.“

„Sie weichen von Geschlechternormen ab.“

„Oder sie potenzieren Geschlechternormen.“

„Wie rebelliert man, wenn es gegen alles schon 'ne Rebellion gibt?“

„Als Frau kannst du immer noch einfach aufhören, dir die Beine und Achseln zu rasieren und so im Sommer rausgehen, voll easy shocking, alle glotzen und lästern.“

„Als Mann könnte man ein Kleid anziehen.“

„Aber dann denkt niemand, dass du dich als Mann fühlst, der eben mal ein Kleid anzieht.“

„Als Frau mit Haaren unterm Sommerkleid bleibst du Frau, nur eben eine, die sich nicht an die Regeln hält.“

„Und ein Mann im Kleid ist kein Mann mehr?“

„Es geht darum, was die Leute denken.“

„Wer sind die Leute?“

„Die, die starren und tuscheln.“

„Als Frau kannst du dich anziehen, wie du willst, Frau bleibt Frau, auch in Sakko und Uniform.“

„Das Weibliche entmannt vermeintlich den Mann, das Männliche variiert die Frau.“

„Sexismus hält das Zepter weiter fest in der Hand.“

„Und der Nagellack ist in diesem Kontext eine kleine Revolution?“

„Der Nagellack exponiert die Stabilität des Männlichen beim Hetero, schreibt mir mein Neffe gerade zurück, kritisch im akuten Kontext nenne man es nun auch Performative Male!“

„Aber gab es das nicht auch schon?“

„Da hieß das Glamrock!“

„Back in the Seventys musste ein Hetero sich nicht klassisch stylen wie ein Mann.“

„Die ultraenge Jeans performte das Gehänge.“

„Und auf den Bühnen schillerten die Males in superfemininer Optimierung!“

„Aber mit Brusthaar!“

„War das sexuell mehrdeutig oder einfach hetero-experimentell?“

„Immerhin war Weiblichkeit temporär the Shit für Powermänner.“

„Na ja, in Künstlerkreisen.“

„Superstars dürfen sowieso immer alles.“

„Aber in den 70ern war Genderperformance so gar nicht an die sexuelle Orientierung gekoppelt.“

„Bei Harry Styles ist sie das auch nicht.“

„Bowie hat damals gelogen, er war gar nicht bi.“

„Glamrock war fauler Hetero-Zauber.“

„Der faule Zauber heißt jetzt Queerbaiting!“

„Was kam dann?“

„Duran Duran!“

„Wild Boys mit Eyeliner.“

„Culture Club!“

„Alle Mädchen waren verliebt in Boy George!“

„Waren die dann nicht alle im Grunde queer?“

„Hm.“

„Punks haben sich auch geschminkt.“

„Und dann so New Romantic!“

„Trist Romantic!“

„Hä?“

„The Cure!“

„Gender war Pop und kreuz und quere Modedefantasie.“

„Und warum haben jetzt, POV 1986, in der ultimativen Zukunft alle so ein Ding mit Nagellack am Manne?“

„Eigentlich ein alter Hut und ändert nichts.“

„Es geht doch immer wieder von vorn los.“

„Damals folgte dann ein Hype um Heavy, Doom und Death Metal.“

„Immerhin trugen auch die das Haar lang.“

„Aber das kann ja auch so ein Wikinger-Ding sein.“

„Neben dem Fortschritts-Teaser bäumt sich stets Re-Maskulinisierung auf.“

„Die Leute wollen unterm Strich immer lieber eine einfache Wahrheit.“

„Was ist eine einfache Wahrheit?“

„Der Nagellack-Sommertrend 2026 ist Butter Yellow, am besten mit einem leichten Perlmutter-Glanz.“

das wird

„Wir lassen uns nicht einschüchtern“

Einen Monat nach dem Anschlag auf den Berliner CSD findet in Bremen die queere Demonstration statt – in enger Kooperation mit der Polizei, sagt Organisator Robert Dadanski

Interview **Eiken Bruhn**

taz: Herr Dadanski, welche Auswirkungen hatte der tödliche Anschlag auf den Christopher Street Day (CSD) in Berlin Ende Juli für die Organisation des Bremer CSD?

Robert Dadanski: Wir merken, dass der CSD viel mehr thematisiert wird. Manche Leute haben jetzt Bedenken, aber von den meisten hören wir etwas wie „Jetzt erst recht!“

taz: Ist das nur in der queeren Community so präsent?

Dadanski: Nein, allgemein im Alltag. Hier auf dem Vereinsgelände von Queer Cities begegnen uns auch Menschen, die nicht queer sind. Von denen erfahren wir gerade sehr viel mehr Solidarität als sonst.

taz: Wie drückt sich die Solidarität aus?

Dadanski: Die Menschen finden es schlimm, was in Berlin passiert ist und sprechen über das, was ihnen dazu durch den Kopf geht. Ich persönlich freue mich sehr darüber und fühle mich dann sehr sicher in Gegenwart dieser Person.

taz: Bereiten Sie sich im Team anders vor als in den Vorjahren?

Dadanski: Nein. Der größte Unterschied ist, dass die Kommunikation mit der Polizei noch intensiver ist als sonst, wobei das auch letztes Jahr schon so war, weil es Drohbriefe gegen uns gegeben hatte. Ansonsten gibt es im Vorfeld wie immer unheimlich zu tun, zum Beispiel Freiwillige für den Ordnerjob zu motivieren oder allen zu erklären, wo sie ihre Startnummern für den Demozug finden.

taz: Hat sich am Sicherheitskonzept nach dem Anschlag etwas geändert?

Dadanski: Die Frage kann nur die Polizei beantworten, da sie allein dafür zuständig ist. Das liegt daran, dass der Bremer CSD vollständig eine Demonstration ist und kein Umzug wie in vielen anderen Städten. Wir vertrauen der Bremer Polizei in dieser Hinsicht absolut. Für die wird es aber schon eine Herausforderung, weil zeitgleich Werder im Weserstadion spielt und es ein großes Konzert auf der Bürgerweide hinter dem Bahnhof gibt.

taz: Wie ist die Kommunikation mit der Polizei?

Dadanski: Die war für uns vom Organisations-Team immer schon sehr gut. Der Bremer CSD war auch der erste CSD, an dem die Polizei selbst mit einem Wagen teilgenommen hat.

taz: Hat sich an Ihrem Sicherheitsgefühl durch den Anschlag etwas geändert?

Dadanski: Mir war schon vorher klar, dass so etwas passieren kann, es gab ja auch Anschläge auf andere Demos und auf Weihnachtsmärkte.

taz: Und unabhängig vom CSD? Ich denke seit ein paar Jahren bei jeder trans* Person und jedem gleichgeschlechtlichen Paar, das in der Öffentlichkeit Händchen hält: „Hoffentlich passiert euch nichts ...“

Dadanski: Sagen wir mal so: Ich bin in den 1980er-Jahren zur Schule gegangen und habe noch ganz andere Zeiten erlebt.

taz: Ja, ich auch. Deshalb waren Queers auch kaum sichtbar im öffentlichen Raum. Aber es gab doch eine Entspannung in den Nuller-, vielleicht auch erst in den Zehnerjahren. Da musste man in westdeutschen Großstädten weniger Angst haben, wenn man erkennbar zum CSD unterwegs war.

Dadanski: Ja, vielleicht. Aber ich denke da nicht so viel drüber nach, einfach schon deswegen, weil ich den CSD mitorganisiere.

taz: Dann mal anders gefragt: Warum ist es gut, dass der Bremer CSD jetzt stattfindet?

Dadanski: Das Beispiel Hamburg hat gezeigt, wie gut es ist zu zeigen, dass wir uns nicht einschüchtern lassen, dass die Community und deren Verbündete weiter auf die Straße gehen. Auf dem Hamburger CSD eine Woche nach dem Anschlag waren mit 300.000 Personen so viele Teilnehmer:innen wie nie zuvor!

taz: Mit wie vielen Teilnehmer:innen rechnen Sie?

Dadanski: Das kann man nie so genau sagen vorab. Auf dem letzten CSD waren 29.000. Und in diesem Jahr nehmen 54 Gruppen teil, im letzten waren es 48. Die haben alle unterschiedliche Schwerpunkte in ihren politischen Forderungen. Unser gemeinsames Motto ist „Generationen voller Pride: glücklich, sichtbar, stark“. Damit wollten wir vor allem die ältere Generation ein bisschen mehr ins Boot holen.

Noch nie wurden so viele Neubauten bestellt: Kreuzfahrtschiffe füllten die Auftragsbücher der deutschen Werften
Foto: Christian Charisius/dpa



Kreuzfahrtschiffe füllen die Auftragsbücher

Die deutsche Autobranche schwächelt, aber die maritime Industrie kann sich vor Aufträgen kaum retten. Kreuzfahrtschiffe gehen weg wie geschnitten Brot

Von **Gernot Knödler**

Während die deutsche Autoindustrie darbt, kann sich der Schiffbau vor Aufträgen kaum retten. „Der globale Schiffbauarkt verzeichnet den zweithöchsten Auftragseingang seiner Geschichte“, sagte Reinhard Lücken, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Schiffbau und Meerestechnik am Donnerstag in Hamburg. Die deutsche maritime Industrie profitiert davon insbesondere, weil sie beim Bau von Kreuzfahrtschiffen wettbewerbsfähig ist.

Lücken äußerte sich vor der SMM (Shipbuilding, Machinery & Marine Technology), der Weltleitmesse der maritimen Wirtschaft, die vom 1. bis 4. September in Hamburg stattfinden wird. Hier präsentieren sich Schiffbauer, Zulieferer und Dienstleister – bis hin zum spezialisierten Anwaltsbüro.

Wie gut die Auftragslage ist, zeigt sich daran, dass gegenwärtig neuer Schiffsraum im Umfang von 21 Prozent der fahrenden Flotte bestellt ist. Das ist viel, aber längst nicht so viel wie 2008, als es 55 Prozent der fahrenden Flotte waren. Kurz darauf brach der Markt zusammen. Schiffe mussten notverkauft und verschrottet werden. Auch heute gibt es Lücken zufolge ein Segment mit einem ähnlich hohen Wert: die sehr großen Containerschiffe mit 49 Prozent.

Von den im vergangenen Jahr ausgelieferten Schiffen kamen am Fassungsvermögen gemessen 90 Prozent aus China. Das heißt, auch, die deutschen Reedereien bestellen ihre Schiffe im Wesentlichen in China – mit dem entsprechenden geostrategischen Risiko. „Das ist nicht das Ergebnis von normalen Marktverhältnissen“, sagte Lücken. Vielmehr sei es das Ergebnis chinesischer Industriepolitik.

Beim besonders volumen-trächtigen Bau von Containerschiffen spielt Deutschland praktisch keine Rolle mehr. Ihren Umsatz machen die deutschen Werften vor allem mit Kreuzfahrtschiffen und Yachten: Im gegenwärtigen zivilen

Auftragsbestand stellen diese gemessen am Raumvolumen 87 Prozent, 5 Prozent die Handelschiffe.

Die Nachfrage nach Kreuzfahrten hat sich seit dem Einbruch im Coronajahr 2020 kräftig erholt. Das Passagieraufkommen ist gegenüber der Vor-Corona-Zeit um ein Viertel gestiegen. Noch nie wurden so viele Neubauten bestellt. Dabei lässt sich mit den Kreuzfahrtschiffen auch noch verhältnismäßig viel Umsatz machen.

16 Prozent der weltweiten Investitionen im Schiffbau fließen in die Kreuzfahrt, 32 Prozent in die Containerschiffahrt, obwohl viel mehr Container- als Kreuzfahrtschiffe geordert werden. Die deutschen Werften können hier mithalten, weil sie viel Know-how für den aufwendigen Bau dieser Schiffe erworben haben.

Der Boom bei den Kreuzfahrtschiffen steigert die Nachfrage an Fachkräften. Dazu kommt die Produktion von Konverterstationen für Offshore-Windparks, die den erzeugten Strom so umformen, dass er fast verlustfrei an Land transportiert werden kann. „Das ist ein Segment, in dem wir endlich einen Durchbruch haben“, sagte Lücken. Hier hätten europäische Hersteller einen Vorteil, weil es sich um kritische Infrastruktur handele.

Bedarf hat auch der Marine-schiffbau. Die Nachfrage sei auch hier massiv gestiegen. „Die Industrie investiert“, sagte Lücken, „aber der Staat muss schneller werden.“ Der Hinweis gilt dem Beschaffungswesen der Bundeswehr, dem der Ruf notorischer Umständlichkeit anhaftet.

Den Verzicht des Bundesverteidigungsministeriums auf das sehr aufwendige Fregattenprojekt „F126“ bedauerte Lücken mit Blick auf die involvierten Unternehmen. Die Entscheidung, stattdessen eine bewährte Standardlösung zu bestellen, bezeichnete er jedoch als einen Riesenschritt.

Im Volumen klein, aber für den billigen Transport von Massengütern von Bedeutung, ist die Binnenschiffahrt, die sich mit dem Problem des seit Jahren

„Niedrigwasser lässt sich nicht wegbaggern“

Holger Buschmann, Nabu Niedersachsen

zunehmenden Niedrigwassers auseinandersetzen muss. Lücken beklagte einen Investitionsstau sowohl bei der Infrastruktur, also den Wasserwegen, als auch bei der Flotte, die im Durchschnitt 70 Jahre alt sei.

Es müssten zumindest Problemstellen beseitigt und Schiffe mit geringerem Tiefgang gebaut werden. Dazu brauche es eine verlässliche Nachfrage, politischen Willen und Kapital. „Das sind alles Probleme, die wir ohne

den Staat nicht lösen können“, sagte Lücken.

Aus Sicht von Umweltschützern kann es nicht darum gehen, die Flüsse immer weiter für die Schifffahrt zuzurichten. Statt auf größere Abladetiefen und den weiteren Ausbau von Wasserstraßen zu setzen, müsse die Widerstandsfähigkeit der Flüsse und ihrer Auen gegen Trockenheit und Hochwasser gestärkt werden, forderte kürzlich der Naturschutzbund (Nabu) Niedersachsen.

„Niedrigwasser lässt sich nicht wegbaggern“, sagte der Landesvorsitzende Holger Buschmann. „Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass Wasser länger in unseren Landschaften gehalten wird.“

Anzeige

SCHAUSPIEL

MARIO UND DER ZAUBERER

nach Thomas Mann
Regie: Caroline Anne Kapp
Wieder da ab 25. August,
19:30 Uhr im Kleinen Haus

THEATERBREMEN